

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.30 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Börse“ und „Blitz in die Weltweite“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

#### Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Restzeilen 60. Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das erste und zweite Wort 25 Pfennig (zweite und dritte Wort 15 Pfennig). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Die erste Zeile des ersten Wortes 25 Pfennig. Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 29. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertikales: Berlin 37 538 - Hauptstadt: Bank des Arbeiters, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 2.

## Ein Notgesetz über den Achtstundentag

### Forderung aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben in einer Konferenz am Donnerstag folgende gemeinsame Entschliessung angenommen:

„Die herrschende Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt in der modernen wirtschaftlichen Entwicklung begründet. Es bedarf daher positiver Maßnahmen, um einen wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die zwangsläufig durch die fortschreitende technische und betriebsorganisatorische Vervollkommenung verursacht wird, herbeizuführen.“

Die unterzeichneten Spitzenverbände erklären, daß es nicht genügt, die Öffentlichkeit auf den Gegensatz zwischen dem heute herrschenden Arbeitslosenstand und der völligen Arbeitslosigkeit von Millionen hinzuweisen und vor dem System der Arbeitsverlängerung zu warnen, sondern daß es

gesetzlichen Zwanges bedarf, um die Durchführung des Achtstundentages zu sichern. Die Verkürzung der derzeitigen Arbeitszeit liegt im Zuge der technischen und organisatorischen Entwicklung und ist die Vorbedingung für die Rückführung des Arbeitslosenheeres in die Betriebe.

Die unterzeichneten Spitzenverbände stimmen aber auch darin überein, daß es nicht angeht, sich mit einer späteren Neuregelung der Arbeitszeit durch das endgültige Arbeitschutzgesetz zufrieden zu geben, zumal mit dessen baldiger Verabschiedung nicht gerechnet werden kann. Es bedarf vielmehr sofortiger gesetzlicher Maßnahmen, um der gegenwärtigen Not zu steuern. Aus diesem Grunde fordern die unterzeichneten Spitzenorganisationen die sofortige Abänderung der geltenden Arbeitszeitbestimmungen im Wege eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages.“

## Die Wahlen zum Berliner Magistrat.

### Dr. Wagner Stadtbaurat — Nydahl Stadtschulrat — Reuter politischer Stadtrat. Die Rämmererwahl vertagt — Losende Obstruktion der Kommunisten.

Die Szenen, die sich gestern in der Berliner Stadtverordnetenversammlung bei den Ergänzungswahlen zum Magistrat abspielten, haben gezeigt, daß die Kommunisten in der Veranstaltung von ekelhaften Kadavertänzen jeder gewünschten Steigerung fähig sind. Kaum vor Jahresfrist haben sie im Berliner Rathaus die sozialdemokratische Mehrheit im Magistrat abgehaut, haben sie einen Mann, wie den Genossen Wilhelm Paulsen, aus seinem Wirkungsbereich vertreiben helfen, haben sie an Stelle des Genossen Heimerich einem auf der äußersten Rechten stehenden Manne wie dem Bürgermeister Scholz zum Siege verholfen. Und jetzt loben sie, weil die sozialdemokratische Rathausfraktion Selbstschätzung gezeigt hat, und eine Gemeinschaft mit den Kommunisten so lange abgelehnt hat, bis sie wirkliche Garantien für ehrliches Zusammengehen geben können. Noch vor zwei Wochen haben die Kommunisten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen gemeinen und hinterhältigen Überfall auf die Redner unserer Fraktion inszeniert und das, was ihnen an geistigen Argumenten fehlte, durch Prügel und Schläge zu ersetzen versucht. Die Rathausfraktion hatte daraufhin die Verhandlungen mit ihnen abgebrochen, weil sie einmütig der Ueberzeugung war, daß unter diesen Umständen ein Zusammengehen mit den Kommunisten ausgeschlossen war.

Anstatt an die eigene Brust zu schlagen, haben die Kommunisten durch einen widerwärtigen Lärm versucht, von ihrer Schuld abzulenken. Das Echo, das ihr Faustkampf in der Arbeitererschaft auslösen wird, wird sie bald darüber belehren, daß die Rechnung durch alle anständigen Elemente ihnen teuer zu stehen kommen wird. Mit Kaschemenbrüdern hat und will die Arbeitererschaft nichts gemein haben. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Rathaus ihr Ziel erreicht. Sie hat ihren Einfluß im Magistrat so sehr verstärkt, daß sie jetzt auch dort über ihren Willen ebenso wenig hinweggegangen werden kann, wie das in der Stadtverordnetenversammlung bis jetzt der Fall war. Die kommunistischen Kadaverheiden aber als Bundesgenossen im Kampfe für die Befreiung der Arbeitererschaft anzusehen, das müssen wir nach den gestrigen Krawallen mehr denn je aus dem einfachsten Gebot der Selbstachtung ablehnen.

Vor Eintritt in die Wahl der Stadträte gab Leh (Komm.) eine Erklärung ab, in der die Sozialdemokratie nach kommunistischer Art angegriffen und in der angekündigt wurde, daß die Wahl mit allen „parlamentarischen“ Mitteln verhindert werden würde. Wie diese „parlamentarischen Mittel“ ausfallen, merkte man dann bald: Sobald der Vorsteher die sachlichen Verhandlungen fortsetzen wollte, begannen die Kommunisten einen ohrenbetäubenden Lärm.

Mit Paukenbecken, Autohupen, Holzklappern, Pfeifen und ähnlichem Geräusch begannen sie ihre „parlamentarische“ Obstruktion. Der Kommunist Roth und seine engeren Freunde taten sich besonders hervor. Stadtoverordneter Leh schlug mit seinem Uchlasten fortgesetzt auf den Tisch, andere ahmten sein Beginnen nach, an eine Fortsetzung der Sitzung war nicht zu denken. Der Vorsteher, Genosse Hoff, verließ schließlich seinen Platz. Damit war die Sitzung unterbrochen. Der kommunistische Beisitzer im Bureau Deter bemächtigte sich der Glocke und half damit den Kadaver zu verstärken.

Nach längerer Zeit eröffnete Vorsteher Genosse Hoff die Sitzung wieder. Sofort setzte der Tumult wieder ein, die Bärm-instrumente treten wieder in Tätigkeit, die Kommunisten gebärden sich wie rosend, sie reden und schimpfen sich selbst in Bu. Man sieht den Vorsteher amüsiert, zu verstehen ist auf der Tribüne nichts. Durch Abstimmung werden eine Anzahl Lörmender von der Sitzung ausgeschlossen! Da sie nicht den Saal verlassen, erscheint

#### Polizei im Stadtverordnetensaal.

Mehrere Kommunisten werden von den Beamten abgeführt. Als der Vorsteher die Sitzung abermals eröffnen will, stellt sich heraus, daß die Klingelstimmung, die vom Präsidium nach dem Vorraum führt, zerstört ist. Das üble Spektakelstück wiederholt sich mehrere Male; die Kommunisten machen Kadaver, dirigieren von unten die Tribüne, greifen die Polizeibeamten an und versuchen den Beamten die Waffen zu entwenden. Dem leitenden Offizier wird der Iphato vom Kopf gerissen und in den Saal hineingeschleudert. Bei der Räumung der Tribüne erscheint der Kommunist Baary auf der Tribüne und „assistiert“ dem deutschnationalen Stadtrat Dr. Richter, der die Hausgewalt ausübt. Der Lärm wird immer schwächer, der Rest der Kommunisten verläßt freiwillig den Saal und der Vorsteher kann die Stadtratswahl aufrufen.

#### Die Stadtratswahl.

Bei der Wahl des Stadtbaurates erhält Genosse Dr. Wagner von 168 abgegebenen Stimmen 102.

Er ist also mit übergroßer Mehrheit gewählt. Außer ihm erhalten Stimmen: Kühn 47, Ellert 4, Behorn 2. Zwölf Zettel waren unbeschrieben.

Die Abstimmung über den neuen Stadtschulrat ergibt die Wahl des Genossen Magistratsoberschulrates Nydahl mit 96 von 170 abgegebenen Stimmen.

Hoff erhält eine Stimme, der volksparteiliche unbescholtene Stadtrat Benede 69, Reimann keine Stimme.

In die Stelle des sogenannten politischen Stadtrates wird mit 114 von 123 abgegebenen Stimmen Genosse Reuter gewählt.

Die Kommunisten hatten Schenk präsentiert, die Rechte Krohn. Vor der Wahl des politischen Stadtrates gaben die Deutschnationalen die Erklärung ab, daß sie sich an den weiteren Wahlen nicht mehr beteiligen werden. Sie hätten den Eindruck gewonnen, daß die Stadtratswahlen nur nach „politischen Gesichtspunkten“ vorgenommen würden, und deshalb seien sie gezwungen, den Saal zu verlassen. Es gelang ihnen aber nicht, das Haus beschlußunfähig zu machen. Bei der

#### Wahl des Rämmerers

lehten das aber die Volksparteiler durch. Sie enthielten sich der Stimme, so daß tatsächlich die absolute Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr zu erreichen war. Der bisherige Generalstabsdirektor von Berlin, Dr. Lange, erhielt 102 Stimmen, während der von den Volksparteilern protegierte Essener Rämmerer S e i p p e l nur 3 Stimmen erhielt. Die Kommunisten hatten Leh präsentiert. Eine Stimme entfiel auf den Rämmerer von Frankfurt a. M. S c h m i d e.

Die Wahl des Berliner Rämmerers muß also am kommenden Donnerstag wiederholt werden, die Wahl des Generalstabsdirektors Lange ist gesichert.

## Sinowjews Glück und Ende.

Von der Revolution zur Evolution.

Es sind auf den Tag genau sechs Jahre her, daß Sinowjew in Halle auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie seinen großen rednerischen Triumph erlebte, daß es ihm, dem großen Demagogen, gelang, eine seiner größten Taten zu vollführen, die deutsche Arbeiterchaft zu spalten. Seit diesem Tage war Griska Sinowjew das anerkannte Haupt der kommunistischen Internationale. Fast überstrahlte der Glanz seines Ruhmes im Ausland den Namen Lenins. So wie der eisse Schwärzer in Petersburg und Moskau sein schönes Bildnis an alle Wände des Sowjetbureaus hängen ließ, so war sein Name in Europa Symbol für die zerstörende Kraft der kommunistischen Internationale. Die hinreißende Beredsamkeit dieses scheinbar großen, in Wirklichkeit so kleinen Demagogen täuschte im Ausland die vielen, denen russische Verhältnisse immer ein Buch mit sieben Siegeln war. Sinowjew wurde zum Symbol des revolutionären Plans, des zerstörenden Bürgerkrieges, zum Schreckgespenst eines angeblich drohenden kommunistischen Umsturzes.

Sinowjew ist gestürzt, und sein Sturz ist endgültig; für ihn gibt es keine Wiederkehr. Gäbe es eine Wiederkehr, so würde seine Wiederkehr das Ende der kommunistischen Parteiherrschaft in Rußland und damit auch sein eigenes Ende bedeuten. Die Kräfte, die Sinowjew symbolisch verkörpert, sind untergegangen, und wenn sie in irgendeiner Konstellation noch einmal wieder auftauchen sollten, so würden sie nur die Heiler des Gebäudes in Rußland emporheben, um sie im gleichen Augenblick zusammenstürzen zu lassen. In ihrem Sturze würde sie Freund und Feind begraben.

Es gibt viele, für die das russische Schema einfach ist. Man braucht nur die Stimmen aus dem Lager der ausländischen Kapitalisten zu hören, die mit Rußland und in Rußland ihre Geschäfte machen. Für sie ist alles sehr einfach. Sinowjew: das ist die Komintern, das ist Unruhe, Experiment, Revolution, Ungewißheit und — Risiko. Stalin: das ist Ruhe, Ordnung, Sicherheit, glatte Abwicklung der Geschäfte, staatsmännische Weisheit, vernünftige Aufzuarbeit. Sinowjew: das ist verzehrendes Feuer, revolutionäre Flamme. Stalin: das ist überlegen und kühl abwägender Verstand, sichere Basis für — das Geschäft. In diesem Chor der Stimmen hört man nicht etwa nur die ausländischen Kapitalisten, die an der legalen Entwicklung der sowjetrussischen Verhältnisse materiell interessiert sind, man hört darin auch die Stimmen der russischen Republiken, der kommunistischen Parteimitglieder, die nach Jahren heroischen Kampfes keine Sehnsucht nach der Heroenzeit mehr empfindet. Sinowjew ist das Symbol des Bürgerkrieges, seines Plans, aber auch seiner Schreden und Entbehrungen. Stalin ist das Symbol der wirtschaftlichen Wiederaufbauperiode, der Abkehr von der Utopie. Sinowjew hat in den letzten Jahren niemals ein eigentliches Staatsamt innegehabt. Er war der Inspirator der Komintern. Ihn haben jahrelang die Feldzüge der deutschen Kommunisten mehr interessiert als die nüchterne, langweilige, praktische Arbeit der zu Hauptern der Staatsbureaus gewordenen Volkskommissare. Wenn er überhaupt auf die inner russischen Verhältnisse Einfluß gewann, dann nur bei den vorübergehenden Rückfällen in den Kriegskommunismus, so bei der großen Ullade auf die Repmänner im Jahre 1924, bei den Schimpfstanonaden gegen England, beim eitnischen Aufstand. Wie früher so konnte er auch heute nur in Spaltungen und Gruppenbildungen leben. Vielleicht hat er kaum eine Sache so sehr mit Leidenschaft betrieben, wie den jahrelangen Fraktionskampf in der deutschen kommunistischen Partei, der vom Kampfe gegen Paul Levi über den Sturz Brandlers und den Sieg der ihm gleichartigen Ruth Fischer zum Rückzug des Etti-Briefes aus dem vergangenen Jahre führte.

Sinowjews Anhänger haben in den russischen Debatten vom Thernidor ihrer Revolution gesprochen. Sie haben nicht nur andeutungsweise, sondern ganz offen erklärt, daß die Politik Stalins die Politik des „Verrats der Revolution“ sei. Sie haben bei ihrer Unterwerfungserklärung offen gesagt, daß sie nichts von ihren Anschauungen widerrufen, sie wollen mit ihrer Anerkennung der organisatorischen Ueberlegenheit Stalins nur verhindern, daß sie in die Illegitimität zur gänzlichen politischen Ohnmacht verurteilt werden. Sie glauben, daß die Politik ihrer Partei bei dem jetzigen Kurse eines Tages an einen neuen kritischen Punkt gelangen wird, wo man auf ihre Kräfte und ihre Parolen zurückgreifen muß.

Ob es dazu kommen wird, ist ebenso ungewiß, wie alles in Rußland allem Schein zum Trost ungewiß ist und noch lange bleiben wird. Aber eins ist trotzdem sicher: Sinowjew wird nicht der Mittelpunkt sein, um den sich eine neue Kräftegruppierung in der russischen kommunistischen Partei kristallisieren könnte. Seine hinreißende Beredsamkeit mag in Petersburg und anderswo in einzelnen Schichten der Arbeiterchaft gelegentlich noch

zünden. Aber er ist nicht die Kraft, die ein Gegengewicht gegen Stalin bilden könnte. Er war der Schatten Lenins, er war der Demagoge, der diesen rücksichtslosen Eroberer begleitete, er konnte niemals allein der Führer sein, und wird es auch in Zukunft nicht mehr werden. Die politischen Motive, die einen Mann wie Trozki in die Opposition getrieben haben, die ihn, den westlichen Intelligenzler, zum Gegenpol des Russen Stalin werden ließen, mögen vielfältig oder, wie Stalins Anhänger sagen, prinzipienlos sein. Trozki mag durch seinen starken utopistischen Einschlag die Bedenken in der russischen Parteimehrheit gegen sich verstärkt haben, er bleibt immer doch der Mann, der möglicherweise in einer Stunde der Gefahr Stalins Erbe antreten kann. Von ihm kann man sich immer noch vorstellen, daß er wenigstens eine Zeitlang imstande sein könnte, die Schäden zu heilen, die die Ueberspannung der Diktatur durch Stalin dem kunstvollen Sowjetstaatsgebilde unvermeidlich zufügen werden. Niemand kann man sich vorstellen, daß Sinowjew der Erbe sein könnte. Er kann nur Opposition, nur Agitation, nur Demagogie, nur Zerstörung treiben, er kann nicht leidend aufbauen, als Staatsmann Kräfte einschärfen, mit ihnen rechnen und mit ihnen arbeiten.

Es hat keinen Sinn, mit einem geschichtlichen Ereignis wie der russischen Revolution darüber zu rechten, ob sie zu recht oder unrecht gekommen ist. Sie war mit ihrem verheerenden Feuer die Antwort auf das Rußland der Romanows und Rasputins. Und wenn man will, kann man sagen, daß Sinowjew die Geißel war, mit der Zarismus und Bürgertum für ihre Sünden geächtet wurden. Aber die Romanows und Rasputins sind dahin, der Bauer ist der Herr der russischen Erde, er duldet keinen neuen Umsturz. Er, die Macht der hundert Millionen des russischen Dorfes, bestimmt und diktiert heute im Rußland des Sowjets. Kein Sinowjew hat mehr Platz in der künftigen Entwicklung dieses Landes. Eins nur ist sicher: die Fesseln, die die Diktatur der kommunistischen Partei dem Lande auferlegen, werden gesprengt werden. Sinowjew wird auf diesem unvermeidlichen Wege keine Etappe sein. Seine wühlende Demagogie mag vielleicht dazu beitragen, die Entwicklung zu demokratischeren Formen des öffentlichen Lebens zu beschleunigen, aber erstehen wird die Freiheit des russischen Volkes ohne und gegen ihn.

Sinowjews Ende schließt eine Epoche der Revolution symbolisch ab. Sein Ende aber deutet darauf hin, daß auch hier die Revolution nicht stille steht. Sie wird ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen, das russische Volk von den Fesseln des Absolutismus zu befreien.

## Das Blatt mit den vielen Seelen.

### Eine neue Absonderlichkeit.

Die „Tägliche Rundschau“ ist eine eigenartige Zeitung! Heute liest sie Wilhelm mit erfreulicher Deutlichkeit die Leviten, morgen erklärt der Herausgeber, Herr Doebring, er sei entgegengesetzter Meinung. Heute ist sie „Organ des Reichsaussenministers“, morgen versteigt sie sich zu Rechtsradikalismen, die unendlich Herrn Strefemanns Billigung finden. Nun aber hat sie noch eine neue Seite ihrer vielfältigen Seele entdeckt: Sie befragt sich über die Ernennung des Genossen Badt zum Ministerialdirektor im preussischen Innenministerium nicht etwa, weil Dr. Badt Sozialdemokrat, nein, ausgerechnet, weil er — Zion ist! Ja, wie wird uns denn? Seit wann ist die Volkspartei antisemitisch? Oder war im Falle Badt vielleicht gerade die Doebring-Gruppe federführend? Wird nun — umgekehrt wie im Falle Wilhelm — diesmal die Strefemann-Gruppe mit einem Dämpfer dazwischenfahren?

Der Unterhansabgeordnete Kenworthy, der von der Liberalen Partei zum Labour Party übergetreten ist, hat beschlossen, sein Mandat niederzulegen und sich bei der notwendig werdenden Ersatzwahl in seinem Wahlkreis Hull-Witte als Arbeiterpartei-Kandidat zum Kampf zu stellen.

## Ein fesselndes Buch.

Von Jodot.

Ein Dichter des vorigen Jahrhunderts hat den Deutschen angeraten, „nicht allzu gerecht zu sein“, das laufe auf Schwäche hinaus. Ist dies Wort denen vorgehalten worden, die sich für verpflichtet halten, vor der Verdächtigung und Beschimpfung des Auslandes doch lieber erst einmal den Sachverhalt zu prüfen. Neuerdings aber hat die „Allgugerechtigkeit“ durchaus auch in anderen Lagern Fortschritte gemacht.

Da haben wir ja zunächst einmal unseren Postminister, der seine Wertzeichendogen für ein Nachschlagewerk bekannter Dichter- und Staatsmännertöpfe hält und lieber in den Ruf eines Mannes gerät, der nicht recht am Platze ist, als daß er sich den Vorwurf gefallen lassen möchte, seine Galerie imposanter Häupter entbehre der Vollständigkeit.

Aber damit nicht genug. Jetzt kommt auch Herr Gehler daher und erbringt uns den Beweis seiner vollkommenen Unvoreingenommenheit. Es ist nichts Neues und gewiß nichts Schlechtes, daß Minister sich mit literarischen Dingen beschäftigen. Wer Ideen durch die Tat zu verwirklichen sucht, hat natürlich auch das Recht, sie durch Bücher zu propagieren. Waren wir aber bislang gewohnt, daß Ideenträger ihren eigenen Ideen Gehör verschafften, so ist Herr Gehler zu befehlen dazu, uns mit dem, was er selbst meint, zu behelligen. Er, der Demokrat, er, den das Parlament auf den Ministerstuhl hob, er gibt das, wie der Verlag es nennt, „Konfessionelles Buch eines Engländer, Cartmill mit Pseudonym, heraus. In diesem Buch wird eine Lanze für die Aristokratie eingeleitet, und dem demokratischen System wird bürokratische Despotismus nachgelagt und die Eigenschaft, alle Seelengröße auszureiten, die nun mal den Adligen, den geborenen Führer der Menschen, charakterisiere. Herr Gehler vertritt beiseite nicht in allen Dingen Cartmill's Anschauungen — wie sollte er auch! — er verwahrt sich dagegen, dennoch findet er das Buch so fesselnd, daß er es unbedingt für nötig hält, Deutschland mit ihm bekanntzumachen. Gehler ist ein Gerechter, und in der Demut seines Herzens hält er seine eigene Grundüberzeugung, deren Besitz die Voraussetzung dafür ist, daß er in einer Eigenschaft als Minister das konfessionelle Buch herausbringen darf, nicht für so erheblich, daß er sich für diese Gebantengänge, wenn schon nicht mit seiner Person, so doch mit seiner Arbeitskraft einsetzt.

Uns aber fällt weniger die Tatsache, daß gerade Herr Gehler es ist, der nicht alle Anschauungen Cartmill's teilt, zu deren Ablehnung, sondern die folgende Ueberlegung: Wäre es wahr, daß Seelengröße allein dem adligen System anhaftete, so müßten wir in der Vergangenheit auf konfessionelle und auf regierende Häupter hoffen, die, trotz ihrer konfessionellen Weltanschauung, für die Verbreitung demokratischer oder sozialistischer Bücher Sorge getragen hätten. Nachweisbar hat sich aber der herrschende Adel vergangener

## Der Mordprozeß von Landsberg.

### Ein grauenvolles Kulturbild.

Der gestrige Verhandlungstag in Landsberg hat ein erschütterndes Bild aufgestellt. Ein Mann wurde länger als acht Tage lang von den Gemebesten täglich gefoltert. Es schlug ihn, wer Lust hatte. . . . Dann wurde er, schon halbtot, abgeschlachtet.

Aus „vaterländischen Beweggründen“.

Man versteht, warum die Verteidigung unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandeln wollte. Was man aus dieser Verhandlung über die Zustände in der schwarzen Reichswehr erfährt, über die verfluchten Unholde, die darin ihr Unwesen trieben, ist grauenvoll. Alle anständigen Menschen werden sich voll Grauen und Scham davon abwenden.

(Bericht 3. Seite Hauptblatt und 1. Beilage.)

## Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

### Weiterberatung im Reichstag am 2. November.

Die gestrigen Verhandlungen der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler haben dazu geführt, daß sich die Reichsregierung bereit erklärt hat, dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten. Der Unterausschuß des Reichstages hat aus diesem Grunde die Weiterberatung auf Dienstag, den 2. November, 5 Uhr, vertagt. Am 3. November wird sich der soziale Ausschuß mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigen.

Ueber die Art und den Umfang der Neuregelung gehen die Meinungen noch wie vor weit auseinander. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kann sich nicht damit begnügen, daß die Bedürftigkeitsprüfung wieder gehandhabt werden soll; sie verlangt die Schaffung eines klaren Rechtsanspruches auf Unterstützung. Die Fraktion hält auch an der Beseitigung der Pflichtarbeit fest. In der Frage der Verlängerung der Unterstühtungsdauer gehen die Meinungen ebenfalls noch erheblich auseinander. Die Demokraten sind für eine Verlängerung bis 31. März 1927, während das Zentrum die Fürsorge der Ausgesteuerten der Armenfürsorge überlassen will. Damit setzt sich das Zentrum in schärfsten Widerspruch zu den christlichen Gewerkschaften, die ebenfalls eine Verlängerung der Unterstühtungsdauer verlangen. Vor allen Dingen ist aber eine monatliche Erhöhung der Unterstühtungen erforderlich. Auch in diesem Punkte haben die bürgerlichen Parteien bisher kein entscheidendes Entgegenkommen gezeigt.

## Das Verfahren gegen Kölling.

### Anfrage im Rechtsausschuß des Landtages.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Rechtsausschuß des Landtages mit dem sozialdemokratischen Antrag, der aus Anlaß des Magdeburger Falles gestellt worden ist und eine Erweiterung des Disziplinarverfahrens gegen Kölling sowie eine grundsätzliche Reform des Disziplinarrechts für richterliche Beamte, der Voruntersuchung und der Untersuchungsfrist verlangt. Der Berichterstatter, Genosse Kuttner, wies noch einmal auf die schweren Verstöße und Unterstellungen hin, die Kölling in seiner Eigenschaft als Untersuchungsleiter begangen hat, und betonte im übrigen, daß es gelte, gegen die fast unbeschränkte Macht des Untersuchungsrichters ein Gegengewicht durch Erweiterung der Rechte des Angeeschuldigten und seiner Verteidigung zu schaffen. Bei der heutigen Sachlage des Untersuchungsrichters könne der gegen den Angeeschuldigten vorgebrachte Untersuchungsrichter leicht einen Unschuldigen zugrunde richten. Hierfür sei der Fall Haas ein typisches Beispiel.

Der Vertreter des Justizministeriums gab bekannt, daß das Disziplinarverfahren gegen Kölling nunmehr auch auf seine eigentliche Untersuchungsfrist im Falle Haas ausgedehnt worden ist. Hierdurch erlebte sich ein Teil des sozialdemokratischen Antrags. Im übrigen wurden die Vorschläge der Sozialdemokratie zur Neuregelung des Strafprozesses und zur Reform des richterlichen Disziplinarrechts mit geringer Änderung angenommen.

Der Rechtsausschuß nahm ferner den Bericht eines von ihm eingesetzten Unterausschusses entgegen, der die ostpreussischen Strafanstalten in Stuhm, Hubertusburg, Ansternburg und Königsberg besichtigt hat. Die durch die Presse bereits bekannt gewordenen Missetaten haben zum größten Teil ihre Bestätigung gefunden. Der Ausschuß beschloß auf sozialdemokratischen Antrag, von der Regierung die sofortige Einrichtung von Strafvollzugsämtern zu fordern und in den nächsten Etat für den Bau einer neuen großen Strafanstalt in Ostpreußen ausreichende Mittel einzusetzen. Ferner soll das veraltete Kübelstern in den Strafanstalten beseitigt werden.

## Eine rührselige Geschichte.

### Unsere armen Fürsten!

Mit besonders starkem Aufwand von Schmalz hat die bürgerliche Presse Notiz genommen von einer Meldung des „Arnstädter Anzeigers“, wonach die 81jährige Witwe Marie des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen eine gerichtliche Vorladung zur Ablegung des Offenbarungseides erhalten habe. Ja, so geht's unsern braven früheren Landesvätern und Landesmüttern! Welch wirklich menschlich tragisches Schicksal! Der — in Barenthele mehrere Grundbesitzer — Leopold, vormals Fürst zu Lippe hat für seine Prozesse das Armenrecht in Anspruch nehmen müssen, und jetzt zwingt die ja bekanntlich so ausgesprochen links eingestellte Justiz dieser traditionsverherrlichen Republik eine ehrwürdige, greise Fürstin zur Abgabe des Offenbarungseides! Das kommt von den ungenügenden Abfindungen, das sind die Folgen des „Raubdiebstahls“ der Linken gegen unsere angestammten Fürstenhäuser! Man möchte Tränen vergießen vor Rührung und Kummer!

Rur schade, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist! Der im monarchistischen Sinne gewiß zuverlässige „Voll-Anzeiger“ höchst persönlich hat sich nämlich erkundigt, und das Hofmarschallamt Ihrer Durchlaucht hat ihm mitgeteilt, daß die Sache von A bis Z erfunden ist. Uebrigens: Einer kinderlosen Witwe, die sich den Luxus eines eigenen Hofmarschallamtes leistet, muß es wirtschaftlich doch recht gut gehen. Wie die Thüringer Ordnungsblat-Regierung a mitteln läßt, bezieht die alte Dame sogar jährlich über 38 000 Mark Rente. Aber traurig bleibt immerhin, daß der monarchistische Appell an die Tränenröhren wieder einmal vergeblich gewesen ist!

## Gemeindewahlen in Oberschlesien.

### Der Aufmarsch der Parteien.

Breslau, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am 14. November finden in Ostschlesien Gemeindewahlen statt, deren Bedeutung dadurch erhöht wird, daß in den letzten Jahren eine Reihe auch von größeren Gemeinden wie z. B. die Stadt Ratowitz, nicht von frei gewählten Gemeindevertretungen verwaltet wurde. Der Wahlkampf hat bereits einen gewissen Höhepunkt erreicht. Auf polnischer Seite haben sich die Rechtsparteien zusammengeschlossen, neben denen noch die Nationale Arbeiterpartei selbständig auftritt. Die polnischen Sozialisten haben ein Zusammengehen mit den übrigen polnischen Parteien überall abgelehnt. Auf deutscher Seite wurden alle bürgerlichen Richtungen zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen, während die deutschen Sozialisten gleichfalls selbständig vorgehen. Außerdem hat sich noch eine Autonomistengruppe in einer Reihe von Gemeinden an den Wahlen beteiligt, die sowohl deutsche wie polnische Stimmen zu gewinnen sucht, aber durch ihre etwas abenteuerliche Führung auf beiden Seiten stark diskreditiert ist.

Von dem Ergebnis der ostschlesischen Gemeindewahlen hängt ein großer Teil des nationalen Bestandes in der Selbstverwaltung des umstrittenen Grenzlandes ab.

Der Vorkonferenz des Reichstages tritt am 3. November vor Eröffnung der ersten Plenarsitzung nach den Herbstferien zur Festlegung des Arbeitsprogramms für die Monate November und Dezember zusammen. Er soll gleichzeitig eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob angesichts der kommunikativen Schwierigkeiten im preussischen Landtag bei der Beratung des Höhen-Kollernberges und in Anbetracht der Möglichkeit ähnlicher Vorkommnisse im Reichstag nicht eine Verschärfung der Geschäftsordnung und ihre Anpassung an die Geschäftsbestimmungen des preussischen Landtags notwendig ist.

Jahrzehnte niemals im geringsten um die Popularisierung revolutionärer Literatur demüht. Erst das demokratische Zeitalter besitz in Herrn Gehler einen Staatsmann, der seelengroß genug ist, gegnerischen Ideen Geltung zu verschaffen. Also hat Cartmill unrecht. Machte uns aber Cartmill darauf aufmerksam, daß nicht Seelengröße, sondern Energielosigkeit aus unseres Ministers Verhalten spreche und daß gerade die Tatsache, daß der demokratische Staat solche Energielosigkeit dulden müsse, gegen ihn ins Feld geführt werden könne, so legen wir, im Gegensatz zu ihm, den Nachdruck nicht auf das Vorhandensein wenig beliebter Minister, sondern auf die nur in der Demokratie vorhandene Möglichkeit, sie zu gegebener Zeit zu stürzen. Womit Cartmill wiederum unrecht hätte.

Aus der Dichter-Sektion der Akademie der Künste. Die Sektion für Dichtkunst in der Preussischen Akademie der Künste hat sich in ihrer ersten Arbeitssitzung am 27. v. M. mit der Frage der Zuwahl neuer Mitglieder beschäftigt. Bevor die offizielle Einladung ergeht, sollen die Betroffenen um ihre Zustimmung befragt werden, damit neue Zwischenfälle vermieden werden können. Genannt wurden in erster Linie Hermann Hesse, Ricarda Huch, Paul Keller und Clara Viebig. Ferner dürften Einladungen in Frage kommen an Paul Ernst und Stefan George. Auch die Einbeziehung von Dichtern deutscher Zunge, die nicht Reichsangehörige sind, insbesondere von Deutsch-Österreichern, stand zur Diskussion, wobei vor allem die Namen Hugo von Hofmannsthal und Franz Werfel genannt wurden. Schließlich ist in Erwägung gezogen worden, zu gegebener Zeit, wahrheitsgemäß gemeinsam mit den neu zugewählten Mitgliedern, wiederholt Schritte zu unternehmen, um Gerhart Hauptmann zu einer Aufgabe seines jetzigen ablehnenden Standpunktes zu gewinnen.

Die Filmgewerkschaften gegen die Filmzensur. Die in der Deutschen Filmgewerkschaft, Ortsgruppe Berlin, organisierten Arbeitnehmer der deutschen Filmindustrie erboben nach eingehender Aussprache schärfsten Protest gegen die unerhörten Auswüchse der Zensurstellen und fordern von den Fraktionen der Arbeiterparteien, daß sie im Reichstag unbedingt gegen diese mit aller Schärfe vorgehen und vollständige Aufhebung der Zensur überhaupt fordern. Gleichzeitig erwarten sie, daß seitens der Linksparteien gegen die neuerliche Ignorierung der Sprüche der Oberprüfstelle in bezug auf den „Panzerkreuzer Potemkin“ durch die Staaten Württemberg und Bayern mit aller Energie vorgegangen wird und die Reichsregierung aufgefordert wird, die Gesetze auch in den Bundesstaaten unbedingt durchzusetzen.

Blutspende per Auto. Dreierlei Alter Blut, die von dem Infassen eines Londoner Krankenhauses stammten, wurden im Kraftwagen durch ganz London befördert, um dem Patienten eines anderen Krankenhauses eingespritzt zu werden. Es war dies der erste Transport des Blutes bei einer Transfusion auf einer längeren Strecke. Dies Wunder der modernen Heilkunst wurde mit Hilfe einer neuen medizinischen Erfindung ausgeführt, durch die es möglich ist, das Blut während einer Reise im guten Zustand und in der notwendigen Temperatur zu erhalten. Ein Londoner Chirurg mußte

eine Operation ausführen, bei der beschlossen worden war, dem Patienten nachher neues Blut zuzuführen. Das Blut wurde einem Kranken in einem an der entgegengesetzten Seite Londons gelegenen Hospital entnommen, der sich zu der Abgabe bereit erklärte. Der Transport des Blutes ging vortrefflich vonstatten, der Kraftwagen traf im richtigen Augenblick ein, und nachdem eine Transfusion vorgenommen war, befindet sich der Kranke in gutem Zustande.

Die kürzesten Wellen. Es ist bekannt, daß seit ungefähr 15 Jahren eine aus dem Weltraum stammende Strahlung auf der Erde nachgewiesen ist. Es war hauptsächlich der Amerikaner Millikan, der die Eigenschaften dieser Strahlung und ihre Verteilung in der irdischen Atmosphäre untersuchte. Nach seinen Angaben hat man es hier mit den kürzesten Wellenlängen, die überhaupt je nachgewiesen wurden, zu tun. Geht man von Wellen aus, von denen zehnhalb auf einen Millimeter gehen, so hat man es noch mit elektrischen Schwingungen zu tun, wie sie etwa bei einem Funkeninduktor auftreten. Nimmt man die zweitausendfache Anzahl, so daß also 5000 Wellenlängen auf einen Millimeter entfallen, so haben wir das sichtbare Licht schon durchschritten und befinden uns bereits im Gebiet der ultravioletten Strahlen. Nimmt man davon wieder das Zweitausendfache, so daß 10 Millionen Wellen auf 1 Millimeter gehen, so befinden wir uns im Gebiet der mittleren Röntgenstrahlen. Ein Millionstel Millimeter ist für die Wellenlänge die Längeneinheit und hat den Namen 1 Angström erhalten. Rechnet man neuerdings zweitausend Wellen auf 1 Angström, so kommen wir in das Gebiet der durchdringenden Weltstrahlung. Diese Strahlung ist für alles irdische Leben tödlich und aus diesem Grunde müßte man bei einer Reise durch den Weltraum einen etwa 5 Meter dicken Bleipanzers als Schutz mitnehmen.

Wer kann Zoologie? Man kann mit Recht behaupten, daß kein Mensch in der Lage sei, Zoologie im allgemeinen zu kennen, wenn wir darunter verstehen wollen: von allen Arten die Eigenschaften, Gestalt, Lebensweise, Vermehrung usw. zu wissen. Es gibt allein über 30 000 Käferarten, Insektenarten gibt es mehrere Hunderttausende. Die Gesamtzahl aller bis heute registrierten Tierarten schätzen wir auf etwa 4 Millionen. Wollte man auf das Studium einer jeden Art nur zehn Minuten verwenden, so würde man bei täglich achtstündiger Arbeit etwa 41 Jahre benötigen! Wir glauben nicht, daß es einen Menschen gibt, der das aushalten könnte und nicht, daß ein menschliches Gehirn alle Merkmale im Gedächtnis behalten könnte. Daher kann niemand Zoologie „durch und durch“ können. Natürlich gilt ähnliches eigentlich von allen Wissenschaften, daher eben das sogenannte „Spezialistentum“ notwendig ist.

Vaccins „Turandot“ als Festvorstellung. Die auf Sonnabend, den 6. November, in der Städtischen Oper, Charlottenburg, anberaumte Berliner Aufführung von Vaccins Oper „Turandot“ findet als Festvorstellung des Vereins „Berliner Presse“ statt. Der Kartennverkauf beginnt Sonntag vormittag in der Städtischen Oper.

Vorrede Am Sonnabend, 7. v. M., findet der erste öffentliche Vortrag der Preussischen Akademie der Wissenschaften, Unter den Linden 38, statt. Prof. Dr. Hil spricht über: „Weltkreislauf und Weltstabilität“ (mit Lichtbildern). Eine Karte für die ganze Reihe von 6 Vorträgen kostet 10 Mark, für den Einzelnvortrag 3 Mark; Sitzplätze für Studierende je 50 Pfennig.

## Hoesch bei Briand.

### Neue Aussprache über Schwierigkeiten und Lösungsmethoden.

Paris, 28. Oktober. (WIZ.) Wie seinerzeit bekannt gegeben wurde, war bei der Unterredung, die der Botschafter v. Hoesch letzte Woche mit dem Außenminister Briand hatte, vereinbart worden, daß eine weitere Besprechung in der zweiten Hälfte dieser Woche stattfinden sollte. Diese Besprechung wurde heute nachmittags abgehalten und währte beinahe 1 1/2 Stunden. Es wurde in ihr das gesamte Problem der deutsch-französischen Verständigung, so wie es sich bei der Unterredung von Thoiry gestellt hatte, durchgesprochen. Es wurde dabei der Schwierigkeiten, die die Lösung derartiger großer Probleme mit sich bringt, gedacht und zugleich die Möglichkeiten der Verwirklichung und die Methoden, zu einer solchen Verwirklichung zu gelangen, erörtert. Es wurde vereinbart, daß eine weitere Unterredung in der ersten Hälfte der nächsten Woche stattfinden sollte.

## Also doch Mystifikation?

### Abgeordneter William-Bertrand dementiert.

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das angebliche Friedensmanifest der Radikalen und Radikalsozialen Partei, das in der deutschen Presse so berechtigtes Aufsehen erregt hat, stellt sich mehr und mehr als das Phantasieprodukt des hiesigen Vertreters eines Konzerns deutscher Rechtsblätter heraus. Nachdem bereits am Mittwoch der radikalsoziale Abgeordnete William-Bertrand, der als Verfasser der Parteidarstellung bezeichnet worden war, ein formelles Dementi veröffentlicht hat, tritt am Donnerstag Herr Bloch, der Verbreiter der sensationellen Meldung, in einem an den „Avenir“ gerichteten Brief den Rückzug auf der ganzen Linie an. Es ergibt sich daraus, daß die zu Unrecht der Parteidarstellung zugeschriebene Zustimmung zu einer eventuellen Rückgabe Danzigs und des polnischen Korridors an Deutschland jetzt nur von einem völlig unbekanntem Gymnasiallehrer aus Rochefort stammen und lediglich im Namen der radikalsozialistischen Parteiorganisation des Departements Charente-Inférieure abgegeben worden sein soll. Bloch behauptet allerdings heute, daß diese Erklärung im Kreise prominenter Mitglieder der Partei, darunter auch des Abgeordneten William-Bertrand, verlesen worden sei und keinen Widerspruch gefunden habe. Aber auch das ist bereits am Mittwoch von dem Abgeordneten William-Bertrand aufs kategorischste dementiert worden mit dem ausdrücklichen Bemerkung, daß er von dem ihm zugeschriebenen Manifest erst durch die in der französischen Presse veröffentlichten Auszüge Kenntnis erhalten habe.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß man in weiten Kreisen der Radikalsozialen Partei über die Frage der deutschen Ostgrenzen in der Tat Auffassungen zuneigt, wie sie in dem angeblichen Manifest Ausdruck gefunden haben. Diese Entwicklung aber kann wirklich nicht gefördert werden durch die leichtfertige Verbreitung von Phantasiemeldungen, die, wie das vorliegende Beispiel zeigt, nur zu unnützen Polemiken führt und damit den Gedanken der Verständigung selbst zu diskreditieren droht.

Wir haben gleich beim Austausch dieser Meldung des Pariser Vertreters der „Dresdener Neuesten Nachrichten“ unsere lebhaften Zweifel an ihrer Richtigkeit geäußert und jene Rundgebung für eine offenkundige Mystifikation erklärt. Demgegenüber blieb aber das Dresdener Blatt auf Grund einer Rückfrage bei seinem Berichterstatter, die eingehend beantwortet worden war, energisch dabei, daß jene Rundgebung authentisch sei und daß sie von zahlreichen radikalen Parlamentariern gebilligt worden sei. Dazu schrieben wir, daß die Bedeutung dieser Erklärung, falls sie wirklich authentisch sei, nicht zu unterschätzen wäre.

Jetzt ergibt sich, daß unser erster Eindruck der richtige war, und daß die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ tatsächlich Opfer einer mit Sensationslustern gemischten Geschäftshandlung ihres Pariser Korrespondenten gewesen sind. Jetzt ist nicht nur der als Hauptbeteiligter genannte Abgeordnete William-Bertrand von dem ihm zugeschriebenen „Manifest“ abgerückt, sondern auch der Berichterstatter selbst muß seine ursprünglichen Angaben so abschwächen, daß fast nichts mehr davon übrig bleibt. Ein Musterbeispiel von den überflüssigen Aufregungen und Mißverständnissen, die eine leichtsinnige Auslandsberichterstattung hervorruft kann!

## Eine Botschaft Mussolinis.

### Zum vierten Jahrestag der faschistischen Revolution.

Eine bombastische „Botschaft“ hat Mussolini an die Schwarzhemden zum 4. Jahrestag des Marsches auf Rom gerichtet. Er zählt darin alle Taten der faschistischen Regierung auf, einschließlich des Handelsvertrages mit Guatemala, und preist sie als unvergleichliche und unübertreffliche Leistungen des faschistischen Regimes, dem er ein halbes Duzendmal das verfloßene „demo-liberale“ Zeitalter höhnisch gegenüberstellt. Der Abdruck dieses Schriftstückes würde etwa drei Seiten des „Vorwärts“ in Anspruch nehmen. Unser Raum ist für dieses prahlerische Geschwätz viel zu schade. Es sei nur noch verzeichnet, daß Mussolini die Faschisten zum Schluß auffordert, sich von alten Krankheiten des „demo-liberalen“ Regimes endgültig zu befreien, insbesondere: Streberei (!), feiger Schmeichelei (!!) und nutzloser Schwärmerei (!!!). Die Faschisten sollen sich nur Mussolini weiter zum Vorbild nehmen, dann werden sie von diesen „demo-liberalen Krankheiten“ besonders schnell kuriert sein. ...

## Der tschechische Staatsgründungstag.

### Rede des Gesandten Dr. Krostka.

Anlässlich des Nationalfeiertages veranstaltete der tschechoslowakische Gesandte Dr. Krostka einen Empfang. Der Gesandte dankte auf die Glückwünsche mit einer Rede, in der er zwei Punkte hervorhob, die das vergangene Jahr charakterisiert haben: „Der eine ist die entscheidende Besserung der Beziehungen zwischen den Staaten, die miteinander im Kriege gewesen sind, eine Besserung, deren wesentlicher Ausdruck der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist, was von der Tschechoslowakei mit aufrichtigster Freude begrüßt worden ist, da dieser Eintritt auch eine große Erleichterung der schwierigen internationalen Lage der Tschechoslowakei gebracht hat. Das zweite charakteristische Ereignis ist der Eintritt der Deutschen in die tschechoslowakische Regierung, ein großer Schritt auf dem Wege zur inneren Festigung des Staates. Diese beiden Ereignisse sind die Frucht und Bestätigung der Friedenspolitik, zu der sich unsere Republik seit ihren Anfängen bekannt hat, ebenso auch wie Präsident Masaryk, womit das Gefühl unserer Dankbarkeit und Ergebenheit für den Präsidenten nur noch weiter gestärkt und befestigt ist.“

# Der Fememord von Küstrin.

## Oberleutnant Schulz schwer belastet. — Die Mörder erzählen den Hergang.

In der Nachmittags-Sitzung des Landsberger Fememordprozesses — über den Beginn und das Ende der Vormittags-Sitzung berichten wir auf der ersten Beilage — setzte der Vorsitzende das Verhör des Angeklagten Becker fort. Becker belastet Schulz auf das schwerste.

Vorl.: Herr Becker, Sie sind doch ein gebildeter Mensch. Wie stellen Sie sich denn zu der Tatsache, daß in Ihrer Gegenwart Gröschke schwer mißhandelt worden ist, besonders von Schulz. Angekl.: Ich gebe zu, daß es mich zunächst abließ. Aber ich sollte herausbekommen, aus dem Mann, was möglich war. Vorl.: Hat Oberleutnant Schrenk Sie nicht gewarnt, sich allzu tief mit Raphael einzulassen. Angekl.: Inwieweit er meinte, es sei vieles dunkel bei Raphael. Vorl.: Hat Schrenk Sie auch vor Oberleutnant Schulz gewarnt. Angekl.: Das geschah erst bei der Unterredung, die Schrenk und ich mit Schulz hatten, als wir bei ihm waren und ihn baten, den Gröschke doch von dem Fort wegzunehmen, damit er unsere Leute nicht erst kennen lernte. Schrenk sagte mir damals: „Daß Dich mit derartigen Sachen erst gar nicht ein. Vorl.: Herr Becker, bei der Unterredung mit Herrn Schulz hat Sie Schulz doch unvermittelt gefragt, ob Sie schon einmal einen Mann umgelegt hätten. Angekl.: Das ist richtig. Ich habe ihm sofort geantwortet, daß ich nur im Felde meine Pflicht getan habe. Dann allerdings hat mich Schulz auch gefragt, ob es in meiner Heimat Moorloch verschwindet, der sieht die Welt nicht wieder. Haben Sie sich wirklich bei diesen Andeutungen nichts gedacht. Angekl.: (nach langem Schweigen):

Aus stillschweigendem Uebereinkommen haben Schrenk und ich über diese Dinge nicht mehr gesprochen. Wir wollten nichts wissen.

Vorl.: Herr Becker, spulte denn nicht in Ihren Gedanken das furchtbare Wort „Verräter werden mit dem Tode bestraft“? Der Angeklagte will offenbar antworten, denn man sieht deutlich, wie er mit sich kämpft. Nach einem minutenlangem Schweigen schüttelt er dann den Kopf.

Vorl.: (leise): Sie brauchen nichts mehr zu sagen. (Bewegung.) Angekl.: (mit heiserer Stimme): Herr Vorsitzender, wir haben als Soldaten unsere Pflicht getan, auch ich habe sie getan. Oberleutnant Schrenk hatte mir freilich Vorwürfe gemacht, daß ich den Gröschke überhaupt vernommen habe, da ich nicht der direkte Untergebene von Oberleutnant Raphael war.

## Die Feme.

Vorl.: Wie konnten Ihnen, Herr Becker, aber so schwarze Gedanken kommen, wenn Sie nicht schon vorher Schreckliches gehört haben, was Sie ängstigte und abschreckte.

Angekl.: (sehr leise): Herr Vorsitzender, im Felde ist es so gewesen, daß Spione mit dem Tode bestraft wurden. Ich dachte nun, daß auch in dem Fall Gröschke irgendetwas geschehe, da man das Protokoll, das ich aufgenommen, noch näher prüfen und dann ein Urteil über den Mann fällen werde.

Aber ich wußte nicht, wie in solchen Fällen innerhalb unserer Organisation das Richteramt gehandhabt würde.

(Am Saal große Bewegung.) Der Vorsitzende macht hierauf eine kurze Pause.

Es entspann sich dann ein längeres Kreuzverhör des Angeklagten, durch den Vorsitzenden und den Verteidiger des Oberleutnants Schulz, R.-M. Dr. Sad.

Vorl.: Sie haben früher einmal angegeben, Klapproth habe Ihnen von der Ermordung Gröschkes erzählt und Sie im Auftrag Schulz aufgefordert, unsichere Leute mit Spigel nachhaft zu machen. Angekl.: Das war wohl nicht Klapproth, sondern Bahnbuch oder Büssing, jedenfalls derjenige, der die Aufsicht über die Fahrzeuge hatte. Er sagte, er käme im Auftrag von Schulz und habe jederzeit mit Auto oder Motorrad zur Verfügung. Schrenk warnte mich noch: „Daß Dich nicht ein mit solchen Sachen.“ (Bewegung.) Vorl.: (sehr eindringlich): Wenn man das so alles hört, dann wird einem klar, daß Sie Schulz ungeheuer belasten. Sie dürfen aber nicht nur Bruchstücke erzählen, Sie müssen alles sagen. Angekl.: (leise aber entschieden): Soweit ich mich rinnere, hat sich das so abgespielt, wie ich es angegeben habe. Vorl.: Also, als Sie weggingen,

hofften Sie den Eindruck, Schulz werde den Mann umbringen lassen, ja oder nein.

Der Angeklagte Becker schweigt, während im Saal lautlose Stille herrscht. Vorl.: (ihm zurendend): Sehen Sie mal, wir kommen um diese Frage nicht herum. Becker, der schüchtern mit sich kämpft und die Finger um die Lehne des vor ihm stehenden Stuhles krampft, murmelt einige unverständliche Worte. Vorl.: Woher wissen Sie, daß Schrenk selbst den Eindruck hatte, daß Gröschke umgebracht werden sollte, wenn Sie doch nicht mit ihm gesprochen haben. Angekl.: Wir haben uns angesehen, da wußten wir Bescheid. (Erneute große Bewegung.)

Auf weiteren Vorhalt des Verteidigers des Schulz, der immer wieder Widersprüche zwischen der heutigen Darstellung und der früheren Aussage Beckers nachzuweisen sucht, erklärt der Angeklagte weiter: Als Schulz an mich die Frage richtete, ob ich schon einmal jemand umgebracht hätte, da hatte ich die Überzeugung, ich sollte dazu verwendet werden. Es war mir klar, daß irgendetwas mit Gröschke geschehen sollte. Da machte mir Schrenk, und zwar noch während Schulz sprach, ein Zeichen, weil er wohl denselben Gedanken gefaßt hatte.

Vorl.: War Ihr Eindruck nach dem Gespräch mit Schulz ganz überzeugend der, daß Gröschke umgebracht werden sollte. Angekl.: (nach längerem Zögern und sehr leise): Das kann ich nicht mehr sagen.

In diesem Punkte der Aussage unterbrach der Vorsitzende die Vernehmung Beckers, um dem Angeklagten Schulz Gelegenheit zu geben, sich auf die schweren belastenden Aussagen des Angeklagten Becker zu äußern.

## Schulz äußert sich.

Angeklagter Schulz: Herr Becker ist dreimal über das angebliche Gespräch mit mir vernommen worden und hat bisher stets etwas Neues gesagt. Becker behauptete, daß er bei dieser Unterhaltung mich zum erstenmal gesehen hat. Er behauptete bisher stets, daß diese Unterredung an einem Donnerstag gewesen sei, und kommt erst heute damit heraus, daß es an einem Sonnabend gewesen sei. Nun ist es aber erwiesen, daß ich aus dienstlichen Gründen am Donnerstag und Freitag aus Berlin nicht abkommen konnte. Vorl.: Das ist ja ganz gleichgültig, Herr Schulz, viel wichtiger ist für uns die Frage, ob Sie mit Becker gesprochen haben, oder nicht. Angekl.: Ich kann mich trotz meines guten Gedächtnisses nicht daran erinnern, mit Becker über dies gesprochen zu haben. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß Becker zu mir gekommen ist, um irgendetwas zu verlangen. Es ist vielleicht so gewesen, daß Herr Becker, der mir damals vollkommen fremd war, mich gefragt hat, ob man diesen Menschen nicht beseitigen wolle und daß ich ihn gefragt habe: „Na, haben Sie denn schon einmal einen Menschen umgebracht?“ Das mir vorgehaltene Gespräch mit Schrenk und Becker oder ein ähnliches gebe ich auf keinen Fall zu. Vorl.: Was Sie da sagen, Herr Schulz, ist nicht durchschlagend.

## Wer Lust hatte, hat geschlagen ...

Damit war diese Vernehmung zunächst erledigt und es wurde als nächster Angeklagter der Arbeiter Otto Fride vernommen.

Oberstaatsanwalt: Hat auf Fort Gorgast ein Kommando

bestanden? Angekl. Fride: Ein Kommando hat bei uns nicht bestanden,

wer gerade Lust und Freude hatte, der hat Gröschke geschlagen,

denn er war sehr unbeliebt. Ganz besonders aber hat Schulz Gröschke immer geschlagen, wenn er gerade dienstfrei war und dann ist er zu Raphael gelaufen und hat ihm das gemeldet, damit er zum Feldwebel befördert würde.

## Willi Klapproth belastet seinen Bruder.

Es wurde dann der Angeklagte Willi Klapproth vernommen, der zusammen mit dem Angeklagten Vogel beim Wachregiment in Berlin Dienst tat und einen Tag vor der Ermordung Gröschkes den Auftrag erhielt, nach Küstrin zu fahren. Klapproth gibt an, er habe zusammen mit Vogel nach der Ankunft in Küstrin ein paar Bekannte getroffen und man habe das Wiedersehen in einem Restaurant gefeiert. Als dann beide in den Zeughof Küstrin gekommen seien, habe ein Offizier ihnen erklärt, sie würden für ihre Bummelzeit bestraft werden. Dann seien beide nach dem Fort Gorgast gefahren, wo Oberleutnant Raphael sie stark angeschauzt und auf Strafwache geschickt habe. Sie sollten 24 Stunden hintereinander Wache stehen, und zwar Willi Klapproth in der Nähe der Stelle, wo Gröschke war, während Vogel am Tor des Forts aufzog. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß vieles an dieser pöhlischen Kommandierung merkwürdig sei. Der Angeklagte Klapproth erklärt auf jede Frage, er könne darüber keine Auskunft geben. Dann schilderte Klapproth, wie er am nächsten Morgen nach der Mordnacht zu seinem Bruder Erich auf die Stube gekommen sei:

Ich war hundemüde und wollte mich ins Bett hauen, deshalb ging ich auf die Stube meines Bruders, weil ich hoffte, daß dort ein Bett frei sein würde. Mein Bruder stand gerade auf, während Büssing noch im Bett lag. In diesem Augenblick kam ein Mann ins Zimmer und erzählte, daß bei Fürstenwalde eine Leiche gefunden sei, die man nur ganz oberflächlich eingekarrt habe. Büssing sprang aus dem Bett und lief in der Stube hin und her. Als der Besucher fort war,

fragte ich meinen Bruder, weil mit schon etwas Böses ahnte, ob er mit der Sache zu tun gehabt habe. Mein Bruder sagte zu mir: Halt das Maul, es ist doch der, den wir totgeschossen haben.

Der Angeklagte Kaufmann Vogel, der des Meineids beschuldigt ist, gibt über die Fahrt von Berlin nach Gorgast im wesentlichen dieselbe Schilderung.

## Ein Geständnis.

Dann wurde der Angeklagte Kurt Glaser aus Bremen vernommen, der als Führer bei der Arbeitsabteilung Frankfurt tätig war, wohin er nach seiner Mitgliedschaft im Oberstehischen Grenzschutz durch Oberleutnant Schulz geschickt wurde.

Er gab von vornherein zu, daß er an der Mordtat beteiligt gewesen sei.

Im August 1923 erhielt er von seinem Vorgesetzten, Leutnant Damm, den Auftrag, sofort nach Küstrin zu fahren, wo ihn Büssing erwarten werde. In Küstrin traf Glaser auch den Büssing an der Tür des Geschäftszimmers der Abteilung. Auf seine Frage, was los sei, nahm ihn Büssing zur Seite und erzählte ihm, in Gorgast sei ein kommunistischer Spion gefaßt. Man werde sofort dorthin fahren. Das Auto mit Klapproth am Steuer war auch schon fahrbereit, und man fuhr nach Gorgast, wo Büssing aber allein in die Zelle des Gröschke ging und bald darauf wieder mit einem Ziel, auf dem kommunistische Waffenlager verzeichnet waren, deren Lage sich Glaser abschrieb. Dann fuhr man zunächst wieder nach Küstrin zurück. Unterwegs sagte Büssing plötzlich: „Der Mann muß verschwinden.“ Ich wußte sofort, was gemeint war von unserer Tätigkeit in Oberstehischen her.

Abends fuhr man nach Gorgast zurück. Es war stockdunkel und es regnete. Am Fort stiegen wir aus und gingen hintereinander bis zur Zellenstube, die Büssing mit einem Montierhebel aufbrach. Im nächsten Moment hatte er Gröschke herausgeschafft, der nur mangelhaft bekleidet war. Im Auto nahmen hinten Büssing mit Gröschke Platz, ich setzte mich auf den Rücksitz und Klapproth feuerte. Die Fahrt ging los, wohin weiß ich nicht. Als wir ziemlich dicht an Küstrin waren, rief Büssing: „Nicht dortlang, nach Fürstenwalde zu.“ Wir fuhrten durch Küstrin durch. Zwischen Küstrin und Jorndorf rief Büssing wieder von hinten: „Kann ich schon?“ Oder vielleicht auch: „Kannst du strahlen?“ Genau weiß ich das nicht mehr, auch nicht mehr, daß Klapproth antwortete.

Jedenfalls schoß Büssing gleich darauf hinter meinem Rücken los, und da ich nichts mehr hörte, nahm ich an, der Mann sei tot.

Dann fuhrten wir weiter, bis Büssing an einer Schonung halten ließ und ausstieg mit den Worten: „Nun mal ihr los, damit die Sache fertig wird.“ Büssing und ich trugen die Leiche in die Schonung, wo Büssing mit einem mitgebrachten Infanteriepaten ein Loch grub.

## Wie der Mord geschah.

Hierauf wurde der Angeklagte Erich Klapproth vernommen. Er schilderte: Eines Tages kam in Spandau Büssing zu mir und sagt: „Du, Klapproth, wir müssen nach Küstrin.“ „Warum“, frage ich. „Dort haben sie so eine Kurze gefaßt, einen richtigen Kommunisten, einen Spion. Ich habe Befehl von oben.“ Also fuhr ich mit und abends fuhrten wir im Auto nach dem Fort Gorgast. Wir kommen vor die Zelle Gröschkes und machen die Tür auf. Büssing geht rein, und ich sehe, wie er den Montierhebel erhebt, während Gröschke sich gerade emporrückte. Er wollte ihm über den Schädel hauen. Ich solle ihm sofort in den Arm ... Vorl.: Das soll doch Oberleutnant Raphael gewesen sein. Klapproth (leise vor sich hinlachend): Haha, ach nee, Herr Vorsitzender, wenn das der Herr Raphael probiert hätte, dann wäre er gegen die Wand geflogen und weiter nichts. Nee, nee, so konnte ich nur Büssing gegenüber treten. Wir haben dann den Gröschke in den Wagen gesetzt und sind losgefahren in der Richtung auf Jorndorf. An der Nachttopfabrik von Sinnes fuhr ich langsam vor, da hörte ich plötzlich zwei Schüsse. Jetzt wußte ich: Da ist die Luft. Ich also Vollgas gegeben und los, was der Wagen laufen will. Ein Stück weiter mache ich dann Halt und da sehe ich, was los ist.

Herr Vorsitzender, ich habe bei der Tat nicht mitgeschossen.

Wenn ich es getan hätte, würde ich es Ihnen ebenso ruhig sagen. Ich hätte auch unbedingt mitgemacht, die Leiche, wenn Büssing es verlangt hätte mit angefaßt, aber ich sagte, ich müsse beim Auto bleiben. Vorl.: Glauben Sie, daß Schulz diese Tat genehmigt haben würde? Angekl.: Das hätte er natürlich nie getan. Aber Büssing sagte mir ja, der Mann solle verschwinden, er sagte nicht, beseitigen. Vorl.: Na, ob Ihnen das das Gericht glauben wird. Warum haben Sie sich Schulz später nicht anvertraut.

Angekl. (achselzuckend): Mit Büssing war das doch so eine Sache. Ich habe ihn einmal zur Rede gestellt, weil er mit Bahnbuch in Küstrin eine große Schmeichelei auf Menschen, Ruhe und Schweine injiziert hatte. Aber da haben die beiden auf mich geschossen, und im Spreemald wollten sie mich ins Jenseits befördern. Es kam zuletzt nur noch darauf an, wer von uns übrig blieb.

Um 1/2 9 Uhr abends verließ der Vorsitzende dann, nachdem alle Prozeßbeteiligten sehr abgespant waren, die Verhandlung auf den heutigen Morgen 9 Uhr.



# Schulgeldstaffelung · Dauerkleingärten

## Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordneten erlebten in ihrer gestrigen Sitzung einen Skandal, wie wir ihn seit 1919 schon lange nicht mehr gehabt hatten. Ueber die Stadtratswahlen, die von den Kommunisten durch ihr Toben und Rasen verhindert werden sollten, berichten wir an anderer Stelle unseres Blattes. Vor dem Vollzug dieser Wahlen wurde eine Reihe Anträge und Vorlagen erledigt. Zur Neufestsetzung des Schulgeldes und der neuen Staffellung, die der Magistrat vorlegte, äußerte Genosse Kawerau einige Wünsche. Nötig ist, daß die beschlossene neue Staffellung, die für die Kinderbemittelten günstiger als die bisherige ist, schnellstens in Kraft tritt. Den sozialdemokratischen Antrag wegen der Dauerkleingärten, den Genosse Wendi begründete, nahmen die Kommunisten zum Anlaß, sich wieder einmal bei den Laubentkolonisten anzubiedern. Genosse Wendi rief den Kommunisten unter die Nase, daß sie sich früher den Teufel was um die Laubentkolonisten gekümmert und damals den Kampf für die Dauerkolonien den Sozialdemokraten überlassen haben. Der Antrag wurde angenommen. Bei dem von den Kommunisten eingebrachten Antrag wegen des Hohenzollern-Bergleichts lärmten die Deutschnationalen, worauf die Kommunisten mit gesteigertem Lärm antworteten. Die weitere Debatte mußte wegen der Stadtratswahlen vertagt werden.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten brachten unsere Genossen folgende Anträge ein, die geschäftsordnungsmäßig erledigt werden wird:

„Ist der Magistrat bereit, die Gründe anzugeben, die ihn veranlaßt haben, die Vorschläge abzulehnen, die für die Reduzierung des Postens des städtischen Gewerbearztes von einem mit der Bewerberauswahl beauftragten Ausschuss des Verwaltungsausschusses des Landesamtes Berlin nach sachlichen Erwägungen einstimmig unter Befürwortung des Herrn Stadtmédizinalrates gemacht worden sind?“

Nach der meist debattierten Erledigung einer ganzen Reihe von kleineren Vorlagen und Anträgen begründete Stadtverordneter Günlich (Komm.) einen Antrag seiner Parteigenossen, der für die Berliner Arbeiterpartei eine Zulage von 25 000 M. für den Werbefond verlangt. Ohne Debatte wurde der Antrag an einen Ausschuss verwiesen. Dann begründete Genosse Reuter unseren Antrag, den

### Rettungsdienst auf den Berliner Gewässern in städtische Verwaltung

zu nehmen. Genosse Reuter betonte, daß die Unterschlagungen eines der Beschäftigten der Rettungsgesellschaft der Berliner Wassersportvereine den äußeren Anlaß für den Antrag gegeben haben. Aber auch grundsätzlich siehe unsere Fraktion auf dem Standpunkt, daß der Rettungsdienst auf den Berliner Gewässern durch die Stadt auszuüben sei. Stadtverordneter Günlich von den Kommunisten und der Demokratikerten haben für ihre Fraktionen zustimmende Erklärungen ab, wobei Reuter noch zu bedenken gab, daß nach verlässlichen Meldungen der Reichswasserschutz immer mehr abgebaut werden soll. Die Angelegenheit ging ebenfalls an einen Ausschuss. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die

### Ausweitung von Laubland als Dauerkolonie

verlangt, wurde vom Genossen Wendi bearbeitet. Auf Angriffe des Kommunisten Kreutzpaul erwiderte Genosse Wendi, daß sich die Sozialdemokratische Partei bereits mit den Kleingartenfragen beschäftigt hat, als an die Kommunisten noch nicht zu denken war. Jetzt benutzen die Kommunisten die Kleingartenfragen für ihre Agitationszwecke. Der Antrag wurde angenommen. Die Kommunisten hatten einen

## Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

Sie setzten sich auf einen spärlich bewachsenen, buckigen Abhang und packten aus. Hansele ah langsam und behaglich; Bruno nur wenig und gezwungen. Er hatte keinen Hunger, war wohl übermüdet, die Anstrengung zu wenig gewohnt. Er streckte sich auf der sanft abfallenden Fläche aus, fühlte nichts von ihrer feinsten Unebenheit und genoss in allen Gliedern die Wohlkult unendlicher Müdigkeit.

„Herr Hansele!“ sagte er aus dem Gefühl heraus, daß ein solches Wohlbehagen nicht ungefragt bleiben konnte, „es wird arg werden, wenn wieder weitergeht! Dann spürt man erst, was man hinter sich hat, nicht wahr?“

Der Führer antwortete nicht. Langweiliger Brummbär! dachte Bruno.

„Wir werden bald aufstehen müssen?“ fragte Bruno nach einer Weile wieder, weil es ihm unheimlich wurde, so lange keinen Laut von dem Menschen zu hören, der da neben ihm sah oder lag, nicht einmal ein Geräusch einer Bewegung.

Wieder keine Antwort!  
Er streckte die Arme aus, als dehne er sich, nur um den Menschen vielleicht zufällig irgendwie zu berühren. Nein. Er berührte niemand. Er tat, als drehe er sich in Faulheit um und rolle ein Stück nach der Seite, wo der Mann vorher gelang hatte. Aber er blieb an seinem Körper.

Da packte ihn Angst. Er vergaß alle Verschämtheit: „Ja, sind Sie denn nicht da, Hansele?“ schrie er und rief sich empör, die Hand um einen bemosten Stein gekramt und horchte nach allen Seiten. . . . Nichts!

Eine Stille, wie er sie nie noch in seinem Leben vordem gehört hatte, umgab ihn. Nicht das leise Rauschen des leichtesten Windes, kein Schwirren eines Insekts! Es war, als sei in dieser öden, toten Leere selbst die Luft versteinert. Ein feines Klingeln kam von fernher, schwoll an, schrillte verstaubend, rauschte, bohrte betäubend in seinem Kopf, daß er die Hände verzweifelt vor die Ohren schlug.

Was war mit dem Menschen geschehen? War er abgestürzt? Hatte er ihn in verbrecherischer Weise verlassen, die Geduld verloren? Er mußte seine Nerven arg hergenommen haben, auf diese ungewohnte Weise jemand durch solche Gefahren und Schwierigkeiten zu lösen! — Nein, das konnte doch nicht sein! Hätte er Hansele den Lohn vielleicht nicht vorausgegeben sollen? Niemand würde den Führer unten im Dorfe fragen, wo der Tourist geblieben sei. Abgestürzt! Natürlich, wenn ein Blinder so etwas wagte, war es nicht anders zu

### Antrag zum Fürstenergleich

eingbracht, nach dem der Magistrat ersucht werden soll, auf die preussische Staatsregierung einzuwirken, daß der Vergleich sofort rückgängig gemacht wird. Bei der Begründung durch den kommunistischen Fraktionsredner machten die Mitglieder der Rechtsparteien geschlossen so viel Krach, daß der Redner oft nicht zu verstehen war. Der Vorsteherstellvertreter Meyer (Dem.) teilte schließlich mit, daß er den Stadtverordneten Pfarrer Koch (Dnat.) gebeten habe, auf seine Parteifreunde beruhigend einzuwirken. Koch hätte dies aber abgelehnt, solange der vom Redner gebrauchte Ausdruck „moderne Raubritter“ nicht gerügt sei. Als der Redner seine Kennzeichnung mehrfach wiederholte, wurde er dreimal zur Ordnung gerufen. Der Vorsteherstellvertreter ließ schließlich darüber abstimmen, ob der Redner von der Sitzung auszuschließen sei. Die Linke jedoch lehnte das ab. Der Redner sprach also weiter, die Rechte machte ebenfalls weiter Spektakel; man hörte „Heil dir im Siegertranz“ singen. Offenbar kam es der Rechte wie den Kommunisten darauf an, die Sitzung zu sprengen, um die Wahlen der Stadträte hochziehen zu lassen. Inzwischen war der Zeitpunkt der Wahlen herangekommen.

(Bericht über die Stadtratswahlen siehe Hauptblatt.)

## Der Fall Stoelzel.

### Um die Bestätigung als Gymnasialdirektor.

Wer als sozialdemokratischer Beamter in Preußen-Deutschland dem neuen Staat offen und ehrlich zu dienen bemüht ist, der hat von vornherein mit der ausgesprochenen Gegnerschaft der bürgerlichen Kreise, nicht nur in seiner dienstlichen Tätigkeit, sondern auch im gesellschaftlichen und öffentlichen Leben überhaupt zu rechnen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese erbitterte bürgerliche Gegnerschaft bereits zur Vernichtung und Schwächung wertvollster Führerpersönlichkeiten (Ebert — Severing) geführt hat, ganz abgesehen von den Quälereien und Leiden, denen der weniger führende sozialdemokratische Beamte ausgesetzt ist.

Der Fall des Landeschulrats Dr. Stoelzel, Braunschweig hat in den letzten Monaten wieder einmal alle Seiten politischer und persönlicher Verfolgungslust vor uns aufgedeckt. Stoelzel wurde im Jahre 1920 als wissenschaftlich und pädagogisch wertvoller fortschrittlicher Schulmann zum Leiter des braunschweigischen Schulwesens ernannt. Noch bevor er seinen Dienst antrat, nahm die Organisation der Philologen den Kampf gegen den Sozialdemokraten Stoelzel auf, dem sie als Kollegen und Fachmann nichts anhaben konnten und der deshalb auf dem Wege über Verleumdung und gesellschaftliche Vergiftung in Schwierigkeit und Gefahr gebracht werden mußte. Kein Wunder, daß der im Verwaltungswesen noch unerfahrene Studienrat Stoelzel bald nach seinem Dienstantritt auf Grund eines dienstlichen Fehlgreifens — er hatte einen intriganten philologischen Gegner zu einer dienstlichen Aussage veranlassen wollen — wegen Nötigung der Staatsanwaltschaft überlistet und von der braunschweigischen Stahlhelmjustiz verurteilt werden konnte. Kein Wunder auch, daß nach dem ganz selbstverständlichen Erfolg dieser Strafe die Hege gegen den Sozialdemokraten, deren Erfolg man schon sicher in der Tasche zu haben glaubte, mit verstärkter Riedertracht wieder aufgenommen wurde.

Bis Ende 1924 konnte Stoelzel dann ein gutes Stück tüchtiger Schularbeit leisten. Als aber am 24. Dezember 1924 infolge des ungünstigen Wahlausfalls mit Unterstützung des völkischen Schullehrers Riese, der bei der braunschweigischen Fürstenabfindung die bekannte traurige Rolle gespielt hat, die neue Stahlhelmregierung zustande kam, da war die erste Maßnahme dieser Regierung, daß Stoelzel am 27. Dezember aus dem Dienst gejagt wurde. Von diesem Tage an hat man sich dann eifrig daran gemacht,

Material zur völligen Vernichtung Stoelzels zusammenzutragen. Es kam zur Einfeldung und Durchführung eines Verfahrens wegen Betrugtes und Amtsmißbrauchs. Die erste Instanz verhängte auf Grund eines völlig unhaltbaren Materials eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und Aberkennung der Fähigkeit, für die Dauer von zwei Jahren ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Die zweite Instanz konnte unter dem Druck der für Stoelzel sprechenden Tatsachen von allen Anschuldigungen nur noch drei Fälle aufrecht erhalten, in denen sich Stoelzel durch Benutzung der dritten Wagenklasse bei Kostenerstattung für die zweite des Betrugtes schuldig gemacht haben sollte. Aber auch in diesen drei Fällen mußte das Gericht, um zu einer Beurteilung zu kommen, völlig unmögliches Beweismaterial als beweisträftig gelten lassen.

Erster Betrugsfall: Stoelzel kommt von Braunschweig mit dem Zuge in Harzburg an. Ein deutschnationaler Studienrat sagt als einziger Zeuge aus: „Stoelzel tauchte unmittelbar nach der Ankunft des Zuges neben mir auf. Da die Wagen zweiter Klasse schon vorübergefahren waren, kann Stoelzel nur aus der dritten Klasse ausgestiegen sein.“ — Schlussfolgerung des Gerichts: „Stoelzel ist in diesem Falle dritter Klasse gefahren, hat auch eine Fahrkarte dritter Klasse gehabt, ist also des Betrugtes schuldig befunden.“

Zweiter Betrugsfall: Stoelzel fährt mit deutschnationalen Philologen von Schöningen nach Helmstedt dritter Klasse. Die Philologen erklären als Zeugen: „Stoelzel hat eine Fahrkarte dritter Klasse gehabt. In Helmstedt haben wir uns getrennt. Wie Stoelzel weitergefahren ist, wissen wir nicht.“ Stoelzel erklärt dazu: „Ich habe neben der Fahrkarte dritter Klasse eine D-Zug-Zuschlagkarte gehabt, um von Helmstedt den D-Zug nach Braunschweig zu benutzen. Ich habe dann der Einfachheit wegen wahrscheinlich zweiter Klasse, weil dritter Klasse mit D-Zug-Zuschlag bei der kurzen Entfernung dem Fahrpreis zweiter Klasse ungefähr gleichkam, möglicherweise noch darüber hinausging.“ — Schlussfolgerung des Gerichts: „Des Betruges schuldig.“

Dritter Fall: Zwei Damen beschwören, daß Stoelzel an einem bestimmten Tage von Seesen nach Braunschweig dritter Klasse gefahren sei und daß Stoelzel schon vor Seesen im Zuge gefahren haben muß. Demgegenüber ist durch Zeugenaussage und Aktenvorgänge erwiesen, daß Stoelzel erst in Seesen in den Zug gestiegen ist. Stoelzel behauptet ferner, daß er an diesem Tage tatsächlich eine Fahrkarte zweiter Klasse gehabt habe und nur aus bestimmten Gründen dritter Klasse eingestiegen sei. — Schlussfolgerung des Gerichts: „Stoelzel hat schon vor Seesen in der dritten Klasse des Zuges gefahren; er hat eine Fahrkarte dritter Klasse gehabt; er ist des Betruges schuldig.“

Diese drei Schlussfolgerungen des Gerichts an der Hand dieses Materials stehen in der deutschen Rechtsprechung einzig da. Der gesunde Menschenverstand kann sich unglaubliche Rechtsprechung einfach nicht begreifen. Für alle anständigen Zeitgenossen kann es bei solcher Lage der Dinge nur eine Meinung geben: Hier ist wieder einmal ein republikanischer Beamter der widerlichsten politischen Rachegeleusen zum Opfer gefallen. Staatsinteresse und Gerechtigkeit verlangen, daß die auch hier zutage getretene politische Rechtsprechung so behandelt wird, als wenn sie überhaupt nicht vorläge. Der Landeschulrat Stoelzel ist also nach wie vor als rechtschaffener, ehrenwerter republikanischer Beamter zu betrachten und seinen Fähigkeiten entsprechend in öffentlichen Diensten zu verwenden. Stoelzel soll nun auch, ganz in Übereinstimmung mit dem eben zum Ausdruck gebrachten Gesichtspunkt, an anderer Stelle wieder Verwendung finden. Er ist zum Direktor eines Berliner Gymnasiums gewählt worden. Ein Antrag auf Bestätigung dieser Wahl liegt dem Ministerium bereits vor. Und schon geht wieder ein widerwärtig heuchlerischer Entrüstungssturm durchs Land. Elternschaft und Philologenwelt sollen mobil gemacht werden, um ein Opfer niederträchtiger politischer Verfolgung restlos zu vernichten. Man kann nur wünschen, daß auch in diesem Falle fortgesetzter politischer Verfolgung der Wille eines republikanischen Ministers stärker ist als die Treibereien aller offenen und heimlichen Feinde der Republik.

Genosse Pfarrer Dieler spricht am Sonntag, den 31. Oktober, in Reudölln in der Philipp-Blanchthorn-Kirche Brammstraße 10 in einer religiösen Feierstunde um 6 Uhr über das Thema: „Rein Friede ohne Freiheit.“

erwarten. Man würde ihm nur in freundschaftlicher Teilnahme einen Vorwurf machen, daß er sich so etwas hätte überreden lassen. Das wußte der Mensch. Aber war es möglich, daß jemand nur um einer lästigen Arbeit zu entgehen, ein Leben auf sein Gewissen nahm? Was half es, daß es ganz unmöglich schien? Der Mann war nun einmal nicht da. Was sollte Bruno anfangen? Er hatte ihn nicht weggegeben gehört, war so im Genuß der Ruhe eingesponnen, halb träumend dagesessen, ohne auf irgend etwas um sich her zu achten. Konnte nicht ein unvorsichtiger Schritt dem Führer das Leben gekostet haben? Gerade Leute, die mit der Segend und ihren Gefahren vertraut waren und sich auf ihre Übung und Geschicklichkeit verlassen konnten, waren zuweilen leichtsinnig.

Immer noch hochte er in seiner halb ausgerichteten Stellung und horchte nach allen Seiten. Er wartete, und die Untätigkeit steigerte das erdrückende Gefühl seiner Verlassenheit.

Er war rettungslos verloren. Wohin sollte er denn? Da sprang er plötzlich in wilder Entschlossenheit auf, hielt kramphast alle Ueberlegung von sich fern und wollte ganz langsam weitergehen. Es gab ja Wunder! Vielleicht begegnete er anderen Touristen, vielleicht. . . . Aber nach zwei Schritten kehrte er wieder um und setzte sich auf das nämliche kleine, immerhin ein wenig bewachsene Plätzchen, das ihm doch etwas sicherer und fast vertraut schien gegenüber der unbekannten, grauenhaft leblosen Umgebung.

Bei jedem Schritt zu denken: Jetzt gehst du geradeswegs in die stupide, zwecklose Vernichtung! Und dann würde er ja doch einmal innehalten, nicht weiter können oder wollen und hätte nicht ein so bequemes Plätzchen wie hier, um auf den Tod zu warten. Er war immer für das Leiden, das Dulden besser ausgerüstet gewesen als für den Kampf, den Angriff. Er hatte sich zum Wagemut immer nur künstlich aufgestachelnd und im Selbstüberwinden, in der Auflehnung gegen die eigene Natur die höchste Steigerung seines Lebens gefehlt. . . . Hunger! Das würde das Ende sein! Noch hatte er keinen Rucksack voll und nicht die mindeste Lust, zu essen; aber das wußte schon kommen! Nun, davor fürchtete er sich nicht am meisten; das war es nicht!

Hier sah er, von allem Leben abgeschnitten. Das letzte Stückchen Welt, das ihm geblieben war, konnte er mit den Händen umfassen. Seine Zukunft leuchtete grell vor ihm auf in wunderbarer Erfüllung aller Wünsche und Pläne und schrumpfte dann zusammen — war nicht mehr da! Und die Vergangenheit umgab ihn, was sein gewesen war und noch hätte sein können, was unten auf ihn wartete, gleichsam die Hände nach ihm ausstreckte, ihn rief: Seine Nieder, von denen er so manche noch nie singen gehört hatte, seine Klavierstücke und vor allem die Anfänge, die Entwürfe, das unvollendete

Violinkonzert, das zu oberst in der linken, mittleren Lade seines Schreibtisches lag. Er wußte noch genau, wie er's hingelegt hatte, schräg in den Winkel geschoben; er hatte sich nicht mehr Zeit genommen, es ordentlich zu falten und zu schlüpfen, weil er seinen Koffer für die Reise zu packen hatte.

Und die Geliebte! Das Mädchen mit den weichen, kleinen, ungsagbar sanften Händen und der tiefen, so beweglichen Stimme. Er würde nie mehr einen Menschen lieber haben als sie! Wenn er es vordem nicht gewußt hätte, jetzt fühlte er es. Und er hatte sie nur hingehalten und sich selbst von dem Gedanken abzubringen versucht, weil er sich vor der Ehe, der Geborgenheit, vor der Bequemlichkeit gefürchtet hatte. So steife, theoretische Dinge ließ er über sein Leben entscheiden! Verdiente er nicht hier den Tod, ohne einen Finger rühren zu können, gleichsam in Langeweile entgegenzuwarten?

Aber kann man denn das Leben werten, verstehen, wenn es gewissermaßen daheim in der feuersicheren Kasse eingesperrt ist? Man muß es von sich fernhalten, unerreichbar fern, um im richtigen Abstand den Ueberblick zu haben und zu erkennen, was daran kostbar, wovon in Wahrheit unser Herz abhängig ist, und was nur in fortgeschleppter Gewohnheit eine Scheinnotwendigkeit erschwandelt hat. Was dachte er nun über sein Gefühl von der verschiedenen Wichtigkeit der Lebensfragen? Wie weit war er jetzt von der molligen, warmen Hingegenheit früher Stunden entfernt? Man liebt Situationen, nicht Menschen, hatte er immer gesagt. Und wie gleichgültig waren ihm nun alle anderen Mädchen, mit denen er sich zuweilen so gern unterhalten hatte; die Hilfslehrerin in seiner Schule, die er so oft neckte, weil er ihr leichtsinniges, ein wenig derbes Lachen gern hörte. Nichts war das! Nur zwei Menschen gab es, die unter all den anderen unten sein waren, zu denen er zurück wollte, die er hinterließ: Mutter Weik und die Geliebte!

Er preßte den Kopf gegen ein kühles moosiges Stückchen Felsen, sich von diesen Gedanken loszureißen.

Wie lange er wohl da schon sitzen mochte? Er zog seine Uhr hervor. Behutsam glitten seine Finger über das entblößte Rifferblatt hin. Wie, es war noch kaum mehr als eine halbe Stunde? Er hatte gedacht, die Nacht würde schon kommen. Ob er wohl ohne Uhr gefühlt hätte, wenn es Nacht werden würde? Jetzt fragte er schon so, wie die Lebenden ihn zu fragen pflegten! Wußte er nicht, daß er es fühlte? Es war eine andere Luft in der Nacht, konnte man es ausdrücken. Nicht nur, weil sie kühler und feuchter war, nein, das war sie vielleicht gar nicht. Beengt war sie und gedrückt, wie eingeschlossen von einer hohen, kalten, mit Schimmeln und Pilzen bedeckten Mauer.

(Schluß folgt.)

## Blumenmesse in der Funkhalle.

Ein großer Blumengarten ist dort entstanden, wo sich bei anderen Ausstellungen Stand an Stand reihen. Das Haus der Funkindustrie, noch vor kurzem das Heim düsterer Kriminaldelikte der Polizeiausstellung, hat seinen Charakter gewandelt. Steht man auf der Galerie, dann genießt man den Anblick einer sehr geschmackvollen Anordnung. In den Mittelpunkt der Halle hat man große Fächerpalmen gestellt, die Blumenrabatten und Grünanpflanzungen umgeben. Die Anlage durchziehen Wege. Kostbar sind die ausgedehnten Beete der Chrysanthem und Callien, ausserwählt schöne Exemplare hat man ausgestellt. Ihr Gelb und Grün ruht eingebettet in dem kalten Blau der Alpenweiden. In den Längs- und Schmalseiten sind kleinere Palmen aufgestellt, und an den Enden der Halle hat man zwei größere Flächen für den Tanz freigelassen. In den Rollen des Erdgeschosses und der Galerie zeigen verschiedene Berliner Großfirmen gartenkünstlerische Musterhypothesen. An Beispielen demonstriert man das schwierige Handwerk des Blumenwindens. Sehr interessant ist die Sonderausstellung prachtvoller Orchideen und anderer Modellblumen und Pflanzen, doch es gilt ganz besonders auf eine Abteilung hinzuweisen, die eine Reihe von Entwürfen moderner Ziergärten zeigt. Es handelt sich hier ja besonders um ein Problem, das viele Gartenbesitzer auch die kleiner Hausgärtchen angeht, denn die Zeit, in der man wahllos ein paar Blumen in das Gras pflanzt, ist vorbei, man strebt nach vernünftigen und übersichtlichen Anlagen. Jeder, der ein Gärtchen sein eigen nennt, und sei es auch nur ein bescheidener Vorgarten an staubiger Straße, sollte die hier gegebenen Anregungen in sich aufnehmen. Ueberall in der Blumenmesse zeigt sich ein kultivierter Geschmack und sie erfüllt den Zweck nachzuweisen, daß die Leistungen der Berliner Blumenzucht hohes Niveau einnehmen. Eine andere Frage ist es allerdings, ob ein Unterbinden der Einfuhr ausländischer Blumen von Nutzen ist. Schließlich muß man auch mit den Konsumenten rechnen. Die Blumenpreise sind heute geradezu unverständlich hoch, und man darf kaum annehmen, daß durch Schutzzölle oder ähnliche Dinge die Preise sinken würden.

## Ein dreister Raubüberfall im Tiergarten.

### Verstärkung der Polizeistreifen.

Ein frecher Raubüberfall wurde am Mittwoch nachmittag gegen 6 Uhr im Tiergarten in unmittelbarer Nähe des Neuen Sees auf ein junges Paar, das dort spazieren ging, verübt. Der Kaufmann Georg B. aus dem Neuen Ansbacher Straße ging zusammen mit einer Dame in Richtung des Großen Sterns durch den Tiergarten.

In der Nähe des Neuen Sees stürzten aus dem Gebüsch plötzlich drei bewaffnete Männer hervor und zwangen das Paar mit vorgehaltenem Revolver die Hände hochzuheben. Die Begleiterin rief um Hilfe, doch verhallten die Rufe in der um diese Zeit wenig belebten Gegend ungehört. Ein Bandit nahm die Durchscheidung der Kleider der Ueberfallenen vor und raubte eine Brieftasche mit einem geringen Geldbetrag und ein silbernes Zigarettenetui. Nicht genug damit, forderten sie unter andauernden Drohungen ihre Opfer auf, die Hände auszustrecken. Wohl oder übel mußten sie sich auch zur Herausgabe der Kleidungsstücke bequemen. So plötzlich, wie die Räuber auftauchten, verschwanden sie dann wieder im Dunkel des Tiergartens. Späterhin wurde festgestellt, daß kurz vor und nach Einbruch der Dunkelheit sich viel leichtsinniges Gesindel im Tiergarten herumtrieb. In letzter Zeit sind mehrfach Raubüberfälle auf einzeln gehende Fußgänger, besonders auf Frauen, verübt worden, ohne daß es gelang, die Täter zu fassen. Der obengeschilderte Ueberfall zeigt, mit welcher Dreistigkeit Banditen sich sogar an mehrere Personen heranwagen. Dieser letzte Fall ist von dem Kommando der Schutzpolizei zum Anlaß genommen worden, eine Verstärkung der für den Sicherheitsdienst im Tiergarten in Betracht kommenden Reitere vorzunehmen. Begrüßenswert ist die Nachricht, daß ein ständiger Patrouillendienst von Radfahrerstreifen schon in nächster Zeit eingerichtet werden soll. Auch Beamte der Kriminalpolizei sollen in Zukunft in erheblicherer Zahl als bisher für den Streifendienst eingesetzt werden.

## Fassadenkletterer in Berlin W.

Von Fassadenkletterern wurden in der vergangenen Nacht mehrere Wohnungen im Westen Groß-Berlins heimgesucht. Ein Ehepaar in der Sophie-Charlotten-Straße, das ein Fenster des Schlafzimmers offengelassen hatte, erwachte von mehreren Männerstimmen, die es auf dem Hofe hörte. Als es zum Fenster hinausah, um festzustellen, was es da unten gäbe, ergriffen die Männer die Flucht und entkamen. Erst jetzt entdeckten die Leute, daß sie, während sie schliefen, Besuch im Schlafzimmer gehabt hatten. Ein Mitglied der entflohenen Bande war als Fassadenkletterer vom Hofe aus über das hohe Erdgeschoss zum Teil an einem Weinspalier und zum anderen an der nackten Mauer emporgestiegen und durch das offene Fenster eingestiegen. Er hatte von dem Nachtschloß des Mannes eine goldene doppeltkapelige Herrenuhr mit goldener Kavalierkette und eine Reiseuhr mit Buchstaben im Etui und vom Nachtschloß der Hausfrau deren goldene Handtasche mit Inhalt gestohlen. Auch einen neuen Gehpfez, der erst am Abend vorher geliefert worden war und an der Tür gehangen hatte, hatte er mitgenommen. Mitteilungen über das Aufsuchen des gestohlenen Gutes und zur Ergreifung der Verbrecher an Kriminalkommissar Geißel im Zimmer 8 des Polizeipräsidiums. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte der Kletterer eine Stunde vorher schon einen Versuch in einem Hause am Königsberg gemacht. Hier war eine Tochter, in deren Schlafzimmer er eingestiegen war, sofort erwacht und hatte ihn verschreckt. — Ein anderer Kletterer kletterte durch ein Fenster in eine Wohnung im 1. Stock eines Hauses in der Regentienstraße ein und erbeutete für 2400 R. Herren-Wert- und Schmuckstücke, eine Uhr, Manschetten und Hemdenknöpfe usw. Den Rückweg nahm er wieder auf einem Sims entlang und an der Mauer herunter. — In der Lennestraße hatte der Dieb es leichter. Hier ließ er sich wahrscheinlich im Erdgeschoss einschleichen und durchsuchte mehrere Räume und Behälter, während der Wohnungsinhaber in einem Nebenzimmer schlief. Als er weder Schmuckstücke noch Geld fand, begnügte er sich mit mehreren Ueberziehern aus dem Ankleideraum und verschwand durch ein Fenster.

## Öffentl. Werbeveranstaltungen

Heute, Freitag, den 29. Oktober:

**Oberschöneweide:** 7<sup>1/2</sup> Uhr im Restaurant Blumengarten, Ostendstr. Referent: Hermann Lüdemann, R. d. L.  
**Hohenschönhausen:** 7<sup>1/2</sup> Uhr in der Säulenhalle, Mödernstr. 60-72. Referent: Bezirksverordneter Karl Liske.  
**Männer und Frauen, erscheint in Massen!**

## Der Autobusunfall in Mariendorf.

### Der Fahrer schuldlos.

Zu dem Autobusunfall in Mariendorf, über den wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, erfahren wir noch, daß die polizeiliche Untersuchung ergeben hat, daß den Fahrer keine Schuld an dem Unglück trifft. Lediglich um Unheil zu verhüten und das durchgehende Pferdegespann nicht zu überfahren, rief der Fahrer das Steuer scharf rechts herum, um vielleicht noch gut vorbeizukommen. Hierbei fuhr er jedoch mit ziemlicher Wucht gegen einen Chauffeebaum. Durch den heftigen Anprall wurden dann 14 Fahrgäste mehr oder minder schwer verletzt. Zwölf Personen konnten nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Zwei dagegen, die sich Knochenbrüche zugezogen hatten, verblieben im Standortlazarett zu Tempelhof, ihr Zustand gibt aber zu irgendwelchen Besorgnissen keinen Anlaß.



Das Libretto zu Winterbergs Operette „Der Günstling der Jarin“ ist annähernd im Scribescien Stil gehalten. Intrigenlustspiel mit historischem Hintergrund. — dieses Mal ist es der Hof Katharinas von Rußland —, dazu eine hübsche Frau in einer Hohenrolle, und Fürst Potemkin, der Erfinder der berühmten Potemkinschen Dörfer, der ungeborene Barbar, erscheint hier als parfümierter, lyrischer Tenor. Die Weltgeschichte wird aus der Perspektive des Referanten für Arienteile betrachtet, übrigens ist es merkwürdig, daß die erfolgreichsten Operetten der letzten Zeit wie etwa „Die Iberisina“ oder „Adrienne“ historische Stoffe behandeln. Vielleicht fällt den Komponisten mehr ein, wenn sie nicht Troits bringen müssen, wenn sie sich mehr lyrisch geben können, ein Unternehmen, das bei Fremden immer in die Gefahr des Risikos gerät. Winterberg, der das Genespiel selbst leitete, ist reich an Melodie, die trotz ihrer Originalität die besten Traditionen der Operette zeigt. Es bleibt nicht nur bei Einfällen, die künstlich zerkleinert werden, hier ist tatsächlich eine ununterbrochene, musikalische Linie vorhanden. Diese Musik ist nicht besonders sprühend und längerlich, sie gibt sich eher sentimental, streift hin und wieder das Opernhafe, aber die Instrumentation ist reizvoll und äußerst virtuos behandelt und vertieft auch bei der Uebertragung wenig von ihrem Charakter. Eine Operette, die immer von Situationen leben muß, kann nie im Rundfunk zur vollen Geltung kommen, immerhin ist hier, dank der blühenden Melodie, ein Kompromiß geschaffen, der befriedigt. Von den Solisten an erster Stelle Bötel's strahlend und dramatisch gelungener Operette. Maria Haffa-Grese prachtvoll als Sofia, und die Katharina Margret Blah-Waller-Reins von gutem Format. Die wirklich gelungene Uebertragung hatte nur einen Fehler: sie dauerte zu lange. Am Nachmittag Reklamation Platenscher Gedichte. Kalt sind diese Verse, aber vor ihrer Formvollendung neigt man sich.

## Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 29. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4 Uhr nachm.: Frauenfragen und Frauenorgen. Hildegard Margis: Schönheit und Zweckmäßigkeit der Wandbekleidung und ihre Behandlung. 4.30 Uhr nachm.: Die deutsche Heimat im deutschen Gedicht. 1. J. v. Eichendorff: Abschied. 2. Friedrich v. Schiller: Hoffmann. 3. J. v. Eichendorff: Wenn Gott will rechte Gunst erweisen. 4. W. v. Goethe: Ganymed. 5. Theodor Storm: Abscheu. 6. W. v. Goethe: Mahomeds Gesang. 7. Friedrich Hölderlin: Sonnenuntergang. 8. W. v. Goethe: Wanderers Nachtlied. 9. Matthias Claudius: Abendlied. 10. J. v. Eichendorff: Es war, als hätte der Himmel. 11. Friedrich Hebbel: Weihe der Nacht (Rezitationen von Irmela von Dulong). 5-6 Uhr abends: Kammermusik. IV. Dem Gedenken Beethovens (1770-1827). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Berufsberater Otto Friedrich: Der gegenwärtige Stand der kaufmännischen Berufsausbildung. 6.55-8.15 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 6.55 Uhr abends: Abteilung Philosophie. Dr. Arno Schirokaner: Sprache und Dichtung. 7.20 Uhr abends: Abteilung Kulturgeschichte. K. W. Goldschmidt: Deutsche Kulturgeschichte im Umriß. (Der mittelalterlich-gothische Mensch). 7.45 Uhr abends: (Hochschulkurse). Abteilung Technische Naturwissenschaft. Dr. A. Marcuse: Wissenschaftliche Grundlagen der Luftschiffahrt in allgemeiner Darstellung. (Das Fortbewegungsproblem in der Luft). 8.15 Uhr abends: Fr. G. Knöpfke: Drei Jahre deutscher Rundfunk. 8.30 Uhr abends: 200 Jahre Orchestermusik. VIII. Haydn-Mozart. Dirigent: Georg Szell von der Berliner Staatsoper. Solist: Prof. Paul Rembt, Horn. 1. Einleitende Worte (Rud. Kastner). 2. Mozart: Sinfonie in G-Moll (K. V. 550): Allegro molto — Andante menuetto — Allegro assai. 3. Mozart: Konzert für Horn und Orchester in Es-Dur (K. V. 447): Allegro — Larghetto — Allegro (Professor Paul Rembt). 4. Haydn: Sinfonie in G-Dur, Nr. 88: Adagio (Allegro) — Largo — Menuetto — Finales (Allegro con spirito). (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Freitag, den 29. Oktober.

12-12.30 Uhr nachm.: B. K. Graef: Sprechtechnik für Schüller. 3-3.30 Uhr nachm.: G. v. Eyserson. C. M. Alfieri: Spanisch. 3.30 bis 4 Uhr nachm.: B. K. Graef: Die Kunst des Sprechens; der gesundheitliche Wert der Tiefstimmung. 4-4.30 Uhr nachm.: Dr. Käthe Gaebel: Die Berufsgliederung des deutschen Volkes. 4.30-5 Uhr nachm.: Prof. Dunkmann: Streifzüge in das Gebiet der Pädagogik von einem Soziologen. 5-6 Uhr abends: Medizinalrat Dr. Slawyk: Die physikalische Erforschung des Mikrokosmos. 8-8.30 Uhr abends: Prof. Dr.-Ing. Laudien: Das elektrische Heizen. 6.30 bis 7 Uhr abends: Prof. Dr. Wagemann: Konjunkturforschung und Wirtschaftspraxis. 7-7.30 Uhr abends: Dr. Margot Rieß: Der Arbeiterkünstler. 7.30-8 Uhr abends: Prof. Stein: Die Bedeutung der Kreditgenossenschaften. Ab 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

## In der Bannmeile.

### Verurteilte rote Frontkämpfer.

Auf einer Propagandafahrt verirrte sich ein plattierendes Auto mit Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes und des Fichtereins in die Bannmeile. Am Wittenbergplatz hatte der Führer der Kolonne erklärt, es ginge jetzt nach Hause; er hatte sich zum Chauffeur gesetzt und die Leitung übernommen.

Das Auto fuhr schnell durch die Kleist- und Bülowstraße, durch die Potsdamer Straße, über die Potsdamer Brücke hinweg zum Potsdamer Platz. Hier ereilte es das Schicksal. Die Bannmeile war bereits an der Potsdamer Brücke überschritten. Der Schupo-posten hatte ihm aber an dieser Stelle mit majestätischer Handbewegung nicht etwa den Weg verwehrt, sondern im Gegenteil ihm die Bahn frei gegeben. Der Posten auf dem Potsdamer Platz war dagegen besser unterrichtet. Die Namen der Autofahrer wurden notiert und alle 27 erhielten von der Polizei Strafmandate von je 6 Mark oder je zwei Tage Haft. Der Führer der Kolonne nahm den Strafbefehl an. Die übrigen 26 legten jedoch Berufung ein. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte erklärten sie gestern, sie fühlten sich von jeder Schuld frei. Erstens hätten sie nicht gewußt, daß der Potsdamer Platz bereits zur Bannmeile gehöre. Zweitens wäre es Pflicht des Polizeibeamten an der Potsdamer Brücke gewesen, sie am Weiterfahren zu hindern. Drittens hätten sie während des Fahrens auch nicht den Chauffeur veranlassen können einen anderen Weg zu wählen oder etwa aus dem Auto springen können. Die Verantwortung trüge der Chauffeur und der Führer. Der Richter ermäßigte die Strafe auf je 3 Mark oder je einen Tag Haft. Er führte aus, daß selbst dann, falls die Angeklagten sich in einem Rechtsirrtum befunden und geglaubt hätten, daß die Potsdamer Straße nicht zur Bannmeile gehöre, sie trotzdem zu bestrafen wären, ein Rechtsirrtum entschuldigend nicht. So ganz klar scheint der Fall doch nicht zu liegen. Unter allen Umständen konnten die Angeklagten sich mit Recht auf die Unterlassung des Schupo-postens berufen.

## Diebstähle in der Villa Schnabel.

Die in dem Testamentsprozeß verurteilte Witwe des Professors Schnabel hielt sich seit dem Tode des Professors zu ihrer einzigen Bedienung einen jetzt 19-jährigen Diener Max Schwinzer. Dieser Diener hauste oft wochenlang allein in der großen Villa auf der Unteren Plantage in Potsdam, wenn Frau Schnabel sich bei ihrer Freundin an Kurfürstendamm in Berlin aufhielt. Diese Zeit vor und nach dem Prozeß hat der Diener dazu benutzt, die Villa nach Strich und Faden auszulündern. Es fehlten kostbare Silbergeräte, Teppiche, Kleidungsstücke, ja selbst eine eiserne Bettstelle hat der junge Mann per Kahn nach Potsdam übergesetzt und bei Händlern verkauft. Der größte Teil der Sachen ist jetzt bei Gewerbetreibenden ermittelt worden. Die Polizei mußte einen Wagen holen lassen, um die Sachen zur Kriminalpolizei zu schaffen. Der Diener ist verhaftet.

## Staat und Kirche.

Eine öffentliche Frauentagung veranstaltete die Freie Schulgemeinde Brenzlauer Berg gestern abend im Saalbau Friedrichshain. Das Referat wurde von Bürgermeister Genossen Dr. Ostrowski gehalten. Er führte aus, daß unser Staat heute durchaus weltlich eingestellt sei, und zwar in dreifacher Hinsicht. Erstens durch das Wirtschaftsleben, dann durch die Politik und endlich durch das Gemeinschaftsleben. Es sei Heuchelei, wenn dies von gegnerischer Seite bestritten wird. Die Kirche fragte durchaus nicht nach der religiösen Einstellung des Menschen, und in der Politik bringen unsere Gegner zwar immer sehr viel an „christlicher“ Entrüstung auf, aber ihre Taten sind durchaus nicht christlich. Wir können nicht von der Forderung abgehen, daß eine Trennung der Kirche vom Staat herbeigeführt wird. Die Kirche beschränkt sich durchaus nicht auf die Pflege des religiösen Empfindens, sondern sie verjucht ihren Einfluß auf das gesamte Staatsleben zu vergrößern. Es ist nicht zu bestreiten, daß heute die Dinge anders liegen als vor dem Kriege. Trotzdem bleibt uns noch viel zu tun übrig, um überall die weltliche Schule einzuführen. Weltliche Schulen haben sich überall bewährt. Mögen auch jetzt noch die Widerstände gegen sie groß sein, so sind wir doch davon überzeugt, daß wir zu unserem Ziele gelangen werden. Die Ausführungen fanden lebhaften Zustimmung.

**Bejektivierungsausschuß Groß-Berlin.** Nächste Theatervorstellung am Sonntag, den 28. November, im Theater der Volkshäuser am Bülowplatz. Zur Aufführung gelangt „Nachtall“, Szenen aus der Fiesle von Karim Gorki. Preis der Karte einschließlich Kleiderablage und Theaterzeitel 1,20 Mark. Karten sind in allen bekannten Verkaufsstellen zu haben.

**Vollstunde in Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch.** Anfang November d. J. beginnen die neuen Anhängerturse (Abendunterricht) in den obigen Sprachen für Teilnehmer ohne jegliche Vorkenntnisse; außerdem neue Abendkurse (Nachmittagsunterricht). Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittelkurse eingerichtet. Anmeldungen schriftlich oder persönlich bei H. Raab, B. 57, Nietenstraße 6 (nahe Rollendorfsplatz). Sprachschule der Arbeiter und Angestellten.

**Dampferzusammenstoß in Hamburger Hafen.** Der aufkommende Hamburger Dampfer „Hudikspall“ stieß mit dem von Harburg kommenden und in See gehenden englischen Dampfer „Swiftsure“ zusammen, der an der Backbordseite, unterhalb der Raimmandobrücke, schwer beschädigt wurde. Die „Hudikspall“ erlitt Schaden am Vordersteven.

**Der Tod in den Flammen.** In der Nacht zum Donnerstag brach in Eppendorf bei Chemnitz in dem Anwesen des Gutsbesizers Neubauer ein Großfeuer aus, durch das die Stallgebäude und die Scheunen bis auf die Umfassungsmauern vernichtet wurden. Viel Vieh ist in den Flammen umgekommen. Das Wohnhaus konnte gerettet werden. Der Besitzer selbst fand in den Flammen den Tod. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt.

**Zweifaches Todesurteil.** Im Jahre 1919 waren in einem Walde bei Neuwied zwei männliche Leichen gefunden worden, die als die Leichen zweier Männer aus dem Ruhrgebiet erkannt wurden. Die beiden Männer wollten, mit größeren Geldbeträgen versehen, im Westermid auf Schleichwegen Lebensmittel laufen. Der Verdacht lenkte sich nach Jahren auf den Händler Jakob Hoppen aus Breitscheid, der heute trotz seines Bekenntnisses des Verbrechens als überführt erachtet und wegen Raubmordes zweimal zum Tode verurteilt wurde.

**Unfall des schienenlosen Zuges.** Der amerikanische schienenlose Zug, der auf einer Reise um die Erdkugel zurzeit Deutschland durchfährt, wurde, von Lignitz kommend, in Görlitz von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge vergeblich erwartet. Er war infolge der aufgewickelten Fahrstraße bei Lauterbach (Kreis Löwenberg) in einen zwei Meter tiefen Schloßgraben gefallen und umgeschlagen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden dürfte nicht unerheblich sein.

**ATA** Henkel's Scheuerpulver **ideales Herdputzmittel**



# Die Femebestien von Küstrin vor Gericht.

Ein grauenvolles Kulturbild. — Tagelang gefoltert, dann ermordet.

In der Nachmittagsverhandlung verhörte der Vorsitzende weiter den Angeklagten Schiburr, der den ermordeten Gröschke in der grausamsten Weise gefoltert hatte.

## Länger als acht Tage täglich gefoltert!

**Vors.**: Ich frage Sie nochmals, Angeklagter, wie stellten Sie denn fest, daß die Aussagen falsch waren? **Angekl.**: Sie waren falsch, wenn er mit seiner Aussage zögerte. **Vors.** (heftig): So, wenn er zögerte, dann bekam er Prügel und dann wußten Sie auch, daß die Aussagen falsch waren und dann haben Sie auf diesen armen mehrlosen Mensch losgeschlagen? **Angekl.**: Ich habe nur den Befehl meiner Vorgesetzten ausgeführt. **Vors.**: Sie sind Soldat gewesen, Sie mußten ganz genau wissen, daß zu einer unrechtmäßigen Handlung, zu der auch das Schlagen eines anderen gehört, Sie kein Vorgesetzter in der Welt zwingen konnte. Mann, haben Sie denn gar kein Ehrgefühl im Leibe? **Angekl.**: Gröschke war doch aber als Kommunist bekannt. **Vors.**: Das ist ja das Schreckliche. Es ging das Gerücht, er sei Kommunist und schon war dieser Mann überführt. Das nenne ich in der Tat ein abgekürztes Verfahren. Hat denn der arme Gröschke nicht geweint und gebeten: „Schlagt mich doch nicht!“? **Angekl.**: Nein. **Vors.**: Was muß das für ein tapferer Mann gewesen sein. Er hat nicht geweint und geflücht und wie haben Sie ihn geschlagen. Es werden Zeugen kommen, die bekunden, daß Sie mit dem Koppel berart auf den Wehrlosen eingeschlagen, daß das Koppelschloß sich im Fleisch abzeichnete. **Angekl.**: Herr Vorsitzender, der Mann ist nicht sehr geschlagen worden.

Wenn er eine vierwöchige ärztliche Behandlung gehabt hätte, wäre er wieder gesund geworden.

(Große Bewegung im ganzen Saal.) **Vors.**: Angeklagter, dieser Gröschke hat sicherlich sein Gehirn zermartert, um Ihnen etwas sagen zu können, damit die Morde aufhöre. Er hat ausgezagt und ausgezagt, aber alles war Ihnen nicht genug. Nicht einen Funken Mitleid haben Sie im Herzen mit Ihrem Opfer gehabt. In jedem Menschen reißt sich doch schließlich einmal das Mitleid. Er geht an seinen Gefangenen heran und sagt: „Nimm doch Vernunft an, sage aus.“ Nichts haben Sie getan.

Tag für Tag haben Sie den Gröschke im Arrest geschlagen.

Haben Sie denn niemals irgend einen anderen Menschen gefragt, ob das denn richtig sein könnte, was man über Gröschke behauptete? **Angekl.**: Es ging das allgemeine Gespräch, daß etwas an den Beschuldigungen sein sollte. **Vors.**: Es ging das allgemeine Gespräch, daß etwas an den Beschuldigungen sein sollte, das hat Ihnen genügt. In mittelalterlicher Form haben Sie den armen Menschen geplagt. Hat denn dieser niemals vor Schmerz und Qualen geweint. **Angekl.**: Er hat sich zusammengerückt und gestöhnt. (Große Bewegung.)

**Vors.**: An wieviel Tagen haben Sie denn den Mann geschlagen? **Angekl.**: Acht bis ...

(nach kurzem Ueberlegen.) Ich kann das nicht mehr genau sagen. **Vors.**: Wie haben Sie denn nun erfahren, daß Gröschke aus der Zelle verschwunden war. **Angekl.**: Eines Morgens hieß es, er sei ausgefliehen.

Auf die weitere Frage des Vorsitzenden, ob sich auch Schulz in die Zelle des Gröschke begeben habe, erklärte der Angeklagte, er habe gesehen, wie Schulz zusammen mit Raphael in der Richtung der Zelle durch den Gang im Fort gegangen sei. Ob er tatsächlich in der Zelle war, wisse er nicht. Trotz eindringlicher Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß er in der Voruntersuchung ausdrücklich angegeben habe, Schulz sei in der Zelle gewesen, bleibt der Angeklagte bei dieser Darstellung.

## Die Verteidiger werden nervös.

Im Anschluß hieran kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden. Dieser bezeichnete es doch als sehr komisch, daß man sich über die angebliche Flucht des Gröschke so beruhigt habe, denn man habe diesen doch für einen Kommunisten gehalten und hätte nun seine Rache fürchter müssen. (Vors. zum Angeklagten Schiburr): Sie hatten wohl eine gewisse Befriedigung darüber, daß Gröschke tot war und daß er Ihnen nicht mehr schaden könne. **R. A. Dr. Sad** (springt auf): Ich muß beanstanden, daß hier an dem Verhalten des Angeklagten eine abfallende Kritik geübt wird, und daß Suggestivfragen gestellt werden. Ich bitte doch, die Vorschriften der Strafprozeßordnung zu beachten. **Vors.**: Ich habe nicht die Absicht, mich in meinem Fragerecht einschränken zu lassen. In Suggestivfragen wird wohl auch von der anderen Seite gesündigt. Wenn der Angeklagte antwortet, dann ist es mein Recht, ihn zum Sprechen zu veranlassen. Wenn Sie wünschen, können Sie ja darüber eine Entscheidung des Gerichts herbeiführen. **Justizrat Hahn**: Auch die Verteidigung hat den Wunsch, alles aufzuklären. Aber die letzte Bemerkung des Vorsitzenden ist keine Frage. Auch Rechtsanwalt Bremer-Angermünde schloß sich diesem Protest an.

**Vors.** (sehr scharf): Eher lege ich den Vorfall nieder, als daß ich irgendetwas unterlasse, das ich zur Aufklärung für notwendig erachte. (Große Bewegung.)

**R. A. Dr. Sad**: Es ist in der Strafprozeßordnung verbrieft, daß der Vorsitzende dem Angeklagten nur Vorhaltungen zu machen hat. **Vors.**: Das ist auch geschehen, ich habe weiter keine Frage an den Angeklagten.

**Vors.**: Was dachten Sie sich dabei, als Sie hörten, daß Gröschke im Walde als Leiche gefunden worden war? **Angekl.**: Gar nichts! Ich habe auch nicht danach gefragt. **Vors.**: Sie haben den Untersuchungsrichter gesagt, daß Sie in der Zelle Gröschke Oberleutnant Schulz und Oberleutnant Raphael gesehen haben. Wann war das? **Angekl.**: Bei dieser Aussage habe ich mich geirrt. **Vors.**: Hat Oberleutnant Raphael eine Aeußerung getan, aus der Sie entnehmen konnten, daß Gröschke ermordet worden war? **Angekl.**: Es war am nächsten Morgen nach seinem Verschwinden.

das allgemeine Gespräch, er sei mit dem Auto herausgeholt und ermordet worden.

**Vors.**: Endlich kommen Sie damit heraus. Wurde auch erzählt, daß Oberleutnant Raphael den Gröschke ermordet hätte? **Angekl.**: Das nicht, aber man hatte beobachtet, daß Klapproth und Büchling in dem Auto saßen. **Vors.**: Das Auto konnte ja doch auch den Gröschke möglicherweise nach Küstrin bringen. Warum dachte man denn allgemein an Mord? **Angekl.**: Weil der Wagen zur Nachtzeit kam und nachts wegzubr. Dazu mußte er, um aus dem Fort herauszukommen, die Genehmigung von Oberleutnant Raphael haben.

## Vernehmung des Angeklagten Graech.

Der Angeklagte Hans Graech schilderte, daß er in Küstrin sich zu einer 12jährigen Dienstzeit verpflichtet hatte und daß er auf Fort Gorgast abkommandiert worden sei. Ich wurde als einfacher Soldat eingestellt, bekam Gewehr und Uniform. Nach kurzer Zeit wurde ich Unteroffiziersdienstverpflichtet. Ich hielt militärischen Unterricht; ab und zu wurde viele Studenten aus, mit denen wir Schießübungen usw. machten.

**Vors.**: Sie selbst sind auch einmal fürchterlich mißhandelt worden, schildern Sie das einmal. — **Angekl.**: Das war im August 1923. Ich wurde damals auf die Schreibstube gerufen. Ich war dafür bekannt, daß ich ein sehr strammer Soldat war, der seinen Dienst streng tat und sich nichts zuzulassen kommen ließ. Um so mehr war ich überrascht, als auf der Schreibstube mir ein Mann mit einem Revolver in der Hand entgegentrat. Ich sagte: Mann, was wollen Sie denn? Der andere entgegnete: Halt das Maul, jetzt wird pariert und das Weitere wirst du sehen! Kurze Zeit darauf kam mein Vorgesetzter, Feldwebel Bus, der auch nicht wußte, weshalb er gerufen war. Plötzlich tat sich eine Tür auf und heraus stürzten 15 Mann mit langen Dienstgewehren. Man packte mich bei der Kehle, drehte mir die Handgelenke um und schleppte mich auf den Korridor. Ich klammerte mich, nachdem ich zu stehen versucht hatte, an das Treppengeländer, und um mich loszubekommen, brach man mir die Finger um. Dann wurde ich auf den Rücken gelegt, einer kniete auf mir und

ich wurde so geschlagen, daß beide Brustwarzen aufbrachen und das Blut nur so den Körper herunterfloss. So wurde ich etwa 20 Minuten geprügelt, als einer rief: Jetzt dreht das Schwein um und das noch mal.

Das geschah auch, und ich war zum Schluchzen nicht mehr fähig, mich selbstständig aufzurichten. Mit letzter Kraft schleppte ich mich auf mein Zimmer, fiel auf mein Bett und dann wusch ich nichts mehr. Als ich aufwachte, standen Sanitäter um mich herum, die mich behandelten. — **Vors.**: Weshalb sind Sie denn so furchtbar verprügelt worden? — **Angekl.**: Das weiß ich bis heute nicht. Ich lag 14 Tage auf meinem Zimmer, bis ich wieder einermachen gehen konnte. — **Vors.**: Nun erzählen Sie uns einmal etwas von Gröschke. — **Angekl.**: Ich kam eines Abends auf die Wache, weil dort ein furchtbarer Radau war, und sah in der Mitte der Kameraden den Gröschke stehen, der kein Jackett anhatte und dem das Hemd in Fetzen herunterhing. Der Angeklagte Becker sagte: Diesem Schwein müßte man eins mit dem Gewehr über den Kopf geben. Daraufhin sprang ein Mann mit dem Gewehr auf Gröschke zu und wollte ihn schlagen. Da aber bekam Becker Angst und sprang dazwischen. Gröschke wurde dann in die Zelle geführt und mehrere Tage lang hörte man gar nichts. Dann wurde ich eines Tages zu Raphael gerufen und ging in die Zelle Gröschkes, wo sich Oberleutnant Raphael, Becker, Borchardt, Schiburr und ein Mann namens Andelung befanden, der hier überhaupt noch nicht genannt worden ist.

## Klapproth redet dazwischen.

In diesem Augenblick beugte sich der Angeklagte Klapproth, der hinter Gröschke saß, vor, offenbar, um ihm etwas zuzurufen oder den Angeklagten Graech zu warnen. Graech fährt heftig herum und ruft Klapproth zu: Reden Sie mir nicht immer dazwischen, Herr.

**Vors.**: Fahren Sie in Ihrer Erzählung fort. **Angekl.**: Ich kannte Gröschke, der auch noch den Spitznamen „Schwarzer Bup“ hatte, ganz genau von Frankfurt her, wo wir uns oft auf dem Arbeitsnachweis getroffen haben.

Gröschke wurde nun in der Zelle von Klapproth gefragt, ob er Spitzel sei

und was er über die Kommunisten sagen könnte. Als Gröschke nichts sagte, sprangen Andelung und Schiburr auf ihn zu und schlugen ihn so lange, bis Raphael sagte: Aufhören. (Mit erhebener Stimme)

Schiburr war der Haupttäter, der Gröschke strangulierte und immer wieder geschlagen hat.

Einige Tage später mußte ich dann wieder in die Zelle kommen, und Gröschke bekam immer wieder Schläge auf Schläge. Ich bekam einen Gummiknüppel zum Schlagen, aber Schiburr drängte sich mit seinem Ochsenziemer immer wieder vor. **Vors.**: Als Gröschke dann verschwunden war, haben Sie da keine Blutspuren in der Zelle gefunden? **Angekl.**: Nein, ich habe auch wirklich geglaubt, daß er ausgerückt sei. Ich habe dann erst viel später in Küstrin an den Anschlagorten gesehen, daß er tot sei.

Es folgte dann die Vernehmung des dritten Angeklagten, des Landvolks Werner Rehm, der aus Riga stammt, jedoch in Berlin wohnt. Seine Aussagen enthalten nichts wesentliches. Hierauf trat die Mittagspause ein.

## Schwere Belastung von Schulz.

Die Nachmittagsverhandlung im Prozeß Schiburr und Genossen begann mit der Vernehmung des früheren Fähnrichs, jetzigen Landwirts Heinz Becker, die mit besonderer Spannung erwartet wurde, da Becker in der Voruntersuchung bereits Schulz schwer belastet hatte. Becker blieb auch in seiner geistigen Aussage in allen wesentlichen Punkten bei seiner Darstellung. Ende Juni 1923 habe er eines Abends auf der Wache Kraich gehört, sei mit dem Wachmeister dorthin gegangen und habe einen Anlauf von Kameraden gesehen, die sich um einen Mann mit langen schwarzen Haaren drängten, der ziemlich entbläht und blutüberströmt zur Seite gedrückt war. Er, Becker, habe den Vorfall dem Fortkommandanten, Oberleutnant Raphael, gemeldet, der die Inhabitation dieses Mannes, nämlich Gröschkes, anordnete.

Am anderen Tage, so gab der Angeklagte weiter an, begab ich mich in die Zelle, und zwar gingen mit mir Schiburr und Graech, weich letzterer den Gröschke ohrfeigte, als dieser bestritt, ihn, Graech, zu kennen. Ich glaube nicht, daß ich den Befehl gegeben habe, Gröschke zu schlagen oder ihm den „Mund zu öffnen“. Ich habe ihm wohl nur geraten, er solle antworten, sonst werde ich ihm der „Mund“ geöffnet werden. Ich hatte dann ein Protokoll der Angaben Gröschkes über kommunistische Waffenlager aufnehmen lassen, und zwar gab er an, daß in Frankfurt Flugzeuge vergraben seien, daß sich ein Waffendepot auf einem Kahn befände. Als ich ihn nach dem Namen von Hunderichsleitern fragte, nannte er mir eine Reihe von Berliner Kommunistenführern, und zwar angeblich ehemaliger Eisenbahnoffiziere und Kavalleristen. Nachmittags vernahm ich ihn nochmals und habe ihn dann an Hand seiner Angaben vom Vormittag umgekehrt gefragt, nannte immer Strauß und Hausnummer und ließ mir den dazu passenden Namen nennen. Gröschkes Antworten waren so genau, daß ich den Eindruck hatte, er sage die Wahrheit. Ich erstattete Oberleutnant Raphael wiederum Meldung, und dieser beauftragte Leutnant Schrent und mich, zur Abteilung nach Küstrin zu fahren, wo sich gerade Schulz befand, und ihm Meldung zu erstatten und um weitere Befehle zu bitten. Wir trafen Schulz im Geschäftszimmer der Abteilung. Er stellte verschiedene Fragen, worauf Schrent den Vorfall machte. Gröschke dem Gericht zu übergeben, was Schulz aber ablehnte, weil jener vorher in der Zentrale im Zeughaus zuviel Einblick bekommen habe.

Ziemlich unvermittelt richtete dann Schulz an mich die Frage, ob ich schon einmal jemand umgebracht habe.

Ich verneinte das und sagte, ich hätte immer nur meine Pflicht getan. Darauf fragte er mich weiter, ob in meiner neuen Heimat Moorlöcher seien, was ich ebenfalls verneinte. Darauf machte mir Schrent heimlich ein Zeichen und wir entfernten uns bald darauf, um zum Fort zurückzukehren.

**Vors.**: Ist nicht auch eine Andeutung von Gift gemacht worden? **Angekl.**: Ich glaube ja. In der Nähe der Kommandantur trafen wir dann Schulz noch einmal, und da sagte er, er habe kein Gift bekommen. Das war wohl an einem Freitag, am Sonnabend ging ich dann auf Urlaub und sah Gröschke dann nicht mehr. In Haule stellte ich dann fest, daß die Namen der ehemaligen Eisenbahnoffiziere, die Gröschke mir als Hunderichsleitern angegeben hatte, nicht stimmen konnten. Nachdem ich wieder zum Fort Gorgast zurückgekehrt war, meldeten sich eines Tages zwei Mann bei mir auf der Schreibstube, und zwar Klapproth (Billi) und Vogel als abkommandiert zu unserer Kompanie. Gleichzeitig wurde ich zum Geschäftszimmer befohlen, wo Raphael war und wo auch ein Feldwebel saß, der mir den Rücken zubredte, so daß ich sein Gesicht nicht sehen konnte. **Vors.**: Wann war das? **Angekl.**: Ich habe erst nachträglich erfahren,

daß das der Tag war, an dem Gröschke aus dem Fort verschwand.

Raphael sagte mir, die beiden abkommandierten Leute hätten sich etwas zuschulden kommen lassen und müßten auf Strafwasche, und zwar 4 Stunden hintereinander, ziehen. Ich ließ sie sofort auf Posten aufgeben, und zwar am Tor und an der Arrestzelle. Am nächsten Morgen wurde mir schon früh die Meldung erstattet, daß Gröschke von außen befreit und ausgebrochen sei.

(Schluß im Hauptblatt.)

Unübertroffen billig  
Jeder Hut  
Fesche jugendliche Formen und kleidsame Frauenhüte m. stotten Garnituren, in vielen Modifarben und schwarz

**JANDORF**

2.95

# Landwirtschaft und Arbeitslosenkrise.

## Soziale Fürsorge und hohe Löhne sichern den Lebensmittelmarkt!

Bis in die jüngste Zeit hinein haben die Klagen rechtsstehender Politiker und bekannter Führer des industriellen und agrarischen Großkapitals über die angeblich untragbaren Soziallasten nicht aufgehört. Besonders heftigen Angriffen waren die Ausgaben für die Arbeitslosen ausgesetzt. Man hat behauptet, daß die materielle Fürsorge für die Opfer der Wirtschaftskrise ein wirtschaftlich unproduktives System darstelle, ja man ist vor Beschimpfungen der Arbeitslosen nicht zurückgeschreckt. Ferner sind häufig genug Versuche unternommen worden, die tariflich festgesetzten Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten abzubauen, um auf diese Weise die schwächsten Schultern mit den Kosten der Krise zu belasten. Es wird für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften bleiben, daß sie alle Angriffe auf den Tariflohn mit Erfolg verteidigt, daß sie aber auch dafür gefordert haben, daß der Staat sich der Arbeitslosen und Kurzarbeiter annehme. Die dabei erzielten Erfolge sind gewiß noch nicht zufriedenstellend; was aber überhaupt erzielt worden ist, das verdankt die arbeitende Bevölkerung ihren Organisationen.

Jetzt kommen hervorragende Vertreter der Agrarpolitik und stellen fest, daß beides: die Erhaltung der Tariflöhne und die Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß der Markt für landwirtschaftliche Produkte in Deutschland überhaupt noch gehalten werden konnte. Wären Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht gewesen, so hätten wir in diesem Jahre eine neue, scharfe Agrarkrise erlebt. So führt Prof. Beckmann von der Landwirtschaftlichen Hochschule in Poppelsdorf bei Bonn in der neuen Auflage seiner Schrift: „Die wirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft“ zuerst aus, daß der

### Joll die Lage des Kornbaues nicht gebessert

habe. „Alle diejenigen, welche ihn der Landwirtschaft als Mittel empfohlen haben, haben sich getäuscht und der Landwirtschaft letzten Endes mehr geschadet als genützt.“ Und den Leuten, die trotz dieser bösen Erfahrungen den Roggenpreis nur durch neue Zollerhöhungen und andere Maßnahmen künstlich steigern wollen, sagt Beckmann: „Heute sieht jedermann ein, daß ein höherer Roggenpreis einfach am Konsum scheitern würde.“ Wie in den anderen Zweigen der deutschen Wirtschaft können die Krisenerscheinungen auch in der Landwirtschaft nicht beseitigt werden durch Erhöhung der Preise, sondern nur durch Verstärkung des Umsatzes, also durch Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung.

Wie sehr die Erhaltung des Marktes für Agrarprodukte vom Arbeitslohn und von der Arbeitslosenunterstützung abhängig ist, das erkennt Prof. Max Sering an, der in der Zeitschrift für Agrarpolitik folgendes darüber schreibt:

„Für die Befahrung im letzten Jahresdrittel 1925 und in den ersten Monaten 1926 wurde es von Wichtigkeit, daß die organisierte Arbeiterschaft eine Herabsetzung der Tariflöhne zu verhindern gewußt hat. Die Verminderung der Kaufkraft trifft also wesentlich nur das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Daß deren gemindertem Einkommen von entscheidendem Einfluß bei der Preisfestsetzung gewesen ist, läßt sich für die Milch mit Bestimmtheit aussprechen. Genauere Verbrauchsuntersuchungen würden wohl auch ergeben, daß sich eine neuerliche Verschiebung von den hochwertigen zu den niederwertigen Lebensmitteln vollzieht.“

Hier wird schon auf den anderen wichtigen Faktor hingewiesen, der einer Verschlechterung der Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft entgegengegewirkt hat, die Unterstützung der Arbeitslosen.

Und nun hören wir, was in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ der schon erwähnte Professor Beckmann schreibt:

„Es ist die Berarmung der deutschen Wirtschaft selbst, das Millionenheer der Arbeitslosen,

### der durch Armut erzwungene Käuferstreik,

der die deutsche Agrarkrise verschärft und die Teilnahme an besseren Weltmarktpreisen verhindert... In erster Linie hat die gut organisierte Arbeitslosenunterstützung den agrarischen Markt gehalten. Der Landbau selbst trägt zu den Kosten der Arbeitslosenunterstützung nur einen geringen Anteil, der durch Steuern aufgebracht wird. Bei der Verwendung für notwendige Lebensmittel steht er aber an erster Stelle. Milch- und Roggenpreis, vielleicht auch der Kartoffelpreis wäre nicht zu halten gewesen, wenn diese letzten Käufer nicht mitgezogen

hätten, denn in allen drei Produkten herrschte Ueberangebot, das auf den schwächsten Käufer zurückgreifen muß. Des anderen ist es nicht zu einer Herabsetzung der Tariflöhne gekommen. Die Masse konnte den gewohnten Verzehr fortsetzen und brauchte keine Lohnkürzung weiterzumwälzen auf das schwächste Glied, den nicht organisierten Landbau.“

Hier finden wir also von einer Seite, die wohl auch die deutschen Agrarier als autoritativ anerkennen werden, eine Bestätigung dafür, daß die sozial- und wirtschaftspolitischen Kämpfe, die die organisierte Arbeiterschaft zur Erhaltung ihres Lebensstandes führt, auch der deutschen Landwirtschaft zugute kommen. Welche Kurzsichtigkeit liegt nun darin, wenn vor einigen Tagen in einer Sitzung der Düsseldorf-Industrie- und Handelskammer Herr Dr. Simon, Vertreter der Hauptlandwirtschaftskammer für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, noch folgendes auszuführen wagt:

„Ein Hauptfehler der römischen Geschichte war die Begünstigung des hauptstädtischen Proletariats zu Ungunsten der Landwirtschaft. Fast daselbe sehen wir heute in Deutschland, eine Bevorzugung des städtischen Proletariats unter teilweiser Nichtachtung der schaffenden Stände, Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft. Ich brauche in diesem Zusammenhang nur Ihr Augenmerk auf die Arbeitslosenfrage zu richten.“

Allen Respekt vor dem Niveau der Versammlung der Düsseldorf-Industrie- und Handelskammer, die sich solche Weisheiten vortragen lassen!

### Erhöhung des Ertrages,

das ist das Ziel, dem die Landwirtschaft nach den Ausführungen der von uns genannten Agrarwissenschaftler zustreben muß. Dieses Ziel kann nach dem heutigen Stande der landwirtschaftlichen Technik erreicht werden. Die vergrößerten landwirtschaftlichen Ertragsnisse werden mühelos ihren inneren Markt finden, wenn die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung erhöht wird, das heißt, wenn die Löhne der Arbeiter und die Unterstützungen der Arbeitslosen wesentlich gesteigert werden. Daß diese Lohnsteigerung beim heutigen Stande der Technik und der Rationalisierung der Betriebe an vielen Stellen durchaus möglich ist, darüber kann es nach den Bilanzen der einzelnen Werke keinen Zweifel geben. Sie wird aber von den Unternehmern, die den Ueberdruck am Arbeitsmarkt zu ihrem Vorteil ausnützen, verhindert. Die Landwirte jedoch, von ihren politischen Führern irreflektet, wundern sich, wenn infolge dieser Verhältnisse ihr die Kunden für Qualitätswaren fehlen, und nur allzu viele unterliegen der großagrarischen Demagogie, die den Industriearbeiter zum niedrig bezahlten Knecht machen will, ohne zu bedenken, daß sie damit den besten Abnehmer vernichten!

Wir sehen also, wie töricht es ist, Arbeiterbewegung und Landwirtschaft in einen Gegensatz zueinander zu stellen. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben dafür gekämpft, daß der Tariflohn trotz Krise erhalten blieb, daß die Arbeitslosen und Kurzarbeiter in hinreichendem Maße unterstützt werden. Sie werden ihre Anstrengungen verdoppeln, um bei einer allgemeinen Reubelebung der deutschen Wirtschaft eine wesentliche Erhöhung der Löhne und Gehälter durchzusetzen und die Unterstützungen für die Arbeitslosen auf einen Stand zu bringen, der eine menschenwürdige Existenz gewährleistet. Damit dienen Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht allein den Arbeitern selbst: sie schaffen die Grundlagen dafür, daß die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft gesteigert wird und die Absatzmöglichkeiten für Agrarprodukte wesentlich vergrößert werden.

Eugen Prager.

### Die Subventionen für das Siegerland.

#### Der bisherige Erfolg. — Vorläufige Fortsetzung.

Am Dienstag, den 26. Oktober, verhandelte im Preussischen Landtag der Hauptauschuß über die Subvention der Erzbergbaubetriebe im Siegerland und dem Lahn- und Dillgebiet. Ein Antrag der sozialdemokratischen Vertreter wurde in folgender Fassung gegen die Kommunisten angenommen:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, zu veranlassen, daß die für die Grubenbetriebe des Siegerlandes sowie des Lahn- und Dillgebietes seit dem 1. Juni d. J. bewilligten Staatsbeihilfen, unter Hinzuziehung der Gruben des Sauerlandes und des Hunsrücks bis zum Ende des Etatsjahres 1926 (d. h. bis zum 31. März 1927) gewährt werden.“

Voraussetzung der Gewährung dieser Staatsbeihilfe ist, daß die Bedürftigkeit an sich leistungsfähiger Betriebe von Fall zu Fall von dem eingehenden Prüfungsausschuß beim Oberbergamt Bonn einwandfrei festgestellt ist.“

Das Siegerland, als einziges Erzgebiet Deutschlands, in dem manganhaltiger Eisenstein vorkommt, ist mit dem Lahn- und Dillgebiet infolge der schwierigen geologischen Verhältnisse der starken Auslandskonkurrenz und der Einstellung unserer Rüstungsindustrie, zu der vornehmlich manganhaltiges Eisen verbraucht wurde, im vergangenen Jahre erneut als Reichtumsgebiet anerkannt worden.

Wie stark der Rückgang der Betriebe und Förderung war, ergibt sich aus nachstehenden Zahlen:

Im Jahre 1913 waren im Siegerland 60 Eisensteingruben mit 10 000 Mann Belegschaft und 200 000 Tonnen monatlicher Förderung in Betrieb. Am 1. April 1926 dagegen nur 11 Eisensteingruben mit 4000 Mann Belegschaft und 80 000 Tonnen Förderung.

Am 1. Oktober 1926 sind durch die Staatsbeihilfe wieder 31 Eisensteingruben mit 7800 Mann und einer Förderung von 150 000 Tonnen in Betrieb.

Im Lahn- und Dillgebiet waren im Jahre 1913 90 Eisensteingruben mit 5000 Mann Belegschaft und 100 000 Tonnen monatlicher Förderung in Betrieb. Am 1. April 1926 waren in demselben Gebiet nur 12 Eisensteingruben mit 1500 Mann Belegschaft und 30 000 Tonnen Förderung in Betrieb. Am 1. Oktober 1926 sind durch die Staatsbeihilfen wieder 30 Eisensteingruben mit 2400 Mann und 48 300 Tonnen Förderung in Betrieb.

Bis zum 1. Oktober 1926 seit dem 1. Juni d. J. sind von Reich und Staat rund 1 600 000 M. Staatsbeihilfe gezahlt. Demgegenüber sind aber in den 4 Monaten circa 1 100 000 M. Arbeitslosenunterstützung von Reich, Staat und Gemeinden eingesparrt worden. Rechnet man hinzu, daß die Reichsbahn in den 4 Monaten circa 350 000 M. Mehreinnahmen an Frachten erzielte, daß ferner ein Mehreingang von circa 300 000 M. Steuern zu verzeichnen ist und daß durch die Verdienstmöglichkeit (wenn auch nicht ganz zulänglich durch die sehr niedrig gehaltenen Löhne) eines Tausend Familien Ertragsmöglichkeit gegeben wurde, so hat die Subvention ihren Zweck als Ersatz der produktiven Arbeitslosenunterstützung erfüllt. Reich und Staat sind nun dahin übereingekommen, die Staatsbeihilfe für das Siegerland monatlich nicht über 470 000 M. und für den Lahn- und Dillgebiet monatlich nicht über 60 000 M. zu gewähren. Da die Subventionierung nicht eine Daueranleihe sein kann, beabsichtigen die Regierungen, sie im Laufe des Etatsjahres 1927 stufenweise abzubauen. Dieser Abbau könnte dann auch bei der Berücksichtigung unserer Wirtschaftslage möglich sein, zumal ja durch Tarifabschlüssen mit der Reichsbahn Ermäßigung des Mengentarifs ab 1. November um 10 Proz. erreicht würde.

Fritz Fries, Siegen.

### Aus dem Internationalen Genossenschaftsbund.

Tagungen der verschiedenen Körperschaften und Ausschüsse des Internationalen Genossenschaftsbundes wurden vom 13. bis 16. Oktober in Hamburg abgehalten. Die Sitzungen des Zentralauschusses fanden in Anwesenheit von 41 Vertretern aus 20 Ländern statt. In seiner Eröffnungsrede erinnerte Präsident Goebhardt mit warmen Worten an den verstorbenen Adolf von Elm und gedachte seiner Verdienste um die Hamburger, die Deutsche und die internationale Konsumgenossenschaftsbewegung. Diese habe Erfolge erzielt, auf die man stolz sein dürfe, von Hamburgs Tagung aber sei weitere Förderung zu erhoffen.

Das Programm des Internationalen Genossenschaftskongresses in Stockholm fand lebhafteste Beachtung. Es umfaßt außer den Konferenzen der Verbandsinstanzen und -ausschüsse die viertägigen Kongresssitzungen, die internationale Ausstellung für Presse und Beredbarkeit, die Tagung der Internationalen Frauengilde, die Sitzungen der siebten Internationalen Sommer- und Winterkongresse für internationales Bank- und Versicherungswesen.

Bei der Frage der Internationalen Wirtschaftspolitik wurden die Berichte gutgeheißen. Dagegen wurde es abgelehnt, angesichts der gegenwärtigen Sachlage in der Internationalen Wirtschaftskonferenz, weitere Beschlüsse zu fassen. Die Berichte wurden entgegengenommen und damit die von der Bundesleitung beschlossene getrossenen Maßnahmen gebilligt. — Im Laufe der weiteren Aussprache ward von den britischen Vertretern eine scharfe Protesterklärung gegen die in der kommunistischen Presse veröffentlichten Angriffe verlesen, wie auch gegen die grundlosen Beschuldigungen und Verdrehungen, die häufig damit verbunden seien.

Aus der Sitzung der Exekutive ist zu erwähnen, daß in den Bund der Verband der Volksbanken Bulgariens in Sofia, der 83 Banken mit 45 000 Mitgliedern und rund 7 Millionen Mark Umsatz umfaßt, aufgenommen wurde. Der Entwurf des Internationalen Genossenschaftspress-Verzeichnisses wurde mit einigen Änderungen genehmigt; es wird voraussichtlich gegen Ende 1926

# WIR FÜHREN NUR QUALITÄTSSCHUHE



# SALAMANDER

### SALAMANDER SCHUHE

WERDEN NUR IN UNSERER EIGENEN FABRIK HERGESTELLT. ALLE UNSERE SCHUHE GEHEN ALSO VON DER WEITAUS GRÖSSTEN UND LEISTUNGSFÄHIGSTEN DEUTSCHEN SCHUH-FABRIK DIREKT AN DEN VERBRAUCHER. DESHALB SIND

### SALAMANDER SCHUHE

BEI BESTER AUSFÜHRUNG SCHÖN UND PREISWERT.

herauskommen. Ebenso wurde der Text einer Broschüre über den Bund, seine Grundzüge, Geschichte und Tätigkeit vorläufig genehmigt. Am 16. Oktober tagten der Bank- und Versicherungs-ausschuss und der Ausschuss der Internationalen Großhandelskaufgesellschaft in den Räumen der Verlagsgesellschaft.

**Der Großhandelsindex.** Die auf den Stichtag des 27. Oktober berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 20. Oktober um 1,1 Proz. auf 132,4 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse auf 137,4 angezogen, während die Industriestoffe leicht auf 123 nachgegeben haben.

**Der Reichsbankausweis für die dritte Oktoberwoche.** Der Reichsbankausweis zum 23. Oktober zeigt gegen die Vorwoche zwei bemerkenswerte Veränderungen. Einmal sind die zum 15. Oktober so auffällig gestiegenen Lombarddarlehen zum 23. Oktober fast um den gleichen Betrag zurückgegangen (23,7 Mill.), um den sie gestiegen waren (23,8 Mill.). Die Lombarddarlehen haben wieder den für Nichtkulturmächten normalen Stand, nämlich 11,2 Mill. M. Sodann haben die Goldbestände einen neuen Sprung nach oben gemacht, von 1652,6 auf 1679,2 Mill. Seit der ersten Septemberwoche dieses Jahres, mit der die neuerlichen, ununterbrochen fortgesetzten Goldkäufe der Reichsbank einsetzten, haben sich die Goldbestände der Reichsbank um nicht weniger als 184,4 Mill. erhöht. In der letzten Woche sind sie weiter um 26,6 Mill. gestiegen. Der Bestand an bedeckungsfähigen Devisen ging um 34,9 auf 411,3 Mill. zurück. Der Umlauf an Reichsbanknoten sank um 147,2 auf 2824,5 Mill., so daß die Notendeckung durch Gold von 55,8 auf 59,5 Proz., durch Gold und Devisen zusammen von 70,6 auf 74 Proz. anstieg. Der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankcheinen sank um 199,5 auf 4248,7 Mill. Außer durch den Devisenabfluß und die verringerten Lombarddarlehen wurde der Papiergeldumlauf der Reichsbank beeinflusst durch das Ansteigen der Girogelder der Reichsbankfilialen und den Rückgang der Wechsel- und Scheckbestände. Erstere wuchsen um 124,3 auf 872,1 Mill., letztere verringerten sich um 20,2 auf 1273,1 Millionen. Bemerkenswert ist das seit Jahresfrist geradezu umgekehrte Verhältnis der Goldbestände zu den Wechsel- und Scheckbeständen. Während im Oktober 1925 die Goldbestände um rund 25 Proz. unter den Wechselbeständen lagen, liegen sie heute fast 30 Proz. über den Wechselbeständen. Rein äußerlich gesehen, könnte die Reichsbank also für den Fall eines wirtschaftlichen Aufschwungs eine sehr starke Dispositionskraft einfallen. — Der dem Reich eingeräumte Schahwechsellredit wurde auch in dieser Woche noch nicht in Anspruch genommen.

**Firmenänderung und Kapitalerhöhung der Deutschen Wohnstättenbank A.-G.** Die Deutsche Wohnstättenbank A.-G., ein öffentliches Unternehmen, das in der Hauptsache die Schaffung neuer Beamtenswohnungen finanziert und dessen Tätigkeit sich fast über das ganze Reich erstreckt, erhöht ihr Kapital und verändert ihre Firma. Die außerordentliche Generalsversammlung vom 27. Oktober beschloß, die eigenen Mittel von 1,5 auf 12,8 Millionen zu erhöhen und in der Zukunft den Namen „Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G.“ zu führen. Der größte Teil der neuen Aktien wird vom Deutschen Reich, den beteiligten Ländern, der Preussischen Landesbankdirektion und dem Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften E. V. angeschlossenen Gesellschaften übernommen. Ferner haben sich mit einem Gesamtbetrag von rund 1 1/2 Millionen neu beteiligt: der Freistaat Sachsen, die Reichsbahn-Gesellschaft, die Reichspost, die Reichsbank, die Reichskredit A.-G. und die Direktion der Diskontogesellschaft. Die neuen Mittel sind für das erweiterte Bauprogramm der nächsten Saison erforderlich. Zur Entlastung der Reichs- und Länderkassen, die bisher in hervorragender Weise an der Finanzierung des Wohnungsbaus beteiligt waren, soll in Zukunft der freie Geldmarkt stärker in Anspruch genommen werden. Mit dieser Pflicht dürfte auch die Beteiligung der Diskontogesellschaft zusammenhängen. Die Bank untersteht nach wie vor der Aufsicht des Reiches.

**Elektrifizierung der badischen Bahnen.** Auf die Wünsche, die Elektrifizierungsarbeiten in Baden gleichzeitig mit denen in anderen Ländern vorzunehmen, teilt die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit, daß gegenwärtig in Bayern der elektrische Zugbetrieb eingerichtet wird und daß anschließend die Hauptlinien Salzburg-München-Muggsburg-Ilm-Stuttgart-Karlsruhe und Frankfurt-Basel elektrifiziert werden. In drei zeitlich ineinandergreifenden Abschnitten soll in Süddeutschland das große Elektrifizierungswerk vor sich gehen. Maßgebend für die Aufstellung des Bauprogramms ist die wirtschaftliche Rentabilität. Deshalb beginnt die Elektrifizierung in Bayern. Gleichzeitig mit der Einrichtung der Strecken Salzburg-Rosenheim wird das Elektrifizierungsnetz von München aus nach Westen bis Stuttgart vorgeschoben. Darauf werden die Hauptstrecken zwischen Stuttgart, Karlsruhe, Regl., Mannheim und Heidelberg ausgebaut. Anschließend erfolgt die Umstellung auf den elektrischen Zugbetrieb für die Linien nordwärts von Mannheim und Heidelberg bis Frankfurt und südwärts bis Offenburg und Basel. Die Schnelligkeit des Ausbaus hängt von den Geldmitteln der Deutschen Reichsbahn ab. Für Baden wird ferner die Frage entscheidend sein, ob der Bahnstrom aus den dort in Betracht kommenden Werken zu annehmbaren Preisen zu erhalten sein wird.

## Neue Arbeitsnachweiseräume.

### Das ewige Baugerüst in der Gormannstraße.

Vom Landesarbeitsamt Berlin wird uns zu dem Artikel in Nr. 500 des „Vorwärts“ mitgeteilt:

Die infolge der außerordentlich großen Erwerbslosigkeit und des hierdurch bedingten starken Verkehrs der Arbeitslosen in den öffentlichen Arbeitsnachweiseräumen der Stadt Berlin entstandenen unzulänglichen Raumverhältnisse sind dem Landesarbeitsamt Berlin bekannt. Das Landesarbeitsamt ist seit geraumer Zeit bemüht gewesen, durch Mietung von geeigneten Räumen hier Abhilfe zu schaffen und hat diese Aktion nunmehr zum größten Teil beendet. Folgende neue Räume sind gemietet worden: 1. In der Beuthstr. 1-3: a) für den Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe — männliches Personal —, bisher in der Tieckstr. 18; b) für die weibliche Textilabteilung, bisher in der Gormannstr. 2. In der Grünstr. 5/6, für die Abteilung für Angestellte — weibliches Personal — bisher in der Klosterstr. 39. 3. In der Kommandantenstr. 76/79: a) für männliche Schneiderabteilung, bisher in der Gormannstr., b) für die Buchdruckerabteilung, bisher in der Gormannstr. 4. In der Kottbuser Str. 23 für den Arbeitsnachweis für die Metallindustrie — männliche und weibliche Abteilung — bisher in der Königswusterhaufener Str. 15.

Nach der Verlegung der oben bezeichneten Facharbeitsnachweise aus dem Arbeitsnachweisegebäude in der Gormannstraße, welche zum Teil bereits durchgeführt worden ist, werden die hier verbleibenden Räume entsprechend erweitert werden.

Die neuen Räume in der Beuthstr. 1/3 sind bereits bezogen worden, die Räume in der Grünstraße, Kommandantenstraße und Kottbuser Straße werden zurzeit umgebaut und spätestens Anfang November d. J. bezogen werden.

Hinsichtlich der Aufstellung des Baugerüsts in dem großen Vermittlungsraum unseres Arbeitsnachweisegebäudes in der Gormannstraße bemerken wir folgendes:

Bei der Ausführung von Instandsetzungsarbeiten an der Decke des Vermittlungsraumes stellte sich die Notwendigkeit heraus, die gesamte Decke zu erneuern. Zu diesem Zwecke mußten zunächst Gutachten von Sachverständigen herbeigeführt werden. Dies ist geschehen und die zuständige Baudeputation ist erlucht worden, die erforderlichen Arbeiten mit größter Beschleunigung ausführen zu lassen.

Somit das Landesarbeitsamt, das offenbar bemüht war, den unhalbbaren, für die Arbeitslosen unerträglichen Zuständen abzuhelfen. Es würde uns freuen, der Öffentlichkeit mitteilen zu können, ob und wie weit die zuständige Baudeputation dem Ersuchen des Landesarbeitsamts, die Arbeiten mit größter Beschleunigung ausführen zu lassen, entsprochen hat. Der Augenschein spricht dagegen.

Hier scheint der Instanzenweg wieder einmal Triumphe zu feiern. Bald ein halbes Jahr schon sehen sich die arbeitslosen Bauarbeiter das unbillige Baugerüst an und warten, daß die „zuständige Baudeputation“ die notwendige Anzahl von Bauarbeitern anfordert, um das Verkehrshindernis, das auch noch Licht und Luft nimmt, endlich zu beseitigen.

## Kommunistisches Theaterspiel.

### Im Verband der Buchdrucker.

Wie die Deutschnationalen im politischen Leben allerhand akrobatische „Prinzipien“-Vertreibungen vornehmen, um nur wieder in die Regierung zu kommen, so bemühen sich die Kommunisten im Gewerkschaftsleben seit Jahren, im Ortsverein der Berliner Buchdrucker Fuß zu fassen, um „mitzugeregieren“.

Als „prinzipienfeste Klassenkämpfer“ verworren sie alle Unterstützungseinrichtungen des Verbandes, weitgehend durch den Klassenkampf „verwässert“ wird. Durch Verbandstagsbeschlüsse ist es den einzelnen Sparten verwehrt, eigene Unterstufungen zu gewähren. In Verfolg dieses Beschlusses sah sich der Vorstand des Brandenburgischen Maschinenereidvereins veranlaßt, die Unterstützung abzubauen. Die den „reinen Klassenkampf“ predigenden Kommunisten mit ihrem Anhang verhinderten jedoch nicht nur den Abbau, sondern wollten im Gegenteil einen weiteren Ausbau und führten dadurch die Demission des bisherigen Vorstandes herbei, weil er sich den Beschlüssen des Verbandstages unterordnete.

Der neue, mit einer „sympathisierenden“ Ausnahme aus kommunistischen zusammengefügten Vorstand glaubt nunmehr mit seiner Leitung den Kampf gegen Verbandstagsbeschlüsse aufnehmen zu können, unter völligem Falllassen der sonst mit Eifer vertretenen „Prinzipien“ bezüglich der Unterstützungseinrichtungen. Wie dieses Theaterspiel sich auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Aber noch ein anderes Vorkommnis zeigt uns diese „prinzipienfest“ eingestellten Unentwegten im bekannten Lichte. Die Gründung einer Handlagerspartie soll ihnen Veranlassung geben, in den Gewerkschaften einzuziehen. Zunächst befaßten sich die Kommunisten untereinander bezüglich der Zweckmäßigkeit einer solchen Gründung. Bald war aber die Einigkeit hergestellt, als man das vermeintliche Sprungbrett bemerkte. Die Herren überschlugen sich bei den zu machenden Vorschlägen beim Einsetzen einer sieben-gliedrigen Kommission. Alles „erprobte“ Gesinnungsgenossen! Unter den Vorgesetzten befand sich auch der Wortführer der Kommunisten und geistige Leiter des „Graphischen Blocks“. Seine in vollster Schärfe zum Ausdruck gebrachte Gegnerschaft zur Gründung einer Handlagerspartie hinderte ihn jedoch nicht, für die vorbereitende Kommission zu kandidieren, sondern auf einen gemachten Einwurf hin nahm er noch besonders das Recht der Kandidatur für sich in Anspruch! Diese „Prinzipienfestigkeit“ lohnte die Versammlung durch die Ablehnung seiner Person. Wie begeistert die von über 600 Teilnehmern besuchte Versammlung sich für die Vorgesetzten einsetzte, beweisen die Zahlen: 20 bis 30 Hände streckten sich in die Luft, alle anderen enthielten sich der Abstimmung und die Vorgesetzten gingen als „gewählt“ hervor. Es wird gut sein, wenn unsere Genossen, denen es mit ihrer Organisation ernst ist, dafür sorgen, daß dieses kommunistische Theater bleibt, was es ist: Theater.

## Arbeitslosigkeit und Ueberstunden.

### In Sowjetrußland.

Der „Trud“ vom 10. Oktober 1926, Nr. 234, meldet: Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Gewerkschaften der Ukraine nimmt weiter zu. Am 1. Oktober 1925 zählte man 164 402, am 1. Januar 1926 201 115, am 1. Juli erreichte die Zahl 225 363, das sind 12 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder. Im laufenden Wirtschaftsjahr 1926/27 ist eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Im „Trud“ vom 9. Oktober 1926, Nr. 233, finden wir dagegen eine Zuschrift, in der folgendes berichtet wird:

Die Hauptverwaltung der Post hat ohne Genehmigung eine fabelhafte Zahl von Ueberstunden leisten lassen. Insgesamt sind es 31 731. Der zur Verantwortung gezogene Leiter hat der Abteilung des Arbeitskommissariats das schriftliche Versprechen gegeben, daß hinfür Ueberstundenarbeit nicht in Anwendung kommen wird. Auch beim Obersten Volkswirtschaftsrat werden Ueberstunden geleistet. Hier hat man sogar ein besonderes System erfunden. Im März sind von der Arbeitsinspektion für drei Mitarbeiter Ueberstundenarbeit bewilligt worden, aber das Technische Bureau des Rates hat Kredite für 184 Mitarbeiter in Anspruch genommen. Im April ist die Bewilligung von Ueberstunden für 17 Mitarbeiter erbeten, aber nur für drei bewilligt worden, und wiederum sind Kredite für 152 Mitarbeiter in Anspruch genommen worden. Im Mai waren die entsprechenden Zahlen 3 und 119. Und als schließlich überhaupt keine Genehmigung von Ueberstunden erfolgte, sind dessen ungeachtet Kredite für Ueberstunden von 119 Personen erfolgt. Der Arbeitsinspektor hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, den verantwortlichen Leiter der Verwaltungsabteilung des Rates zur Verantwortung zu ziehen.

## Die Beamteninternationale.

Auf einer kürzlich in Köln abgehaltenen Volltagungsausschuss-sitzung der Internationalen Vereinigung von Beamten, Angestellten und Lehrern wurde beschlossen, mit dem Internationalen Gewerkschaftsverband Verhandlungen über die Organisation der Lehrer einzuleiten. Auf der am 31. Oktober in Kopenhagen abgehaltenen Konferenz der Beamtenorganisationen der nordischen Staaten wird die Internationale durch Falkenberg (Deutschland) und Noordhoff, Sekretär, vertreten sein. Die Internationale führt zurzeit eine Erhebung über die Beamtenvertretung in den verschiedenen Ländern durch. Das gesammelte Material wird später zu einer Broschüre verarbeitet werden.

## Streik der Wurstmacher in Rehschau.

In der Wurstfabrik Dietrich, A.-G., in Rehschau (Bogtland) ist die gesamte Belegschaft am 27. Oktober in den Streik getreten. Es gibt wohl keinen Betrieb, wo der Herrenstandpunkt so diktatorisch zum Ausdruck gebracht wird, wie bei Dietrich. Mit der Fleischwarenindustrie Thüringens hat der Zentralverband der Fleischer einen Tarifvertrag um davon loszukommen, ist die Firma Dietrich aus der Arbeitgeberorganisation ausgetreten. Bekanntlich gilt dennoch das Tarifverhältnis weiter. Der nervöse Herr Dietrich erklärt einmal, er werde sich danach richten, aber dann wieder, das gibt es nicht, er sei Herr im Hause, die Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimme er und kein anderer.

Deshalb stehen auch die Löhne unter den Tariflöhnen, und Ferien gab es dieses Jahr noch keine. Wer sich nicht fügen, der flieht. Herr Dietrich rechnet damit, alsobald mit Streikbrechern weiter arbeiten zu können; verhandeln und seine tarifliche Pflicht erfüllen will er nicht. Man achte auf „seine“ Fabrikate. Eine Fabrikniederlage hat die Firma in Rehschau.

Fleischergehilfen werden vor Zugzug gemarnt.

## Mutter, sieh mal!

Kostproben gratis! — Ausschank vom Faß!

**Neu eingeführt**  
aus Griechenland erstklassige Weißweine  
200 000 Liter zum Einführungspreis  
Keller ohne Transport-Bezugspreis, rel. ca. 12%  
Liter 1.10

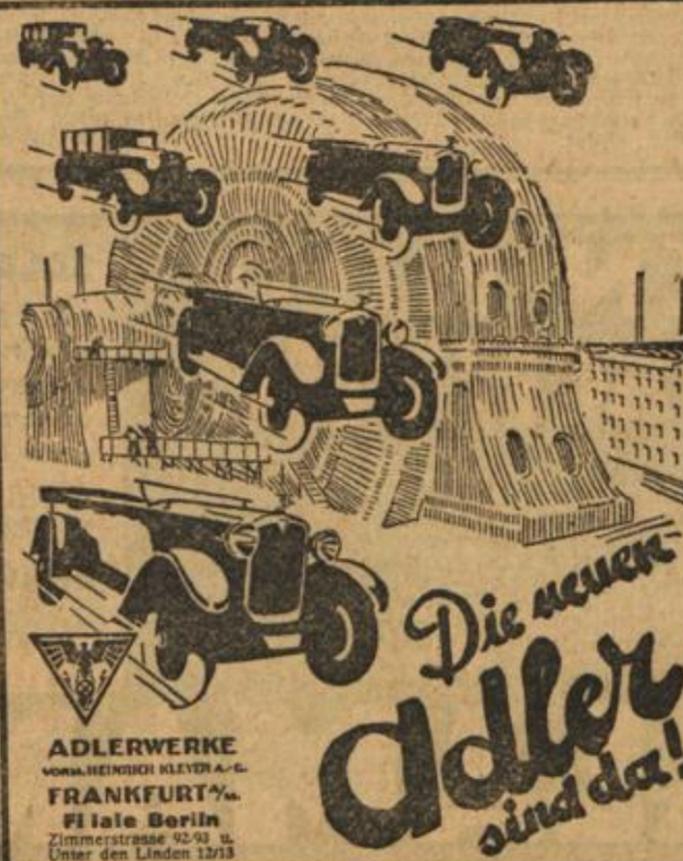
Famotat süßer Apfelsaft, ca. 14%	Liter 70 Pf.
Famotat süßer Johannisbeersaft, ca. 14%	Liter 90 Pf.
Süßer Fenchel, unvergoren, ca. 15%	Liter 1.30
Süßer Malaga, unvergoren, ca. 15%	Liter 1.50
Süßer Mal. Vermuth	Liter 1.75
Süßer Insele Saure, unvergoren, ca. 17%	Liter 1.90
Süßer Oporto Portwein, unvergoren, ca. 21%	Liter 2.50
Famotat Spezialweine für Kranke, Saure	Liter 1.90

**Zur gefälligen Aufklärung!**  
1 Liter enthält 3/4 Liter mehr als 1/2 Flasche  
Felsche deutsche, spanische u. französische Flaschenweine  
die 1/2 Flasche 70, 80 Pf., 1.10, 1.20, 1.30 und 2.20  
Die Preise verstehen sich in 1 Liter eben 0.50

## Eduard Süßkind

Hauptgeschäft N 31, Brunnenstr. 43. Hameln 211-12.

Berlin N. Mithras 144	Teleph. Meabit 515
Berlin N. Paterburger Str. 90	Teleph. Köpenicker 4008
Berlin N. Chammesstraße 76	Teleph. Norden 7813
Berlin N. Kappensstraße 57	Teleph. Köpenicker 8078
Berlin N. Grünauer Str. 15	Teleph. Mühlentplatz 7232
Haukbit, Berliner Straße 13	Teleph. Neukölln 1994
Meabit, Wilmerscher Str. 25	Teleph. Meabit 1105
Steglitz, Schönstraße 121	Teleph. Steglitz 3564
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 157	Teleph. Wilm. 821



## Der neue Adler „Standard 6“

10 PS  
Der hochvollendete, geschmeidigste abgedickerte Wagen  
Hydraulische Vierradbremse / Besondere Oel- und Luftfilter / Abschmierung sämtlicher Gelenke und Gehänge durch einen Pedaldruck / Patentierte Lenkung, die jegliches Flattern der Vorderräder ausschließt

## Der neue Adler „L 9“

Schnell-Lieferwagen und Personen-Omnibus  
Neuzeitliche Konstruktion / Hydraulische Vierradbremse

## Die bewährten Adler-Typen

6/25, 10/50 und 18/80 PS,  
mit allem versehen, was vollendete Technik und vorbildlicher Geschmack leisten

## Deutsche Automobil-Ausstellung

Berlin 1926  
Halle I, Stand 34 / Halle II, Stand 478

## Der Chef.

Von Felix Kiemasten.

Ich kenne einen Menschen, der es aus kleinen Anfängen zu etwas gebracht hat im Leben. Heute leitet er eine große Firma und ist nach Feierabend der liebenswürdigste und höflichste Mensch, den es geben kann. Bei einem guten Glas Wein und einer noch besseren Zigarre haben wir in mancher halben Nacht debattiert. Es ist ein Mensch, mit dem sich reden läßt.

„Aber daß man Sozialist sein kann, und doch dazu ein Mensch wie Sie,“ sagt er sossungslos, „das kann ich einfach nicht begreifen. Sehen Sie, das ist doch ja das Schöne, daß keinem Menschen etwas geschenkt wird, daß man aber alles sich holen darf, wenn man kann. Und je weniger einer kann, um so weniger bekommt er. Wer aber ganz besonders etwas leistet, der hat Gott sei dank auch ganz besonders seinen Lohn. Da macht die Arbeit erst Spaß. Ich z. B. mein Lieber, ich arbeite den ganzen Tag.“

„Das ist nicht wahr,“ sage ich still und zäh und nehme ihm eine gute Zigarre aus der Kiste. „Sie arbeiten überhaupt nicht.“

Da sieht dieser Mensch auf, ein großer, breiter, dicker Mensch, und verdreht die Augen und klagt mich an im Himmel und bei Gott. „Was sagen Sie da?“ sagte er entsetzt und beschwörend. „Ich arbeite überhaupt nicht?“

„Rein,“ sage ich nochmals. „Sie arbeiten nicht, sondern Sie schaffen! Und schaffen ist nicht arbeiten. Ihnen geht es so wie dem Raube, der lieber die Leitung einer großen Firma aufgibt, um dafür Minister zu werden. Ganz sicher verdient er als Generaldirektor mehr denn als Minister, aber ihn lockt nicht der Lohn, sondern die Macht. Und wenn er als Minister noch zusehen möchte, so würde er es gleichwohl tun, denn die Arbeit als Minister ist für ihn erst das rechte, volle Ausleben. Seinen Willen setzt er durch, seine Gedanken bekommen Gestalt und Leben. Es geht ihm so, wie dem Denker, oder dem Dichter, oder dem Maler. Das sind Leute, die sich nur glücklich fühlen können, wenn sie ihrem Geist gemäß schaffen können. Das Geld hat für sie wenig Wert. Sie sind von morgens bis in die Nacht hinein tätig, sie hungern und entbehren, und sie würden auch weiterarbeiten, wenn man sie verfolgte, ihnen das Werk verböte und sie am Leben bedrohte. So eifrig und verzückt jagen sie ihrer Idee nach und kennen kein anderes Glück als dies. — Und genau so, mein Lieber, sind auch Sie in Ihrem leitenden Posten kein Arbeiter, sondern ein Schaffender. Ohne Zweifel beziehen Sie Ihr Gehalt und ihre Sonderanteile mit höchstem Vergnügen, aber noch viel mehr Vergnügen haben Sie daran, Ihre Gedanken durchzusetzen und Ihre maßgebende Unterschrift mit schönem Schmuckel unter die Briefe zu setzen, die Sie distillieren nach Ihrem Gutdünken. Sie spielen ein bisschen Herrgott, das macht Ihnen Freude, das ist Ihre eigentliche Befriedigung. Nur aus diesem Grunde sitzen Sie wach bis in die Nacht und schaffen sich alle Woche einmal eine schlaflose Nacht.“

„Na also,“ sagte er freudig.

„Ja, aber mit alledem arbeiten Sie nicht, sondern Sie schaffen! Und weil Sie genau wissen, wie herrlich solches Werk für Sie ist, möchten Sie gern, daß alle Arbeiter Ihres Betriebes Ihnen dienen. Sie denken: wenn der Schornstein Tag und Nacht raucht, wenn die Menschen noch viel mehr schaffen, wenn der Lohn noch geringer wäre und der Umsatz noch größer, und wenn niemand mir dreitreten könnte, dann erst könnte der ganze große Schlag mal geschehen, das Unerordenliche!“

„So ist es auch,“ schreit der Mensch begeistert dazwischen, „genau so!“

„Ja,“ sage ich, „für Sie ist es so! — Und Sie verachten ungemein, alle Ihre Arbeiter und Angestellten, daß diese Ruchstoten immer nur Geld verlangen und Ruhe und Feierabend und Schlaf und Pause und Erholung. Geradezu wütend sind Sie über solche Faulheit und Beratschlagung.“

„Das stimmt,“ sagte er hart.

„Für Sie,“ Beratschlagung, lächle ich, „für Sie! — Nun aber stellen Sie sich vor, welche Freude es denn bedeuten kann für den kleinen Mann, in Ihrem Fabrikal oder in Ihrem Kontor zu hocken und nur die Befehle auszuführen, die erteilt werden. Sehen Sie, diese Leute arbeiten, sie schaffen, sie plagen sich ab. So kann glücklich machen, eine neuersundene Maschine für die Bedienung von Gumpfböden in Südamerika auf schweres Risiko hin endlich einzuführen und durchzusetzen und sich dabei zu denken: das habe ich gemacht; das ist mein Werk; mein Name (und wenn es der Schluß ist) hat Klang bekommen. Aber wenn so ein Ruchstote an der Maschine steht und weiter nichts zu tun hat, als daß er Metallteile blankschleift, oder wenn ein Kontorist am Buche sitzt und weiter nichts zu tun hat, als daß er Summen zusammenzählt, dann können sich diese Menschen durch nichts anderes beglückt fühlen, als durch den Lohn, den sie dafür erhalten. Und Ihre Freude ist allein der Feierabend. Denn da erst lassen sie an, sich als Menschen zu fühlen. Vorher waren sie Schleifer, oder Kontoristen. Und es gibt in der Welt nur eben keine Schleifer oder Kontoristen, sondern immer nur gibt es Menschen. Und da nicht jeder es zum Direktor bringen kann (wo kämen wir denn hin, mein Lieber), und da mancher wertvolle Mensch Interessen hat für Kunst, Wissen oder schöne, warme Menschlichkeit, die leider kein Geld einbringen, so haben Sie es klar, woher der Haß gegen Sie stammt und woher ich selber zu dem Schluß gelange, daß Sie, trotz Ihrer lebenswerten Eigenschaften und schätzbaren Zigarren, ein ganz verd... Reaktionsär sind mit Ihrem ewigen Verlangen nach mehr Arbeit, mehr Fron, mehr Krummhaken. Sie vergessen nämlich ganz, daß Ihre schönsten Pläne, Ihre großartigste Industrie usw. nur ein Kaugummi sind gegen das, was ich Menschlichkeit nennen möchte. Wir haben es unter uns so ausgemacht, daß ich Ihnen alles auf eine klare Formel bringe. Ich weiß schon, daß Sie mir Ihre guten Zigarren gar nicht schenken, sondern eine gediegene Unterhaltung dafür verlangen. Ich sage Ihnen darum: Wenn Sie Ihre Wirtschaftsmaschine mit Menschenglück heizen, statt mit Kohle und Öl, dann wird es stets den Kampf geben des Menschen gegen die Maschine und ich bin Sozialist, weil ich auf Seiten des Menschen stehe.“

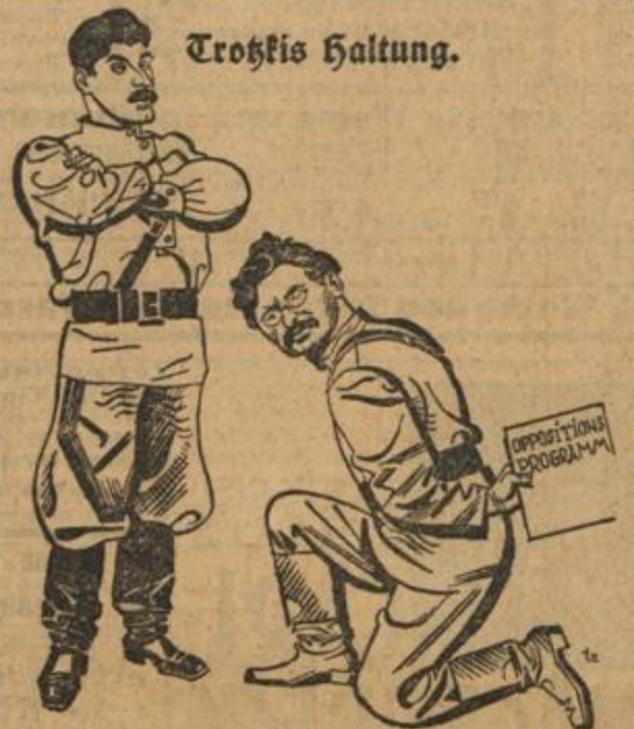
## Plasmochin.

Das neue Malariaabkämpfungsmittel.

Schon vor einigen Monaten verbreitete die Presse eine Mitteilung darüber, daß in einem neuen deutschen Erzeugnis jetzt ein Mittel gegen die Malaria dargestellt wäre, mit dem sich bisher ganz

ungeahnte Erfolge erzielen ließen. Um so begreiflicher war das starke Interesse, das dem eingehenden Berichte über die Darstellung und Wirksamkeit des neuen Körpers auf der kürzlich verfloffenen Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Düsseldorf entgegengebracht wurde, ein Interesse, das um so mehr gerechtfertigt war, als die Art und die Zuverlässigkeit der Mitteilungen auch dem Nichtfachmann erlaubten, sich einen Einblick zu verschaffen in die Art des Vorgehens bei der Auffindung medizinischer Präparate und über die Schwierigkeit einer solchen Arbeit.

Zur Abtötung der Malariaparasiten, kleiner einzelliger Lebewesen im Blut, wurde bisher fast ausschließlich das Chinin angewandt, ein Produkt aus der Chininarinde, der Rinde eines in Südamerika heimischen Baumes *Cinchona succirubra*. Verschiedene Mängel, die diesem Präparat anhaften, der vergleichsweise hohe Preis, der widerlich-bittere Geschmack und verschiedene unangenehme Nebenwirkungen auf den menschlichen Körper veranlaßten viele Chemiker in allen Ländern seit langer Zeit, sich mit der Darstellung eines verbesserten Antimalariamittels zu beschäftigen. Als Ergebnis langjähriger Bemühungen brachten nun die Elberfelder Farben-



Trozkis Haltung.

„Unterwirft er sich tatsächlich oder will er nur sein Programm verbergen?“

fabriken Levertufen das Plasmochin heraus, das den Herren Dr. Schultze, Dr. Schönhofer und Dr. Wiegler seine Entstehung verdankt.

Es konnte bei dieser Arbeit nur schrittweise vorgegangen werden, und um jedes neue dargestellte Präparat zunächst einmal in seiner Wirksamkeit auf Malaria zu prüfen, machte man Versuche an mit Vogel malaria infizierten Kanarienvögeln. Die Mittel wurden den Tieren mit Hilfe einer Schlundsonde in den Magen eingeführt und dann ihre Wirkung auf die Erreger der Krankheit eingehend beobachtet. So gelangte man nach jahrelanger systematischer Arbeit zum Plasmochin, das sich als wesentlich wirksamer gegen die Vogel malaria erwies, als das Chinin gewesen war.

Es war verfrüht gewesen, aus der Wirksamkeit auf die Vogel malaria nun ohne weiteres Rückschlüsse auf die Wirksamkeit bei der menschlichen Malaria zu ziehen; denn die beiden Krankheiten und ihre Erreger sind durchaus nicht identisch. Es waren also wiederum vorsichtige Lastversuche notwendig, die Prof. Stoll (Düsseldorf) ausführte. Leute, die an Parasitose (Sphistischer Gehirn-erweichung) leiden, werden nach einer Entdeckung Wagner von Sauerbrunn seit einiger Zeit mit künstlich herbeigerufenen Malaria tertiana behandelt; diese Kranken erwiesen sich als geeignet, die Wirksamkeit des neuen Mittels auf die menschliche Malaria zunächst zu untersuchen. Dabei stellte sich heraus, daß auch bei menschlicher Malaria die Wirksamkeit des Plasmochins eine ähnlich günstige ist wie bei der Vogel malaria, und nach diesem Ergebnis konnte man zu vorläufigen Behandlungsversuchen an der Natur malaria übergehen.

Die praktischen und klinischen Versuche wurden in größerem Umfange von dem Vortreiber der klinischen Abteilung des Tropeninstituts in Hamburg, Prof. Dr. Peter Mühlens, ausgeführt. Er konnte über 134 Fälle berichten, in denen er Plasmochin verordnet hat, und zwar war nur immer ein Zehntel derjenigen Menge nötig, die man sonst von Chinin zu verwenden pflegt. Die unangenehmen Nebenwirkungen des Chinins hat das Plasmochin nicht; Klagen über bitteren Geschmack wurden nicht laut; nur trat manchmal bei höheren Dosen, eine vorübergehende Blaufärbung des Gesichts auf, die aber keinen besonderen Charakter trägt. Auch Kinder nahmen das Mittel ohne Widerstand.

Die Wirkung auf die Kranken war außerordentlich günstig; Fieber und Krankheitserreger verschwanden im allgemeinen nach wenigen Tagen; nur gegen die schwerste Form der Malaria, die sogenannte Malaria tropica, wirkte das Plasmochin langsamer als das Chinin. Der große Vorzug des Plasmochins liegt aber vor allem darin, daß es mit seiner Hilfe gelingt, die Geschlechtsformen des Erregers, die sogenannten Halbmonde, zu vernichten, was mit dem Chinin niemals mit Sicherheit gelang. Ein mit Chinin behandelter Malariaerkrankter fühlte sich nachher also wieder gesund; aber er war noch lange Zeit von Malaria parasiten bewohnt und bildete so auch weiterhin eine Gefahr für seine Umgebung, da ja die Krankheit durch die Stachelmücke *Anopheles* auf andere Menschen übertragbar ist. Das Plasmochin nun bringt diese Halbmonde mit geradezu experimenteller Sicherheit auch bei schweren Fällen von Malaria in fünf bis sieben Tagen sicher zum Verschwinden; so, bei frühen Fällen, in denen die Geschlechtsformen noch nicht ausgebildet sind, verhindert die Anwendung von Plasmochin ihre Ausbildung.

Chinin wirkt also hauptsächlich auf die ungeschlechtlichen, fiebererregenden Formen des Parasiten, Plasmochin auf die geschlechtlichen, für die Fortpflanzung der Art wichtigen. Um beide Wirkungen miteinander zu vereinen, wurde in schweren Fällen der Malaria tropica dem Plasmochin eine geringe Menge Chinin zugelegt, und es entstand so das sogenannte Plasmochin compositum, mit dem man auch die schwersten Fälle von Malaria in kurzer Zeit mit großer Sicherheit zum Erlöschen abbracht werden.

In systematischer Arbeit gelangt es der Wissenschaft, schrittweise gegen die gefährlichen Feinde der Menschheit, die großen

Seuchen, vorzudringen. Die Pest ist fast verschwunden; das gelbe Fieber, der Schrecken der Seeleute in den Tropen, ist an den meisten Orten verdrängt; vor sechs Jahren hat die deutsche chemische Industrie im Germanin ein wertvolles Kampfmittel gegen die Schlafkrankheit entdeckt. Mit der Entdeckung des Plasmochins ist abermals ein neuer, wichtiger Sieg über einen der schlimmsten Todfeinde der menschlichen Gesundheit erkämpft.

## Zwei Ozeane und ein Etat.

Von Fritz Ohrtmann.

Auch dem Wirtschaftler, der sich mit den Zahlengespinnsten der Haushaltspläne und Handelsbilanzen herumschlägt, sind heitere Augenblicke beschieden, in die sich freilich ein Tropfen Bitterkeit über die Unzulänglichkeit der menschlichen Einrichtungen mischt. Da existiert zum Beispiel — dort, wo die Innozenz des Atlantik den amerikanischen Nordkontinent von seinem Bruder im Süden zu lösen droht —, die Republik Honduras, so groß wie ganz Süddeutschland mit halb soviel Einwohnern wie Thüringen. Unseren Juncen wird sie hinsichtlich seiner durch endlose Serien prächtiger Briefmarken, die seit dem Jahre 1840 immer erneut ihre Souveränität verkünden. In dem genannten Jahre zerfiel der mittelamerikanischen Staatenbund in sechs selbständige Republiken, und damit begann für Honduras die Geschichte seiner Schicksale und Revolutionen. Denn auf diesem vulkanischen Boden folat man in allen gesellschaftlichen Dingen dem Streben der Natur nach rascher Veränderung, ihrem Drang zur Separation und ihrer Abneigung gegen jedweden Ausgleich. Wozu übrigens braucht man einen Etat, wenn sogar die beiden Ozeane es ablehnen, ihr Niveau zu balancieren, und wer sollte ihn auch durchführen, wenn die Nachhober sich verflüchtigen, ehe noch ihre Werte zu Zahlen geronnen sind.

Souveränität bedeutet vor allem Pumpselbtherrlichkeit. Ende der sechziger Jahre nahm denn auch Honduras eine Serie kräftiger Anleihen auf, deren Dienst ganze zwei Jahre versetzt wurde und seit einem halben Jahrhundert verfrist ist. Da damals noch London der Gläubiger aller Welt war, veranstaltete das Unterhaus eine peinliche Untersuchung, aus deren Ergebnis man den hondurensen zugestand, daß die zu wucherischen Bedingungen aufgelegten Anleihen in Höhe von nominal 120 Millionen Mark effektiv nur 54 Millionen eingebracht hätten. Davon wieder wären 22 Millionen für den zweijährigen Zinsdienst aufgewendet worden, während die hondurensische Regierung über 32 Millionen frei verfügen konnte. Diese sollten nach dem Anleiheprospekt zum Bau einer transkontinentalen Bahnlinie verwendet werden. Das Wort transkontinental verliert hier die Schrecken seiner Dimensionen, die Spanne von Kiste zu Kiste ist in Honduras auf lumpige 260 Kilometer zusammengeschrumpft. Aber die hondurensen versprachen sich von einer Bahnverbindung vom Atlantik zum Pazifik wenig Glückseligkeit. Denn in den Akten des Auswärtigen Amtes von Tegucigalpa kann man weiter nachlesen, welche Wege der Nettoertrag dieses Pumps genommen hat: Für die Bahnlinie blieben zusätzlich noch zwei Millionen übrig, die für die ersten 65 Kilometer reichten, aber den anschließenden Rest aber effektiv eine höchst amüsante Liste privater und repräsentativer Aufwendungen.

Dieses unterhaltliche Anleihegeschick erbötet keine Aktualität nun dadurch, daß es im diesjährigen Haushaltsplan feierlich zu Grade getragen wird, um einer neuen Ära in der Finanzpolitik der Republik Honduras Flak zu machen. La dette est morte, vive la dette! Zu neuen Anleihen lockt ein neuer Etat, der auf einem billigen Aktord mit den bisherigen Gläubigern elastisch balanciert. Die „Vereinigung ausländischer Anleihebesitzer“, die mit Zins und Zinseszins inzwischen 600 Millionen an Forderungen repräsentiert, hat sich mit 30 zinslosen Jahresraten von je 1,2 Millionen belibiedien. Damit treten die europäischen Geldmärkte einen ehrenvollen Rückzug an, und Washington und Wallstreet, die ihre Monroe-Doktrin längst wirtschaftlich auslegen, halten ihren Einzug.

In der Tat ist das von der Natur wohlbedachte Land wirtschaftlich bereits völlig in der Hand der Amerikaner, die es nach der Art einer Kolonialbesiedlung ausbeuten. Die Rohprodukte des Landes werden reiflos ausgeführt, während ein schamloses System von Konzessionen und Zollbefreiungen die Entwicklung einer nationalen Industrie im Keime erstickt.

Die Panzerkapitalisten beherrschen das Land auf dem Wege einer „Revolution in Vermögen“, die sie selbst der gelegentlichen Nähe kleiner Flottenemonstrationen entzieht, wie sie sich in anderen Pazifikstaaten der USA. als notwendig erwiesen haben. Das Beispiel von Honduras lehrt, wie sich Amerika ganz ohne feierliche Proklamationen und Annexionen zwischen den Ozeanen eine plebsstuarer Mexikokolonie errichtet, deren Bevölkerung auf der Stufe von Bergwerks- und Plantagenstaaten gehalten wird. Bei dieser „Kolonisierung auf kaltem Wege“ — oder besser auf dem Wege der Sterilisierung durch Eigenhüte — wird die nationale Bewegungstrone von den anonymen Herrschern dereinst identisch sein mit dem proletarischen Klassenkampf.

Eine Brücke aus Affen. Reisende haben verschiedentlich davon erzählt, daß die überaus langschwänzigen Spinnenaffen Brüllens aus ihren Körpern eine Kette bilden und sich von einem Baum aus solange nach vorwärtschwingen, bis der letzte der Kette einen Zweig auf der gegenüberliegenden Seite eines Flusses erreicht; auf diese Weise sollen sie eine lebendige Brücke aus Affen bilden. Diese Erzählungen sind von den Naturkundigen stets ins Reich der Fabel verwiesen worden. Es scheint aber doch, als ob etwas Wahres daran ist und als ob von Affen jedenfalls eine solche Leistung versucht werden kann. Dafür spricht der Bericht des britischen Konsularbeamten S. R. Hindmarsh, den Londoner Blätter veröffentlicht. Mit drei englischen Sportsleuten zusammen beobachtete er einen merkwürdigen Vorfall an dem sehr ruhig stehenden Brarofuß in Siam. Neun „Langschwänze“ kletterten den Strom und kletterten auf einen weit vorstehenden starken Ast eines Laubbäumchen. Auf der anderen Seite des Flusses, ihnen gerade gegenüber, waren acht andere Affen, während drei weitere auf einem Zweig darüber saßen und zuschauten. Ein großer männlicher Affe stemmte seine Hinterfüße fest gegen den Baum und umwickelte ihn mit seinem Schwanz; dann nahm er einen anderen Affen in seine Arme; dieser packte wieder einen Gefährten und so bildete sie rasch eine offene Kette, die hin- und her schwang. Unter dessen hatten auch die Affen auf der anderen Seite sich in derselben Weise ineinander verflochten. Die Bewegungen der Tierketten gegeneinander wurden immer schneller, wobei sie durch die sich wiegenden Ketten noch einen stärkeren Schwung erhielten, und nach einem Duzend Versuchen begegneten sie sich in der Mitte des Flusses, der 12 Fuß breit war, und vereinigten sich. Sofort, als die lebendige Brücke hergestellt war, verließen die drei anderen Tiere, die schwächlich und müde ausluden, ihren Platz und ließen über die Körper ihrer Gefährten herüber. Unglücklicherweise aber glitt der dritte, als er bereits beinahe auf der anderen Seite angekommen war, aus, und rief im Fallen den hilfreichen Kameraden mit sich, auf dem er gerode stand. So stürzten alle Affen, mit Ausnahme der zwei glücklich hinübergekommenen und dreien von der Kette ins Wasser, wurden fortgerissen und ertranken. Die Ueberlebenden ließen schnatternd und heulend an dem Ufer entlang, wie, wenn sie helfen wollten. Bald aber standen sie davon ab und ließen in den Wald. An diesen glaubwürdig beobachteten Vorfall knüpfen sich manche interessanten Fragen über die Hilfsleistung der Affen schwächeren Genossen gegenüber und über Wanderungen dieser Tiere.



# Schutz den Gesunden!

Maßnahmen bei Tuberkulose-Erkrankungen. — Hilfe für werdende Mütter.

Daß die Tuberkulose zwar eine ansteckende und doch vermeidbare Krankheit ist, ist heute allgemein bekannt. Wenn sich jeder ansteckend Tuberkulose auf der Straße, in Geschäften, in der Bahn, und in höchstem Maße innerhalb seiner Familie, beim Husten, Ausspucken, Niesen, sogar beim Sprechen, in acht nehmen würde, wenn er ferner kein Zimmer für sich allein hätte, ebenso wie sein eigenes Ehegeschirr und Besteck, so könnten zahlreiche Reuansteden vermieden werden. Oder ein anderer Weg: Wenn der ansteckend Kranke ständig in einem Heim nicht gefunden, sondern mit ebensolchen Leidensgenossen zusammenleben könnte, dann würden die heute leicht Kranken nicht immer wieder von neuem angesteckt und könnten nach einiger Zeit genesen, die bereits heute schwer Kranken würden allmählich aussterben. Die Tuberkulose würde auf diese Weise aber nach einer absehbaren Zeit aus der Welt verschwinden.

In der Tat sieht es ganz anders aus. So z. B. in Berlin, 29 Proz. an offener Tuberkulose Leidender haben kein eigenes Zimmer und 83 Proz. schwer Ansteckender schlafen nicht in einem Bett für sich allein. Zur planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose wird bei uns sehr viel getan, — man denke nur an die bei der jetzigen Wohnungsnot zahlreichen Wohnungen, die durch Tuberkulose-Fürsorgestellen den Kranken bereits zuteil geworden sind, man denke an die für die ansteckenden Kranken zur Verfügung gestellten Betten, der Infektionsmittel u. dgl. — Das diese Maßnahmen sehr wichtig sind, sieht jeder ein, insbesondere weil zu gleicher Zeit den Kranken auch Verhaltensmaßnahmen beigebracht werden, damit die Familie nach Möglichkeit nicht angesteckt wird. Auch die Familienmitglieder werden dabei erzo-gen, sich in acht zu nehmen. Und trotzdem verlagen alle diese Bemühungen in den Fällen, in denen der ansteckend Tuberkulose, der schwererkrankte, der meist dem Tode geweiht ist, in großen Massen Bazillen auswirft, und dementsprechend die Umgebung, insbesondere die Kinder, aufs höchste gefährdet. Was nun?

Ueber das Schicksal dieser bedauernswerten Menschen, über ihr Wohl und Wehe und über die Maßnahmen zum Schutze der gefährdeten Gesunden sprach Dr. Goldmann, Hauptgesundheitsamt Berlin, am 19. Oktober in der Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege. Diese Patienten, die in den häuslichen Verhältnissen eine gefährliche Infektionsquelle bilden, gehören aus der Familie heraus. Bis vor kurzem hat man sie in Anstalten und Krankenhäusern untergebracht. Bisher kamen sie dabei nicht zu ihrem Rechte, und wieder andererseits sahen sich die Krankenhäuser gezwungen, wegen Platzmangel andere Kranke abzuweisen. Beides war weder zweckmäßig, noch wirtschaftlich, noch gerecht. Die Stadt Berlin hat in ihren Krankenanstalten in Buch eine besondere Pflegeabteilung geschaffen, die zurzeit 250 Betten umfaßt. Dort werden die ansteckend Tuberkulösen verpflegt, behandelt und gewartet; dort können sie unbegrenzt lange Zeit verbleiben. Möglichst große Freiheit, Erlaubnis zum Ausgehen, soll ihnen das Gefühl des Einzelzimmers in einer Anstalt nehmen. Die ärztliche Behandlung, der Zutritt, auch die seelische Beeinflussung durch den Arzt, soll ihnen, auch in den Momenten der Hoffnungslosigkeit, wieder Mut geben und sie weiter veranlassen, in dem Pflegeheim zu ihrer und ihrer Familie Wohl zu verbleiben.

Nur auf diese Weise, — und das hat Dr. Goldmann in seinem Vortrag ganz besonders hervorgehoben — wird der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit, die den Schutz gegen die Infektion fordert, genügt, und das Recht des Kranken gewahrt werden. A. B.

## Aufruf an alle Lungentränke.

Vom Vorstand des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten geht uns folgender Aufruf zu: Leidensgenossen und Leidensgenossinnen! Des öfteren hat der Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands an euch den Aufruf ergehen lassen, mit uns in Verbindung zu treten. Teilweise ist er auch befolgt worden, aber leider nicht in dem nötigen Umfange. Nach der Zahl der Lungentränken in Deutschland ist die Zahl derer, welche sich uns anschließen könnten, noch lange nicht erschöpft. Wollt ihr denn zur Gesundung eurer selbst, eurer Familie, einzeln nichts, vereint aber sehr viel ändern können. Jeder Lungentuberkulose-Erkrankte bildet ein Glied der Kette, welche wir zusammen-schmieden wollen zu einem einheitlichen Ganzen, um dann gemeinsam die Rechte zu erringen, welche wir zu unserer Gesundung so notwendig brauchen. Ohne Kampf kein Sieg! Dieses Wort behält alle Zeit seinen Wert. Unsere Forderungen sind teils solche der Gegenwart, teils solche der Zukunft. Wer an der Gegenwart arbeitet, arbeitet aber auch an der Zukunft. Die hier zu euch sprechen,

spüren die Tuberkulose-Erkrankung am eigenen Leibe. Es sind also keine Theoretiker, sondern selbst Interessenten. Wenn ihr zu euren eigenen Leidensgenossen und -brüdern kein Vertrauen habt, zu wem wollt ihr es dann haben? Heraus aus eurer Reserve, schließt die Reihen, werdet aktive Kämpfer zu eurer Gesundung. Viele Sorgen gemeinsamer Natur sind es, welche uns drücken! Also, Leidensgenossen und Leidensgenossinnen in den Heilstätten oder wo ihr euch sonst befinden möget, tretet sofort mit uns in Verbindung. Welter richten wir unseren Aufruf an alle diejenigen, welche sich in einzelnen Orten und Städten bereits zu Vereinen zusammengeschlossen haben. Wir müssen uns zu einem großen Ganzen zusammenschließen. So, wie unsere Krankheit etwas für uns gemeinsames ist, muß die Abwehr dieser Krankheit unsere gemeinsame Sache sein. Auch an alle Reichstagsabgeordneten richten wir den dringenden Appell, unsere im März d. J. ihnen zugesellten Entwürfe zum Reichstuberkulosegesetz bei der Beratung voll zu vertreten.

Seht euch alle mit uns in Verbindung. Alle Mitteilungen und Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden des Verbandes, Reinhold Gossow, Berlin N. 65, Transvaalstr. 21, v. III, oder an die Geschäftsstelle, Berlin N. 20, Schönsteßtr. 1, v. I, Zimmer 121.

## Schwangerenfürsorge.

Die Fürsorge für die werdende Mutter gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die ein Kulturstaat zu erfüllen hat. Es gibt kaum einen bewuschteren Maßstab für das seelisch-sittliche, soziale Niveau eines Volkes, als es der praktische Ausbau dieses Problemkomplexes ist, kaum eine andere Frage, die sozial- und bevölkerungspolitisch wichtiger ist, als diese.

Aus der Erkenntnis dieser tiefbegründeten Verpflichtungen heraus hat die Leitung der Berliner Ambulatorien der Krankenkassen vor etwa einem Jahr die Schwangerenfürsorge eingerichtet. Man wollte eine Beratungsstelle schaffen, die zugleich die Möglichkeit gründlicher ärztlicher Untersuchung und Behandlung sowie die Ausgabe von Heilmitteln in sich schloß, um den unhaltbaren Zustand zu beseitigen, der die schwangere Frau zwang, zwei oder drei unter Umständen örtlich weit auseinanderliegende Stellen aufzusuchen. Behandlungsprinzip und Fürsorgefähigkeit sollten endlich vereinigt werden. Die Hauptaufgabe dieser Fürsorgestellen ist naturgemäß die ärztliche Beratung, bei der eine ausführliche blutige und hygienische Untersuchung (Brustpflege, Bedeckung des Stimmritzes usw.) stattfindet. Dabei werden neben der sachlichen Hilfe nicht zuletzt alle hier ein-lebenden Fragen menschlicher, persönlicher Anteilnahme berücksichtigt. Man versucht, nach Möglichkeit die wirtschaftliche Lage der Schwangeren kennen zu lernen, und ist bestrebt, sie zu verbessern durch Zusammenarbeit mit den maßgebenden Wohlfahrts-einrichtungen. Ebenso ist es das Streben der Fürsorgestellen, die werdende Mütter rechtlich zu beraten, auf diesen Rechts-schutz der unbesessenen Mütter, die heute etwa 18 Proz. in Berlin betragen, wurde vor allem hingewiesen. Auch familiäre, soziale Fragen finden bereitwillige Erörterung. Im Jahresbericht der Berliner Ambulatorien gewährt Dr. Alise Bollhals einen interessanten Einblick in das erfolgreiche Wirken der Schwangerenfürsorge, die einen stets wachsenden Umfang gewinnt. Andererseits allerdings zeigt sie ein erschütterndes Bild der Leiden und Räte, der Krankheiten und Beschwerden, denen die Schwangeren oft ausgesetzt sind. So waren von 645 Frauen nur 20 beschwerdefrei. Die übrigen 625 hatten zusammen 13 550 Beschwerden; nach der Statistik kamen also etwa 20 Beschwerden auf jede Frau, ein Beweis für den schlechten gesundheitlichen Zustand der in Berlin lebenden Mütter, der wohl meist durch die schlechte wirtschaftliche Lage bedingt ist. So ist es bezeichnend, daß familiäre Frauen, die an Blutungen während der Schwangerschaft litten, Räterinnen waren. Die während der ganzen Schwangerschaft an der Maschine mit Fußbetrieb arbeiten mußten, ein Beispiel aus dem traurigen Kapitel des Heim-arbeiterinnenlebens, das zu beseligen immer wieder mit allen Mitteln versucht werden muß. Ein sehr tröstliches Bild bieten die Frauen der Trinkerfamilien, die die Fürsorge zu betreten daite; ebenfalls ein Gebiet von großer sozialhygienischer Bedeutung. Der Alkohol ist der große Hemmschuh für den Aufstieg zahlreicher Arbeiterfamilien. Sprechstunden für Beratung und Behandlung sind bis jetzt im Ambulatorium Klosterstraße, Große Frankfurter Straße, Reinickendorf, Alt-Neukölln, Weißensee und Reutlin eingerichtet worden. Es ist dringend zu wünschen, daß ihre Zahl noch vermehrt werden möge und daß die werdende Mutter aus den Reihen der Arbeiterschicht weitgehenden Gebrauch von dieser Einrichtung mache, die für sie geschaffen wurde, um ihnen zu helfen. Dr. E. A. M.

## Die Psyche der proletarischen Jugend.

Vor den versammelten Jugendbeiräten und älteren Mitarbeitern der Sozialistischen Arbeiterjugend des Bezirks Groß-Berlin sprach Genosse Dr. Siegfried Bernfeld über das Thema: „Die Psyche der proletarischen Jugend“.

Genosse Bernfeld führte etwa folgendes aus: Die Wissenschaft hat sich gefragt: wie es kommt, daß das kulturelle Niveau etwa eines Regerstammes ein so unglaublich tieferes ist als das eines modernen Kulturvolkes, obgleich die Regerkinder an intellektuellen Fähigkeiten den Kindern eines Kulturvolkes nicht nachstehen. Und man hat die Antwort in der Tatsache gefunden, daß das Regerkind viel früher in die Gesellschaft der Erwachsenen aufgenommen wird, als dies bei uns der Fall ist. Bei den Naturvölkern gilt ein acht- bis zehn-jähriges Kind bereits als erwachsen in seiner wirtschaftlichen wie seiner sexuellen Betätigung. Dieser Umstand ist wesentlich für die Höhe des Kultur-niveaus; denn Kultur ist aufzufassen als Realisierung der geistig-seelischen Neuerungen des Menschen. Bei uns gilt trotz abgeschlossener Pubertät der Jugendliche noch auf lange Zeit nicht als „erwachsen“. Die im Menschen drängende Kraft sucht sich andere Auswege, im wesentlichen zwei: Einmal kann dieser Kraft ein Ausweg verschafft werden durch irgendwelche geschlechtliche Betätigung, mit der Hand in Hand Kinderwertigkeitsgefühle, Angst usw. gehen; gesellschaftlich betrachtet ist diese Betätigung unfruchtbar und krankhaft. Oder aber diese Kraft wird sublimiert, verfeinert; dann entsteht der geistig tätige Mensch, der in der Wissenschaft oder der Kunst wirkt, kurz: der kulturell schöpferische Mensch. Das Kultur-niveau eines Volkes bestimmt sich demnach nach der Länge der Pubertät, die seine Jugend durchzumachen hat. Auf das Verhältnis unserer bürgerlichen zu unserer proletarischen Jugend angewandt, bedeutet dies: Die bürgerliche Jugend ist nicht gezwungen, wirtschaftlich tätig zu sein; sie wird von der Familie erhalten. Sie besucht die Hochschulen und geht erst sehr spät, oft erst mit 25 Jahren, in die Gesellschaft der Erwachsenen durch Aufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit oder durch die Heirat ein. Bis dahin aber ist diese Jugend gezwungen, irgendwie ihrem Trieb Auslösung zu verschaffen; sie kann ihn daher sublimieren, d. h. die bürgerliche Jugend wird kulturell schöpferisch. — Die proletarische Jugend muß schon früh wirtschaftlich tätig sein, also eine Funktion der Erwachsenen ausüben. Auch sexuell sind die Hemmungen, die die Gesellschaft der proletarischen Jugend entgegenstellt, längst nicht so stark wie bei der bürgerlichen Jugend, also auch in dieser Hinsicht wird die proletarische Jugend früher erwachsen als die bürgerliche. Das kommt auch zum Ausdruck in der Psyche der proletarischen Jugend, die eben kulturellen Bestrebungen nicht allzu zugänglich ist. Im Interesse einer zünftigen proletarischen Kultur müssen in der proletarischen Jugend schöpferische Kräfte frei gemacht, d. h. die Pubertät auch der proletarischen Jugend muß verlängert werden. Deshalb fordern ja auch alle Sozialisten eine Befreiung der Jugend von wirtschaftlicher Arbeit bis zum 18. Lebens-jahre. In der Gegenwart muß die sozialistische Jugendbewegung die Sammelstelle sein für all die Inoperablen, die das Bedürfnis nach Sublimierung ihrer durch die Pubertät ausgelösten Kräfte empfinden. In der anschließenden Aussprache wurde eine Reihe von Einzelfragen behandelt. Ueber die praktische Auswertung der gewonnenen psychologischen Erkenntnisse für die Erziehungsarbeit der proletarischen Jugend soll an einem besonderen Abend gesprochen werden.

Karten und Führer. Im Verlag der Landkartenhandlung Richard Schwarz, Jägerstr. 61, sind zwei interessante neue Karten erschienen, eine Karte zur Berliner Verkehrsordnung, die dem Fahrer und Fußgänger ein klares Bild der Polizeivorschriften zur Regelung des Straßenverkehrs gibt und eine Rad- und Autokarte des mittleren Teils der Provinz Brandenburg. Durch übersichtlichen fünf-farbigem Druck, durch Angabe der Entfernungen und der verbotenen Wege bietet sie dem Automobilisten, dem Motor- und Radfahrer ein unerlässlicheres Hilfsmittel.

Wertvolle Ratsschlüsse für Sonntags- und Ferienfahrten gibt das im gleichen Verlag erschienene prägnant und klar geschriebene Büchlein: Im Auto durch die Mark. In drei übersichtlich angeordneten Teilen weilt es eine Fülle interessanter und lohnender Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung Berlins sowie in die Nachbargebiete der Mark nach. Wertvolles Kartenmaterial und hübsche Photos vervollständigen den kleinen Führer. Ausführlicher ist das im Verlag Karl Schmalzfeldt erschienene Buchlein: 100 Autoausflüge in die Mark. Jede Fahrdescription, die durchweg nur künstlerisch wertvolle, technisch interessante aber landschaftlich reizvolle Orte zum Ziel hat, zeigt neben dem alles Wissenswerte enthaltenden Text je eine Kartenfuge, Tabellen über Entfernung und Betriebsstoffverbrauch, sowie übersichtlich geordnete Angabe von Hotels, Rastmöglichkeiten und Badegelegenheiten. Die beigelegten Photos sind so gut ausgewählt und so geschmackvoll ausgeführt, daß der Führer nicht nur für Auto- und Radfahrer, sondern für jeden, der die schöne Mark näher kennenlernen und durchwandern möchte, wertvolle Anregungen zu bieten vermag.

# Unbeständiges Wetter



erfordert erhöhte Aufmerksamkeit auf gutes Schuhwerk, das die Füße trocken und warm erhält und dadurch den Körper gegen Krankheiten schützt. Die guten Conrad Tack-Schuhe entsprechen diesen Anforderungen.

Herren-Schnürstiefel, echt Rind, sol. gearbeitet	8 <sup>90</sup>
13.50, 12.50, 10.90	
Herren-Schnürstiefe Original-Goodyear-Well	12 <sup>50</sup>
Herren-Schnürstiefe, echt Rindbox mit nassschützend. Zwischensohle Orig.-Good.-Well	15 <sup>50</sup>
solide gedoppelt	
Damen-Halbschuhe, echt Rindbox, weiß gedoppelt	10 <sup>90</sup>
Damen echt Boxkalf-Trotteurspannen, Original-Goodyear-Well, braun	14 <sup>90</sup>
16.90, schwarz	

**Conrad Tack & Co. Burg**

125 eigene Verkaufsstellen, davon 19 in Groß-Berlin und Potsdam:

SW, Friedrichstr. 240/41	W, Schillstraße 16	NW, Wilmnacker Str. 22	N, Friedrichstraße 130	O, Frankfurter Allee 22	C, Spittelmarkt 15	Charlottenburg, Wilmersdorf, Str. 122/23 / Potsdam, Brandenburger Straße 54
W, Potsdamer Straße 50 (an der Kurfürstenstr.)	NW, Beusselstraße 29	N, Brunnenstraße 37	N, Müllerstraße 3	SO, Oranienstraße 2a	C, Rosenthaler Straße 14	
	NW, Turmstraße 41	N, Danziger Straße 1	O, Andreasstraße 50	SO, Wrangelstraße 49	Neukölln, Bergstr. 30/31	

## Arbeit für Elternbeiräte!

### Mehr Religionsunterricht als vor dem Kriege.

Zur Berlin ist bekanntlich der Reformationstag der 2. November, der in den Berliner evangelischen Schulen durch Feier und Schulausfall begangen wird. In den letzten Jahren haben nun vielfach Schulen, besonders Mädchenschulen, diese Reformationstagsfeier in der Weise begangen, daß die Schüler und Schülerinnen geschlossenen in die Kirche geführt wurden. Fortschrittliche Lehrkräfte, die sich gegen diese Art der Reformationstagsfeier wandten, wurden oft in den Konferenzen von ihren reaktionären Kollegen überstimmt, die Hand in Hand mit den Pastoren arbeiten.

Während vor der Revolution der Kirchgang von der gesamten Lehrerschaft entschieden abgelehnt worden wäre und die Reformationstagsfeier stets als reine Schulfest begangen wurde, wird aus reaktionären Beweggründen jetzt der Kirchgang eingeführt. Die Kirche tut alles, diese Entwicklung zu fördern. Einzelne Geistliche fühlen sich bereits so, daß sie den Rektoren der in ihrem Bezirk gelegenen Schulen einfach Karten zustellen mit der Mitteilung: „Zur Reformationstagsfeier sind der ... Schule die Plätze ..... zugewiesen.“ Manche Lehrkollegien folgen nur zu willig der Anweisung des Geistlichen bzw. des Rektors, nicht immer nur aus reaktionärer Gesinnung heraus, sondern auch — leider muß das festgesetzt werden — nur aus Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit. Manche sonst halbwegs freiheitlich gerichtete Lehrer machen mit „um des lieben Friedens im Kollegium willen“, und nicht beim Vorgesetzten anzustößig. Die Eltern erfahren gewöhnlich erst davon, wenn diese „Feier“ vorüber ist und werden so vor vollendete Tatsachen gestellt, wobei sie sich damit abfinden. So haben die Geistlichen wenigstens an diesem Tage ihre sonst leeren Kirchen gefüllt.

Bei der gegenwärtigen schulpolitischen Lage bedeutet dieser Kirchgang eine Demonstration für die Kirchenschule. Man arbeitet hier vor für die Bekenntnisschule, in der ja die Pflege konfessioneller Gebräuche, Kirchgang und ähnliches eine hervorragende Rolle einnehmen sollen. Alle Lehrer und Eltern, die dem Kirchgang der Schulen nicht entgegenwirken, gestatten hiermit, daß der Kirche schon vor Erlaß des Reichsschulgesetzes Rechte auf die Schule eingeräumt werden, die ihr nicht zustehen. Viele Arbeitereltern lassen ihre Kinder noch am Religionsunterricht teilnehmen. Sie wollen aber sicher nicht die Kirchenschule. Sie müssen daher allen Versuchen der Kirche, ihren Einfluß auf die Schule zu vermindern, entgegenzutreten. Hier liegt eine Aufgabe für unsere Elternbeiräte. Kampf gegen die Vertiefung der Schule! Die Vertiefung der Schule ist ein Programm der Liste „Schulaufbau“. Ihre Vertreter müssen daher sich dagegen wenden, daß die Schule den Kirchgang anlässlich des Reformationstages durchführt. Schon jetzt müssen sie sich erkundigen, in welcher Form die Schule die Feier vorzunehmen gedenkt und gegebenenfalls die Eltern aufklären und auffordern, ihre Kinder nicht am Kirchgang teilnehmen zu lassen. Schon einmal hat die Schulleitung in Berlin infolge mangelnder Aufklärung einen großen Erfolg buchen können, der leider heute noch nicht allen Eltern bekannt ist. Die evangelische Kirche hat es durchgesehen, daß im republikanischen Berlin in der Unterstufe eine Stunde mehr Religionsunterricht auf Kosten des Deutschunterrichts erteilt wird als im Berlin Wilhelm des Zweiten. Es gilt also, auf der Hut zu sein und den Anfängen zu wehren. Freiheitsliebende Väter und Mütter müssen daher am Reformationstags die Kinder von der Beteiligung am Kirchgang zurückhalten.

Hier liegt eine zurzeit aktuelle Aufgabe unserer Elternbeiräte. Aber noch viele andere Möglichkeiten zur Wirksamkeit sind ihnen gegeben, die sie infolge mangelnder Kenntnis oft nicht ausnützen. Gerade die neugewählten Elternbeiräte sind vielfach noch nicht mit der Materie genügend vertraut, um erfolgreich arbeiten zu können, und wünschen Anleitung. Um diesem notwendigen Bedürfnis Rechnung zu tragen, hat die Arbeiterbildungsschule einen Kursus: „Die Arbeit der Elternbeiräte“ (6 Abende, jeden Dienstag von 8 bis 9 1/2 Uhr) eingerichtet, der von dem Leiter der Zentralstelle der sozialdemokratischen Elternbeiräte, Genossen Richard Schröter, abgehalten wird. Der Kursus findet in der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Er soll der Einführung in die praktische Arbeit dienen. Am Schluß jeden Abends wird außerhalb des Arbeitsplanes Auskunft über Fragen aus der Praxis erteilt. Der Kursus begann am Dienstag, dem 26. Oktober, und soll vor allem von den neugewählten Elternbeiräten besucht werden.

## Jugendarbeit im Bezirk Neukölln.

Trotz der beschränkten Mittel, die dem Jugendamt Neukölln zur Verfügung stehen, ist es doch gelungen, wieder ein Stück vorwärts zu kommen. Davon zeugt der Bericht, den das Jugendamt für das abgelaufene Geschäftsjahr herausgegeben hat. Neben der Betreuung der Kleinkinder wurde besonderer Wert gelegt auf Ausbau der Kindertagesstätten und Horten. Leider besteht immer noch ein Mangel an Kinderhorten. Doch da fehlt es wieder an Geld und geeigneten Räumen, die infolge der Wohnungsmangelswirtschaft schwer zu beschaffen sind. Eine Neuerung ist in den städtischen Horten getroffen worden, indem zur gründlichen Pflege der Leibesübungen ein Junglehrer angestellt wurde. Das hat sich sehr gut bewährt. Die Zahl der Jugendheime ist zu gering, stets sind die Räume überfüllt. In einer reinen Arbeiterstadt, wie Neukölln nun einmal ist, müssen für Zwecke der Jugendpflege auch einmal außerordentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nicht viel besser sieht es im Kinderpflegerheim Gannerstraße 42/46 aus. Obwohl die Räume sehr schön hergerichtet wurden, entsprechen sie doch nicht den sanitären und hygienischen Forderungen, die hier gestellt werden müssen. Diesem Uebelstand soll abgeholfen werden durch den Bau eines Waisenhauses in Storkow in der Mark. Die Stadt Storkow hat dem Bezirksamt bereits das Gelände, das an einem See liegt und mit Wald umgeben ist, unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Aber es kann nicht gebaut werden, da die Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre die erste Baurate in Höhe von 500 000 M. gestrichen hatte. Das ganze Projekt soll 1 Million M. kosten. In den diesjährigen Etat sind die 500 000 M. wieder eingelegt; hoffentlich werden sie nicht wieder abgelehnt. Es ist endlich Zeit, daß einem dringenden Bedürfnis Neuköllns Rechnung getragen wird. Die Fürsorge für die gewerblich tätigen Kinder ist ein besonders schwieriges Gebiet. Die meisten Eltern können

immer noch nicht begreifen, daß sie ihre Kinder in der Gesundheit schädigen, wenn sie sie zu früh zur Arbeit drängen. Gewiß, oft spielen auch wirtschaftliche Momente, wie Arbeitslosigkeit der Eltern und Geschwister, eine große Rolle. Aber da hätte eben der Staat die Pflicht, kinderreiche Familien besonders zu berücksichtigen und nicht, wie es jetzt geschieht, der höchstschweren Erwerbslosenunterstützung bei vier Kindern erreicht ist. In Fürsorgeerziehung mußten 81 Kinder und Jugendliche gebracht werden. Davon im Alter von 6 bis 14 Jahren 14 Knaben und 5 Mädchen, im Alter von 14 bis 21 Jahren 33 Knaben und 29 Mädchen. Besonders traurig ist, daß von den in Fürsorgeerziehung gebrachten 29 Mädchen allein in 14 Fällen Gewerbsunzucht und frühzeitiger Geschlechtsverkehr vorlag. Zur Verhütung der Verwahrlosung mußte in 59 Fällen Schulausschluß angeordnet und in 52 Fällen den Inhabern der elterlichen Gewalt die Sorgerechte entzogen werden. Erreulich ist, daß die Straflosigkeit der Jugendlichen erheblich abgenommen hat. Der Rückgang der Kriminalität betrug gegenüber dem Vorjahr fast durchweg 50 Proz. Es wurden verurteilt: männliche 144 (212), weibliche 33 (120), zusammen 177 (332). Zum Schluß sei noch der erwerbslosen Jugend gedacht. Das Jugendamt hat hier zunächst den Versuch gemacht, durch fürsorgereiche Maßnahmen in pädagogisch-jugendpflegerischer Art helfen einzugreifen. Die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren ist in Neukölln besonders hoch, sie beträgt etwa 400. In sechs Tagesheimen kommen sie täglich in der Zeit von 8—4 resp. 10—4 Uhr zusammen, wo sich jeder selbst beschäftigen kann. Daneben sind verschiedene Kurse eingerichtet, die unter besonderer Leitung stehen, wie Tischler-, Koch-, Schneider- und Gymnastikkurse. Alle Materialien werden unentgeltlich geliefert. Im Schneiderekursus kann sich jeder Teilnehmer pro Monat ein Stück nähern. In nächster Zeit wird noch ein Schuhmacherekursus eingerichtet werden, wo sich die Jugendlichen ihr Schuhzeug selbst ausfüllen und befehlen können. Die Teilnahme an den Kursen ist zwar freiwillig, aber sie sind alle sehr gut besucht. Den Jugendlichen ist es auch unbenommen, noch andere Kurse zu ihrer beruflichen Fortbildung auf Kosten des Jugendamts zu besuchen. Neben all diesen Kursen finden Wandlungen, Führungen und Besichtigungen statt. Auch die Raucherfrage ist gelöst. Jeder Heimbefucher erhält ein warmes Mittagbrot, nachmittags Kaffee oder Tee und zwei Schrippen. Besonders erholungsbedürftige Jugendliche beiderlei Geschlechts werden auf Kosten des Jugendamts versorgt. Bis jetzt haben ungefähr 80 Jungen und Mädchen in den Erholungsheimen Rasten und Schauen einen Kuraufenthalt mit bestem Erfolg durchgemacht. In besonders bedürftigen Fällen ist bei der Beschäftigung auch die notwendige Kleidung gewährt worden. Nachdem der erste Schritt für die Betreuung der erwerbslosen Jugend getan ist und er sich durchaus als leistungsfähig erwiesen hat, darf wohl vorausgesetzt werden, daß diese Einrichtung nicht nur in Zeiten von Wirtschaftskrisen, sondern für immer beibehalten wird. Denn gerade durch solche fürsorgereiche Maßnahmen wird der Kriminalität der Jugend vorgebeugt, was sich unzweifelhaft bald an den Jugendgerichtshöfen auswirken wird.

## Durchbrechung des Reichsmietengesetzes.

### Freie Vereinbarung über die Mietshöhe wieder möglich.

Gegenüber allen bisher vorgeschlagenen und versuchten Änderungen des Reichsmietengesetzes hat das Fundament dieses Gesetzes bis vor kurzem absolut standgehalten. Das Grundprinzip der gesetzlichen Miete ist im § 1 verankert, wonach sowohl der Vermieter als der Mieter eines Gebäudes oder Gebäudeteiles jederzeit dem anderen Vertragspartei gegenüber erklären kann, daß die Höhe des Mietzinses nach den Vorschriften des Gesetzes berechnet werden soll. Wenn auch grundsätzlich das Recht der Vertragsfreiheit im Reichsmietengesetz anerkannt war, so konnten doch jederzeit beide Teile von dem Rechte des § 1 Gebrauch machen. Es gab bis vor kurzem auf keine Weise eine Möglichkeit, zu verhindern, daß der Mieter oder der Vermieter um dieses im § 1 festgesetzte Recht durch irgend welche vertraglichen Abmachungen gebracht werde.

In diesem Zustand ist nunmehr durch die Rechtsprechung eine einschneidende Änderung, die von größter Wichtigkeit, sowohl für die Hauswirte, wie für die Mieter, ist, eingetreten. Nämlich selbst jeder vor dem Mietvertragsamt von den Parteien abgeschlossene Vergleich über die Höhe der Friedensmiete jederzeit durch die Erklärung eines Vertragspartei, daß in Zukunft gemäß § 1 die gesetzliche Miete gezahlt werden solle, aus der Welt geschafft wurde, besteht neuerdings die Möglichkeit einer vertraglichen Regelung, die ein späteres Anrufen des Mietvertragsamtes mit dem Erlauchen um Festsetzung oder Festlegung der Friedensmiete illusorisch macht. Das kann in der Form geschehen, daß die Parteien einen Vergleich vor dem Mietvertragsamt schließen, im unmittelbaren Anschluß an diesen Vergleich, und gemäß diesem Vergleich eine Festsetzung der Friedensmiete beim Mietvertragsamt erfolgt. Man sollte annehmen, daß bei den absolut zwingenden Bestimmungen des Reichsmietengesetzes gerade ein solcher Vergleich später hinfällig gemacht werden kann, wenn sich herausstellt, daß die Voraussetzungen für einen solchen sich völlig verändert haben, wie es ja oft geschieht, oder sich, wie es doch öfter der Fall sein wird, der Vergleich auf Grund falscher Information der einen oder anderen Partei abgeschlossen worden ist. Das Landgericht hat indes als Rechtsbeschwerdeinstanz ausdrücklich festgestellt, daß auf Grund eines Vergleichs eine rechtskräftige Festsetzung der Friedensmiete durch das Mietvertragsamt statigefunden hat und diese Festsetzung auch dann bestehen bleibt, wenn der ihre Grundlage bildende Vergleich von den Parteien widerrufen oder angefochten wird. Die Konsequenzen dieser Entscheidung sind in ihrem ganzen Ausmaß noch nicht übersehbar. Es ist zu erwarten, daß nunmehr die Hauswirte bei Neuvermietungen von Geschäftsräumen und großen Wohnungen die Mieter willkürlich festsetzen werden, und für den Vertragsabschluss verlangen, daß diese Mieter in Vergleichsform vor dem Mietvertragsamt als Friedensmiete anerkannt und im Anschluß daran festgesetzt wird. Man muß sich fragen, ob diese Art der Preisgabe der Zwangswirtschaft, denn nun nicht mehr oder weniger handelt es sich hierbei, bereits der heutigen Lage des Wohnungs- und Geschäftsräummarktes entspricht. Durch die erwähnte Entscheidung besteht die effektive Möglichkeit einer völlig freien Mietpreisbildung durch den Hauswirt, wenn er den angedeuteten Weg

einschlägt, womit der Mieter vielfach gezwungen sein wird, sich einverstanden zu erklären, um die für ihn sonst überhaupt nur sehr schwer zu erhaltenden Räume wirklich mieten zu können. Jedenfalls erscheint es empfehlenswert, daß in Zukunft jeder Mieter sich vergewissert, ob nicht im Vergleichswege eine verbindliche Mietfestsetzung für die Räume erfolgt ist, da ja logischerweise diese Festsetzung für rechtskräftig auch ihm gegenüber gilt, selbst wenn sie der Preisgabe entsprechender Räume bei Berücksichtigung der wahren Friedensmiete in gar keiner Weise entsprechen würde. Es kann sich beispielsweise der merkwürdige Fall ereignen, daß in dem gleichen oder einem benachbarten Hause der im übrigen unanständbare Mietwert im übrigen genau entsprechender Räume ganz erheblich niedriger ist wie in demjenigen, wo es gelungen ist, durch Vergleich eine freie, aber für die Zukunft zwingende Vereinbarung herbeizuführen.

Am übrigen muß man sich fragen, ob es angesichts der durch die erwähnte Entscheidung geschaffenen Rechtslage nicht angebracht erscheint, daß die gesetzlichen Instanzen entweder die Sachlage durch eine entsprechende Änderung des Reichsmietengesetzes, die dessen tatsächliche Durchbrechung jedem Laien, auch dem, der die Rechtsprechung nicht kennt, klar macht, oder aber ob der Gesetzgeber sich andererseits dazu entschließt, einer vom Gesetz ganz offensichtlich nicht gewollten Durchbrechung durch die entsprechenden Maßnahmen auch weiterhin einen Riegel vorzuschleichen.

Dr. Kurt Beck, Rechtsanwalt.

## Zunahme des Verkehrs.

### Steigende Unfallziffern.

Im Verlaufe des vergangenen Vierteljahres, also vom 1. Juli bis zum 30. September, ist die Zahl der Unfälle im Straßenverkehr infolge des immer mehr zunehmenden Verkehrs gegen dasselbe Quartal des Vorjahres weiter gestiegen. Man zählte in der genannten Zeit insgesamt 3610 Zusammenstöße gegen 3423 im dritten Vierteljahr 1925. Dabei wurden 31 (32) Personen getötet und 1595 (1408) verletzt. Die größte Zahl der Zusammenstöße entfällt auf die 8035 (7478) Kraftfahrzeuge, nämlich 826 (787). Dann folgen die 16 106 (15 749) privaten Personenkraftwagen mit 766 (749), die 16 744 (16 030) Kraftfahrzeuge mit 571 (511), die Treträder mit 472 (403), die 9107 (9014) Lastkraftwagen mit 403 (386), die Straßenbahn mit 255 (265), die Pferdegespanne mit 234 (238) und die 405 (38) Kraftomnibusse mit 83 (78) Unfällen. Bemerkenswert ist, daß von der Gesamtzahl der 3610 Zusammenstöße 2649 auf die Kraftfahrzeuge entfallen. Als Ursache der Zusammenstöße wurde festgestellt: in 326 (509) Fällen übermäßiges schnelles Fahren, in 253 (267) falsches Einbiegen oder Ueberholen, in 123 (104) unvorsichtiges Fahren, in 38 (40) Trunkenheit des Führers und in 87 (66) Fällen schlüpfriges Pflaster. Von den beteiligten Kraftfahrzeugführern befaßen keinen Führerschein 11 (14). Es stücheten nach dem Unfall 30 (33).

Verkehrsählung. Am Freitag, den 29. Oktober 1926, wird auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen wiederum eine Verkehrszählung in der bisher üblichen Weise durch Ausgabe besonderer Zählkarten vorgenommen.

## Eine „Wochenend“-Ausstellung.

Vom 1. bis 30. April 1927 soll in den Ausstellungshallen am Kaiserdomm eine neuartige Ausstellung, und zwar eine Wochenend-Ausstellung durch das Berliner Volkswort in Verbindung mit allen zuständigen Verbänden und Organisationen unternommen werden. Eine Vorbesprechung für diese Ausstellung fand am Mittwoch, den 20. Oktober, im Hause der Funkindustrie unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Schöly statt, bei der die Vertreter der Arbeiter- und Sportverbände einschließlich der Organisationen der Arbeiterschaft, ferner die Vertreter der am Verkehr beteiligten Unternehmungen und der Behörden anwesend waren. Die Ausstellung soll zeigen, welche Möglichkeiten dem Berliner bzw. dem in Berlin weilenden Fremden gegeben sind, um innerhalb der Stadt, in der näheren und weiteren Umgebung das Wochenende angenehm und feiner wirtschaftlichen Lage entsprechend zu verbringen. Bestimmte Gesichtspunkte für die ganze Ausstellung sollen Zeitbedarf, Geldbedarf, gesundheitliche Anforderungen und Bequemlichkeit werden. Durch besondere Nebenveranstaltungen und Veranstaltungen von Wettbewerben, Heimatfesten, eine Ausstellung der märkischen Geschichte, und sogar einen Schüleraustausch-Wettbewerb „Wie verbringe ich mein Wochenende?“ soll für die Ausstellung besonders gewonnen werden.

Ueber das Gasfernversorgungsproblem hat Stadtkaufmann Dejerberg, Direktor der Städtischen Werke in Mainz, vor der Kölner Bundeskonferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter für Rheinland und Westfalen im Juni dieses Jahres ein ausführliches Referat gehalten, das sich entschieden für die Beibehaltung des kommunalen Betriebes bei der Gasversorgung aussprach. Dieses sehr instruktive Referat ist jetzt vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Druckschrift herausgegeben und vom Verlag des Verbandes zu beziehen. Bei der großen Bedeutung dieses Problems für viele Gemeinden ist das Referat für sozialdemokratische Gemeindefunktionäre eine sehr wichtige Unterlage im Kampfe gegen die starken Privatisierungstendenzen in zahlreichen Stadtverordnetenversammlungen. Der Bezug dieser Schrift kann deshalb nur empfohlen werden.

## Warum gerade Kaliklora?

Nicht nur des billigen Preises wegen, (die ganze Tube kostet nur 80 Pfg., die halbe nur 50 Pfg.) sondern mehr noch der guten Wirkung und herrlichen Erfrischung halber wird die Zahnpasta Kaliklora bevorzugt.

**DUKAT**  
WENESTI  
rund, ohne Mundstück  
dicker, milder, besser als jede andere  
ZIGARETTE

# Aus den Bezirken.

## 1. Bezirk — Mitte.

In der Bezirksversammlung am Mittwoch, den 20. Oktober, gelangte ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, der die Niederlegung bzw. Ausbesserung mehrerer Häuser in der Parochialstraße gegenüber dem Stadthaus forderte, zur Verhandlung. Genosse Bürgermeister Schneider wies darauf hin, daß augenblicklich keine Abhilfe zu erwarten sei, sondern das ganze Viertel niedergelegt werden müsse und dadurch der schon im Bezirk vorhandene Wohnungsmangel vergrößert würde. Ein Antrag, die Sache einem besonderen Ausschuss zu überweisen, wurde angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über den Haushaltsetat für 1927 beraten. Genosse Stadtrat Herrmann erläuterte im einzelnen die hauptsächlichsten Positionen, daß gerade der Bezirk Mitte unter der Wirtschaftskrise sehr zu leiden habe und aus diesem Grunde ein gewaltiges Anschwellen der Unterhaltungen im Wohlfahrtsrat zu erwarten sei. Genosse Schneider ergänzte die Ausführungen noch in bezug auf die Errichtung des Hallenschwimmbades in der Gartenstraße. Seit Jahren beschäftigt diese Frage schon die Bezirksversammlung, und immer treten neue Schwierigkeiten auf. Die Errichtung des Bades an anderer Stelle zu überweisen, wurde angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über den Haushaltsetat für 1927 beraten. Genosse Stadtrat Herrmann erläuterte im einzelnen die hauptsächlichsten Positionen, daß gerade der Bezirk Mitte unter der Wirtschaftskrise sehr zu leiden habe und aus diesem Grunde ein gewaltiges Anschwellen der Unterhaltungen im Wohlfahrtsrat zu erwarten sei. Genosse Schneider ergänzte die Ausführungen noch in bezug auf die Errichtung des Hallenschwimmbades in der Gartenstraße. Seit Jahren beschäftigt diese Frage schon die Bezirksversammlung, und immer treten neue Schwierigkeiten auf. Die Errichtung des Bades an anderer Stelle zu überweisen, wurde angenommen.

## 4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksversammlung am 20. Oktober wurde der Kommunist Dörner als unzufriedener Stadtrat eingeführt und auf die Reichs- und preussische Verfassung verurteilt. Auf eine von der SPD-Fraktion gestellte Anfrage, betr. eine Wasserabsperrung in der Carmen-Enloe-Straße haben die städtischen Wasserwerke mitgeteilt, daß die Absperrung erst erfolgt sei, nachdem das Rohrnetz ordnungsgemäß erledigt war und auch die Mieter vorher benachrichtigt waren; in allerneuester Zeit sei eine Vereinbarung mit dem Deutschen Mieterbund getroffen, auf Grund deren der Bund vor Absperrung mit den Mietern des Hauses in Verbindung tritt, um diese zur vorläufigen Zahlung zu verpflichten. Vom Genossen Penn wurde festgestellt, daß der Hauswart in Krafau wohnt und beiträgt, daß die Mieter vor der Absperrung davon Kenntnis erhalten hätten. Von anderen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß aus gesundheitlichen Gründen das Wasser überhaupt nicht abgesperrt werden dürfe, daß auch beim Ausbruch eines Feuers unvorstellbare Schäden entstehen könnte. Es wurde empfohlen, daß in Zukunft gegebenenfalls sich die Mieter sofort an das Bezirksamt wenden sollen, damit sich dieses an den Polizeipräsidenten wenden und die Polizeiamtler zum Eingreifen veranlassen kann. In einer Anfrage der SPD-Fraktion wurde klargestellt, daß die Verbreiterung der Eisenbahnbrücke am Ringbahnhof Schönhauser Allee trotz jahrelanger Beratungen nicht zur Durchführung gekommen ist. Vom Stadtrat Genossen Weber wurde dazu ausgeführt, daß vom Bezirksamt alle Möglichkeiten erschöpft seien; inzwischen sei von der Eisenbahnverwaltung wieder ein neues Projekt vorgelegt, von dem er glaube, daß es, wenn es zur Durchführung komme, die erhoffte Verbesserung und eine Verschönerung der Brücke bringen werde. Vom Genossen Kermes wurde auf den ständig wachsenden Verkehr und verschiedene Unfälle hingewiesen, die sich dort ereignet hätten. Er verlangte, daß dafür gesorgt werde, daß diese Gefahrenquelle umgehend beseitigt und die Brücke verbreitert wird. Einer Vorlage betr. neue Grundlinienfestlegung eines Privatgebäudes an der Bornholmer und Wittenfontäne, womit ein Projekt zur Errichtung von etwa 700 Zwei- bis Dreizimmerwohnungen verbunden ist, das voraussichtlich im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden soll, wurde zugestimmt. Entsprechend einem Antrag der Fraktion der Mitte wurde das Bezirksamt ersucht, jedem Mitgliede der Verammlung eine kommunalpolitische Zeitschrift aus Mitteln der Gemeinde zu stellen. Von einer Vorlage, nach der in Verfolg eines Beschlusses der Verammlung das Tief- und Hochbauamt angewiesen ist, bei der Vergabe von Arbeiten den Unternehmern die Bedingung aufzuerlegen, nur solche Arbeitskräfte einzustellen, die in Berlin ihren dauernden Wohnsitz haben, wird Kenntnis genommen. Entsprechend einem Dringlichkeitsantrage der SPD-Fraktion wird beschloffen, den Magistrat dringend zu ersuchen, für die Schulbäder bedürftigen Kindern Handtücher unentgeltlich zu liefern.

## 7. Bezirk — Charlottenburg.

Die Charlottenburger Bezirksversammlung vom 20. Oktober brachte zunächst die Vorlage des Bezirks Haushalts für 1927, der an den Haushaltsausschuss ging. Dabei sagte das Bezirksamt auf Drängen unserer Genossen zu, daß dem Haushaltsausschuss zugleich über die Beschlüsse der vorjährigen Beratung und

ihre Schicksal sowie über die mit der Zentrale vereinbarten Sparmaßnahmen berichtet werden würde. Die Vorlage über gärtnerische Umgestaltung des Savignyparkes ging auf Verlangen der Mitte in einen Ausschuss. Eine große Debatte entfalteten die Anträge der Kommunisten in Sachen der Erwerbslosen, Genosse Gebert führte rücksichtslos den Kampf gegen die kommunistische Demagogie. Er gab dem kommunistischen Antrag für 46-Stunden-Woche, der für gewisse Kategorien eine Verschlechterung bedeutet hätte, die richtige Fassung, doch wurde auch diese Formulierung von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Eine große Zahl der kommunistischen Anträge waren längst durch die Beschlüsse der Berliner Stadtverordnetenversammlung erledigt, trotzdem erregte der Kommunist Hesse die Herzen der Bürgerlichen durch heftige Angriffe auf die Sozialdemokraten: ihn begeistert der Anblick der Tribüne, die er mit großen Augen abjucht, stets zu neuen Redebühnen. Und dabei haben die Kommunisten bei der Verabschiedung des Berliner Haushalts auch die beschädnendste Hilfe für die Erwerbslosen in Frage gestellt und hätten, falls ihr Standpunkt festgelegt hätte, sogar die Arbeitsarbeiten des Sommers unmöglich gemacht. Ja, der Kommunist Hesse enthielt sich sogar am 21. Oktober in Berlin beim Nachtragset im Gegensatz zur Mehrheit seiner Fraktion als unentschiedener Kandidat der Stimme. Es ist ein so billiges Vergnügen, Anträge auf Anträge zu stellen — aber die Bewilligung der unbedingten Steuern und Abgaben zu verweigern. Von allen Seiten wurde die Notwendigkeit der Schaffung von Kleinwohnungen anerkannt, die Frage ging an die Deputation. An die Wohlfahrtsdeputation ging das Ersuchen unserer Fraktion um Auskunft über die Mietunterstützung bei Dreizimmerwohnungen oder auch größeren Wohnungen, auch soll dort die nicht immer reibungslose Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlicher und beamteter Wohlfahrtspflege ins Gleichgewicht gebracht werden. Ein Antrag unserer Fraktion auf Regulierung der Sommeringstraße wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung einiger kleiner Fragen (Normaluhr im Krankenhaus Kirchstraße, Beschwerde des Herrn Graf) kam es zu einer bewegteren Debatte anlässlich der Charlottenburger Verkehrsverhältnisse, wobei der Kommunist Hesse wiederum eine große Rede hielt. Schließlich ermattete selbst dieser Held, und man ging nach Annahme eines großen Wunschzettels für alle Straßenbahnen friedlich nach Hause.

In der Sitzung vom 29. September ist an Stelle des zum Stadtrat gewählten Genossen Horlich Genosse Kawerau zum Vorsitzenden der Bezirksversammlung durch Jurof gewählt worden. In der Sitzung wurde auch der Fall des Stadtobersekretärs Meyer besprochen, der vor Gericht die Bereidigung eines jüdischen Herrn mit dem Hinweis beanstandet hatte, daß die jüdische Religion den Meineid gestattet. Stadtobersekretär Dr. Hildebrandt begründete die Anfrage der Mitte, Bürgermeister Dr. Augustin sprach sein lebhaftes Bedauern aus: der Herr Stadtobersekretär sei von seinem Posten abgelöst, gegen ihn sei das Disziplinarverfahren eröffnet. Herr Meyer von der Wirtschaftspartei betonte, welchen Schaden Herr Meyer dem Christentum erwies hätte, was die Bössischen mit dem dreifachen Zwischenruf: „Absolut nicht!“ zu parieren wagten. Das nahm Genosse Kawerau zum Anlaß, um mit dem an den mittelalterlichen Hezenwahn erinnernden Antisemitismus abzurechnen. Und nun blieben die Bössischen jegliche Antwort schuldig.

## 11. Kreis — Schöneberg.

In der Bezirksversammlung am 20. Oktober brachten zunächst die Kommunisten ihren derzeitigen Groß-Berliner Generalantrag über die Höhenzonenabfindung ein. Sie wollen glauben machen, die Bezirksversammlung Schöneberg sei in der Lage, durch Einwirkung auf den Berliner Magistrat die Annulierung des Abfindungsvertrages zu erreichen! Sie mühten jedoch ihre Agitationslust noch etwas dämmen, da dem Dringlichkeitsantrag von der Rechten widersprochen wurde. Bei der Besprechung über die Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle an der Vorortbahn auf dem Südgebiet demängelt Genosse Czemincki, daß der vorliegende Vertrag mit der Reichsbahn-Gesellschaft keinen Termin für die Fertigstellung dieses äußerst notwendigen Bahnhofs festgelegt habe. Auch sei dringend geboten, für den Bezirk Schöneberg mit seinen über 220.000 Einwohnern eine Fernzugstation zu schaffen. Im Zusammenhang mit diesen Verkehrsnotwendigkeiten wies unser Redner auf den unglaublichen Zustand hin, daß die seit vielen Jahren in Angriff genommene Bahnunterführung, die die Verbindung der 3000 Einwohner zählenden Siedlung Lindenhof mit dem Südgebiet bringen soll, immer noch nicht fertiggestellt ist. Eine derart lange Verzögerung dieser Arbeiten sei durch irgendwelche erschwerende Umstände niemals gerechtfertigt. Eine Anfrage unserer Fraktion über die willkürliche Einstellung von Zeithilfen bei den Steuer- und Bahnarbeiten im hiesigen Bezirksamt wurde durch Gen. Wilberg begründet, der nachdrücklich forderte, daß angesichts der großen Erwerbslosigkeit nur vom Arbeitsamt zugewiesene Angestellte Beschäftigung finden dürfen. Es sei ferner mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage dieser eingestellten Zeithilfen erforderlich, sie sofort nach der ihrer Arbeitsleistung entsprechenden Besoldungsgruppe zu bezahlen, anstatt sie wie vielfach bisher erst eine Eingangsgruppe durchlaufen zu lassen. Der deutschnationale Bürgermeister Berni sagte die Erledigung der Zeithilfenfrage im Sinne der Anfragenden zu. Eine weitere sozialdemokratische Anfrage beschäftigte sich mit den von den Bezirksbürgermeistern dem Magistrat Berlin zugewiesenen Einsparungen aus dem Haushalt 1926. Genosse Czemincki verlangte über diese ersparten Beträge eine Vorlage des Bezirksamts und gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß bei den bewegten Klagen, besonders unseres Bezirksamts über Etatstriebe durch den Berliner Magistrat, es dennoch möglich gewesen sei, noch Ersparnisse zu machen. Das zeuge für die „großzügige“ Aufstellung mancher Haushaltspläne.

## 16. Bezirk — Köpenick.

Die Tagesordnung der Bezirksversammlung in Köpenick wies außer drei unwesentlichen Verwaltungsvorlagen die Erledigung des Antrages unserer Fraktion betr. Tagen der Siedler vom Eisengrund auf, der nach dem Ausschussbericht des Genossen Reuter debattelos angenommen wurde und damit Beruhigung in die interessierten Einwohnerkreise bringen sollte. Ein Antrag der bürgerlichen Fraktion, eine Motorprüge für den Ortsteil Friedrichshagen zu beschaffen, löste eine ausgedehnte Debatte aus, die mit Annahme des Antrages endete. Schon im Verlauf dieser Debatte offenbarte sich das Bestreben der von der kommunistischen Fraktion zur Demonstration ihrer auf der Tagesordnung stehenden Anträge in den Zuhörerraum Kommandierten, die sich tags zuvor bei unserer Werbeveranstaltung in bekannter Manier bemerkbar gemacht hatten, die Sitzung zu stören und unsere Genossen zu provozieren. Der Vorsteher, Genosse Wypf, mußte wiederholt mit Räumung drohen. Die nun folgenden Anträge der kommunistischen Fraktion betr. die Volkstüche, Einführung der 46-Stunden-Woche gaben dem kommunistischen Bezirksverordneten Rebe den Anlaß, in feiner bekannter Theatermanier zu „seinem Volk“ zu sprechen. Als dann durch einen Antrag unserer Fraktion auf Einleitung einer Kommission betr. der Volkstüche der Weg zur praktischen Nachprüfung gezeigt und ihnen der Sinnlos und jeder Sachkenntnis entbehrende Charakter ihrer Anträge durch unsere Genossen Galle und Kohde vor Augen geführt worden war, machten die Führer der kommunistischen Fraktion einen derartigen Raub, daß an eine Fortsetzung der Sitzung nicht mehr gedacht werden konnte und diese unter Lärm geschlossen werden mußte. Die noch auf der Tagesordnung stehenden drei kommunistischen Anträge fielen damit unter den Tisch.

## Die Versorgung der Kriegsoffer.

### 8. Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Am Sonnabend, den 23. und Sonntag, den 24. Oktober, tagte im Landeshause der Provinz Brandenburg der 8. Gautag des Bundes Berlin des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen. In dem Geschäftsbericht für das vergangene Jahr spiegelte sich eine tagelange Tätigkeit auf dem großen Gebiete der Kriegsofferversorgung wieder. Wie notwendig die Organisation ist, ergibt sich allein aus der gesteigerten Zahl der von dem Versorgungsgericht vertretenen Kriegsbeschädigten, Kriegserhinterbliebenen, Eltern und Waisen. Nicht weniger als 1783 Beratungsverfahren mußten durchgeführt werden. Das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von über 100 Proz. 51 Proz. der Beratungen waren von Erfolg begleitet. Scharfe Beurteilung fanden die Gutachten des Versorgungsarztes beim Berliner Versorgungsgericht, Herrn Medizinalrat Dr. Romberg, nach dessen Annahme jede Verschlimmerung von inneren Versorgungsleiden als „schicksalsmäßiger Verlauf“ zu bezeichnen sei. Dem Reichsbund gelang es in einem Falle nach Einholung mehrerer Obergutachten, diese Auffassung umzustoßen. Es steht zu hoffen, daß damit mehr als bisher in zweifelhaften Fällen den Kriegsoffern zu ihrem Rechte verholfen wird.

Aber auch auf vielen anderen Gebieten steigerte sich die Arbeit der Gauleitung, so daß das Vertrauen der Kriegsoffer zum Reichsbund immer stärker wurde und sich in einer erheblichen Zunahme der Mitglieder im letzten Geschäftsjahr bemerkbar machte. — Der Bericht wurde mit dankbarem Interesse entgegengenommen. Den Höhepunkt der Laune brachten am Sonntagmorgen das Referat des Herrn Geheimrats Kerstensteiner, Abteilungsdirigenten im Reichsarbeitsministerium, über „Grundzüge über die Reichsofferversorgung“. Er beleuchtete die Fragen der Versorgungsgelehrte vor einem größeren Kreis der unmittelbar betroffenen Personen, wie sie sich der Regierung darstellen. Er tat seine Darlegungen nicht in der Erwartung, daß die Kriegsoffer am Ende seiner Ausführungen vorbehaltlos dem Standpunkt der Regierung zustimmen würden. Vielmehr glaubte er, durch seine Darlegungen die Ueberzeugung wachzurufen, daß die Regierung aus bestem Willen heraus handele und die Hemmnisse, wie sie die Regierung sieht, nicht ohne weiteres abgestritten werden könnten. Es ist hier nicht der Raum, auf diese ausführlichen Darlegungen einzugehen. Nur soviel sei gesagt, daß in der anschließenden Aussprache bei allem Verständnis für die Lage der Regierung von dem Vertreter des Bundesvorstandes des Reichsbundes in voller Klarheit zum Ausdruck gebracht wurde, daß trotz achtjährigem Zeitraum nach Abschluß des Krieges die Frage der Versorgung durchaus noch nicht endgültig abgeschlossen sei. Deshalb erwarteten auch die Berliner Kriegsoffer, daß gemäß der Feststellung des Reichstages vom 1. Juli 1926 von der Regierung die durchaus unvollkommene Versorgung bei nächster Gelegenheit, und zwar bei Ausarbeitung des Haushaltsplanes für 1927, eine grundlegende Vervollkommnung erfährt. — Die anschließenden Diskussionsredner gaben hierfür viele Anregungen. Einstimmig fand im Anschluß daran eine Entschließung Annahme, in der ausreichende Erhöhung der Renten, besonders auch für die Leichtbeschädigten, soziale Ausgestaltung der Bestimmung für den Bezug der Elternrente, Uebernahme der Kosten der sozialen Fürsorge auf das Reich und weitestgehende Förderung des Siedlungswezens für die Kriegsoffer gefordert wurde.

Abbruch der Treptower Kadrennbahn. Die alte und weitbekannte Kadrennbahn in Treptow soll bereits in den nächsten Tagen abgebrochen werden.

**Musikaufträge**  
Überall man nur dem Nachweis des  
Deutsches Musikerverbands, Berlin O 27,  
Königsplatz 21 (Königsplatz 4310, 4048),  
Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis  
2 Uhr. Bei Wunsch Vertreterbesuch

# Ultimo!

## Noch billiger



# Preisler

**GEBR. MANES**

Herren-Kleider-Fabrik grossen Stiles!



**Fabisch & Co.**  
Rosenthalerstr. 3  
Ecke Linienstr.



**D. Perleberg**  
Chausseestr. 63  
Ecke Liesenstr.

In unseren Detail-Verkaufs-Geschäften:

**Rosenthalerstr. 3**  
Ecke Linienstrasse

**Chausseestr. 63**  
Ecke Liesenstrasse

bringen wir

**6**

**Ulster- und Paletot-**

**Serien!**

**29.-**

**Herren-Ulster**  
gemusterte Stoffe  
moderne Form.

**69.-**

**Herren-Ulster**  
schöne Stoffe mit Ab-  
seite und Ueberkaro

**49.-**

**Herren-Ulster**  
gabardinent. u. marengo  
Gürt und Quetschfalte.

**Herren-Paletot**  
marengo mit Sammet-  
kragen.

**59.-**

**Herren-Ulster**  
mollige Stoffe, flotte Form

**Rock-Paletot**  
vornehme Ausstattung  
abgestepptes Brustteillutter.



**79.-**

**Herren-Ulster**  
gute, warme Stoffe,  
fresche Form.

**Rock-Paletot**  
gute Stoffe, eleganter  
Schnitt.

**89.-**

**Herren-Ulster**  
flauschige, hervorragend ver-  
arbeitete Stoffe.

**Herren-Paletot**  
tadellose Paßform, gediegene  
Verarbeitung.

**Reichelt**

bietet in seinen 150 Filialen einen

**Kaffee**

sorgfältig ausgewählt  
von wundervollem Aroma  
und gleichmäßig guter

**Qualität**

Von heute bis Donnerstag, d. 4. November

Spezial ¼ Pfd. 1.<sup>15</sup> jetzt **1.<sup>00</sup> M.**

Exquisit ¼ Pfd. 1.<sup>05</sup> jetzt **90 Pf.**

Hochfein ¼ Pfd. 85 jetzt **70 Pf.**

Extrafein ¼ Pfd. 65 jetzt **55 Pf.**

**KLEINE ANZEIGEN**

Jedes Wort 12 Pf.  
Jede Zeile 12 Pf.  
Jede Spalte 12 Pf.  
Jede Spalte 12 Pf.  
Jede Spalte 12 Pf.

**Verkäufe**

Wittauer Tischdecken, Adler, Dür-  
rup, Wollschiff, Reparatur-  
werkstatt, Schallentzüge 90.  
Reifenwagen, Schubkarren, Einzelräder,  
Käfen, Federn, Glas, Dresdener-  
Küche 55, Kochtopf 127 88.

**Bekleidungsstücke, Wasche usw.**

Sehr gute Kavallerie-Überzieher, Jackett-  
anzüge, Paletots, Frackanzüge, Smoking-  
anzüge, Joppen, labelfalt billige Dreier,  
Verklebung schwarzer Anzüge, Be-  
lebungsmaschinen Große Frontweber-  
Küche 110, 1. Klasse.

**Möbel**

Chaiselongues, Metallbetten, Aufge-  
matteten, Patentmatrassen, Wolter-  
Stuhlentzüge achtzehn, Spezial-  
schiff, Kutschwagen, Tulant, Möbel-Werk,  
Kutschwagen, billig, Möbel-Werk,  
Kutschwagen, rot, Möbel-Werk,  
Große Frontweber-Küche 45/48.

**Unterricht**

Kaufmännische Privatschule von Hans  
Junod, Inhaber Hans Junod und  
Rudolf Sabel, Berlin 63, Deutschstr. 10,  
am Spittelmarkt, Fernsprecher: Mer-  
kur 461, Loos- und Abendkurse,  
Beginn 1. November, Dreimonatskurse in  
Einselbüchern: Buchführung, Bilanz,  
Kaufmanns-Schreiben, Korrespondenz,  
Fremdsprachen, Privat-Unterricht möglich, Preis-  
wert kostenlos, Anbahnung-Greislerstr.

**Verschiedenes**

Wittplaner billig bei Käfer, Stro-  
ber-Küche 48, Rein Baden, Kilm 4302.

ZUR **Eröffnung** unserer erweiterten Geschäftsräume am Sonnab. 30. Okt. bringen wir **3 Schlager**

**39.-** Der solide marengo PALETOT

**48.-** in molligen Qualitäten fresche ULSTER

**54.-** Der elegante und moderne ROCK-PALETOT

**DEUTSCHE COMPAGNIE Heitinger & Co.**  
DRESDENER STR. 20 am ORANIENPLATZ